Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 1 | Frühling 2022

MULTIPERSPEKTIVITÄT DER ERINNERUNG

Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

THEMA

4 Erinnerungspolitische Rhetorik im Krieg gegen die Ukraine
Jakob Stürmann

8 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeit von ASF
Jutta Weduwen

10 Ohne die Geschichte aufzuarbeiten, gibt es keine Zukunft
Interview mit Irina Scherbakowa

12 Auf den Spuren eines ukrainischen Widerstandskämpfers
Daria Yemtsova

14 Erinnerungskonstellationen ohne Gleichsetzungen
Astrid Messerschmidt

18 Was sie stört
Norbert Frei

20 Sonntags sind alle Geschäfte geschlossen
Ana Light

22 Postkolonialismus oder vom Umgang mit einem toxischen Erbe
Jörg Lüer

26 Im Spannungsfeld von Solidaritätsansprüchen und Relativierungsvorwürfen: Zum Konzept der multidirektionalen Erinnerung
Jana König und Felix Axster

30 »Neukölln hat mich geprägt und ich gehöre dazu«
Nuriye S.

32 Michael Rothberg wird rezipiert, als ob jemand zum ersten Mal auf die Idee kommt, dass Erinnerung »multidirektional« funktioniert ...
Interview mit Meron Mendel

34 Wir leben in einer Migrationsgesellschaft – was bedeutet das für unsere Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte?
Clara Tamir-Hestermann und Sara Spring

36 Der Völkermord an den Armenier*innen
Eike Stegen

38 »Mit unseren Händen etwas Gutes tun«
Helene Utpatel

40 Sommerlager als Freiheitsräume in der DDR
Interview mit Michael Standera

42 »Die internationale und ökumenische Gemeinschaft und Zusammenarbeit war prägend«
Joachim Rasch

44 Durch die Augen anderer Neues sehen – und das Eigene neu entdecken
Anne Katrin Scheffbuch

46 Im Austausch das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven vertiefen
Michael Gander

48 »Wer ein Leben rettet...«
Verena Buser und Thomas Irmer

FREIWILLIGE BERICHTEN

50 Die Etz Hayyim Synagoge: Erinnerungsarbeit auf Kreta
Carleen Rehlinger

51 Jüdisches Leben wurde zerstört
Joanna Klick

52 Remembrance Day: das Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs
Georgia Bauer

ANDACHT

53 »Vorbei ist nicht vorüber«
Gabriele Wulz

54 Den Menschen ihre Namen zurückgeben
Maya Wolffberg

AUS DER ARBEIT VON ASF/WEGGEFÄHRT*INNEN

56 Verabschiedung vom IJBS-Direktor Leszek Szuster

56 Wolf Jung

57 Wladimir Schnittke

GUTES TUN/TERMINE

58 »Ich weiß noch genau, wer damals meine Patinnen und Paten waren«
Interview mit Kristof Magnusson

59 Termine

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: Die hinterlegte Karte zeigt die Umgebung um die Berliner Hardenbergstraße. Dort verdichten sich Geschichten von Verfolgung, Vernichtung, Flucht und Exil. Die Bezüge und Erinnerungen bilden die Multiperspektivität der Erinnerungen ab, siehe auch Seite 36.

S. 3 ASF/Hermann Bredehorst, S. 4 Picture Alliance/AA/Mostafa Alkharouf, S. 5 Picture Alliance/REUTERS/Thomas Peter, S. 6 Getty Images/Chris Mcgrath, S. 8 Privat, S. 9 Privat, S. 10 Picture Alliance /dpa/Ingo Wagner, S. 11 Memorial Deutschland, S. 12 ASF/Ruthe Zuntz, S. 15 ASF/Thomas Heldt, S. 16 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma/Bartosz Boruta, S. 17 Alamy/Jackie Ellis, S. 19 Die Zeit, 11.7.1986, Franziska May, CC BY-NC-ND 3.0 | Screenshot https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen | FAZ, 6.6.1986, S. 20/21 Ana Light, S. 23 Wikipedia/gemeinfrei, S. 24 Picture Alliance/dpa/Fabian Sommer, S. 27 Depositphotos/Magdalena Paluchowska | Picture Alliance/AP | Alamy/Eddie Gerald | Piper Verlag, S. 30/31 ASF/Archiv, S. 33 Frankfurt am Main (ISG FFM), Rechneiamt-Finanzverwaltung, Magistrat, S. 35 ASF/Sara Spring, S. 37 Landesarchiv Berlin, Histomap Berlin, S. 38 ASF/Archiv, S. 40 ASF/Archiv, S. 41 ASF/Archiv, S. 42/43 Joachim Rasch, S. 45 Iris Groschek, S. 46/47 André Schmalkuche, S. 48 Picture Alliance/dpa/Jan Woitas, S. 54/55 ASF/Archiv, S. 56 Dominik Smolarek/MDSM, S. 57 ASF/Archiv, S. 58 P. Matsas/Opale/Leemage/laif

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühling 2022, 50. Jahrgang
Auflage: 8.200 Exemplare
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Ute Brenner, Clara Brahms
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: 030 28 395 184 | Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin | IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leser*innen,

»Das 20. Jahrhundert hat in der Erinnerung der Völker Ost- und Ostmitteleuropas tiefe Wunden hinterlassen: Revolutionen, Diktaturen, Weltkriege, die nationalsozialistische Unterwerfung und der Holocaust sind unvergessen. Jede Gesellschaft erinnert und verarbeitet die eigene Erfahrung auf ihre Art. Häufig steht die Erinnerung eines Volkes im Widerspruch zu der eines anderen. Begegnet man diesen Widersprüchen verständnis- und verantwortungsvoll, können sie das Geschichtsbewusstsein jeder Gesellschaft bereichern.«

Diese Worte stammen aus einem Aufruf der internationalen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL, die damit im Jahr 2008 eine Verständigung vor allem zwischen den aus der Sowjetunion entstandenen Nationalstaaten initiieren wollte. Dass der Aufruf zur Verständigung leider gescheitert ist, erfuhren wir schmerzhaft mit dem 2014 begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Irina Scherbakowa schildert in einem Interview die Motive der Initiative und die aktuellen Erschütterungen der Arbeit von MEMORIAL. Jakob Stürmann beleuchtet die Frage der Rhetorik und der erinnerungspolitischen Vergleiche im Ukraine-Krieg.

Der Titel dieses *zeichen* ist etwas sperrig: Multiperspektivität der Erinnerung. Für uns bleibt es der treffendste Begriff, um die Vielfalt der Perspektiven der Erinnerung abzubilden, die teilweise nebeneinanderstehen, teilweise miteinander ringen und sich auch gegenseitig befruchten können.

In den vergangenen zwei Jahren wurden in den Feuilletons kontroverse erinnerungspolitische Debatten geführt, die auch mit dem Stichwort Historikerstreit 2.0 umrissen werden. Dabei geht es um die Frage des angemessenen Gedenkens an die Gewaltverbrechen im Kolonialismus sowie um die Erinnerung an die Shoah. Astrid Messerschmidt setzt sich in ihrem Artikel »Erinnerungskonstellationen ohne Gleichsetzungen« mit postkolonialen und postnationalsozialistischen Geschichtsreflexionen und auch mit dem Verhältnis von Rassismus- und Antisemitismuskritik auseinander. Norbert Frei kritisiert in einer Kolumne den australischen Historiker Dirk Moses, der den überladenen Begriff »Katechismus der Deutschen« für die Erinnerung an die Shoah in die Debatte gebracht hat. Jana König, Felix Axter und Meron Mendel setzen sich mit dem Konzept der multidirektionalen Erinnerung auseinander, das von dem US-amerikanischen Sozialwissenschaftler Michael Rothberg geprägt wurde. Jörg Lüer beleuchtet in seinem Artikel »Postkolonialismus oder vom Umgang mit einem toxischen Erbe« die Folgen des Kolonialismus und den Umgang mit kolonialem Erbe.

Der ASF-Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« beschäftigt sich seit mehr als zwanzig Jahren mit der Vielfalt der historischen Perspektiven. Sara Spring, Clara Tamir-Hestermann und Eike Stegen berichten aus der konkreten pädagogischen Praxis des Arbeitsbereichs, der sich auch mit dem Gedenken an den Genozid an den Armenier*innen beschäftigt.

In diesem Jahr feiern wir zwei Jubiläen: Vor 60 Jahren begannen mit den Aufbauarbeiten in drei Magdeburger Kirchen die Sühnezeichen-Sommerlager. Der Beginn des Internationalen Freiwilligenprogramms in Deutschland jährt sich zum 25. Mal. Durch das Heft ziehen sich Texte von Freiwilligen, Sommerlagerteilnehmer*innen und Teilnehmenden unserer Bildungsprogramme. Sie geben einen eindrücklichen Einblick in die konkrete Arbeit von ASF und tragen zur Vielfalt der Perspektiven bei ASF bei.

Der zerstörerische Krieg in der Ukraine erschüttert uns und hat einschneidende Konsequenzen für unsere Arbeit. Auch das schildern wir in diesem *zeichen*. Gleichzeitig stellen wir Projekte vor, durch die wir mit den Menschen aus der Ukraine in Verbindung bleiben und sie unterstützen, wo immer uns dies möglich ist.

Bitte bleiben Sie uns in dieser herausfordernden Zeit verbunden. Ich danke Ihnen und Euch für die wichtige Unterstützung.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre und Eure
Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*

Erinnerungspolitische Rhetorik im Krieg gegen die Ukraine

Über Gründe und Schwierigkeiten von Vergleichen

Jakob Stürmann

Am 20. März 2022, 24 Tage nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, sprach der ukrainische Präsident vor der israelischen Knesset. Seit Kriegsbeginn war dies einer von zahlreichen Auftritten, bei denen Wolodomyr Selenskyj per Videoschalte in ein Parlament eines demokratischen Staates zugeschaltet wurde. Nur vier Tage zuvor hatte er vor dem US-Kongress gesprochen, drei Tage zuvor vor dem Bundestag. Fast überall wurden Selenskyjs Worte wohlwollend und mit großer Sympathie aufgenommen. Etwas anders die Rede vor der Knesset. Dort schlug dem ukrainischen Präsidenten in größeren Teilen Unverständnis und ein kritisches Medienecho entgegen. Grund hierfür waren mehrere direkte Vergleiche zwischen der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus und dem gegen-

Videoübertragung der Ansprache des ukrainischen Präsidenten vor der israelischen Knesset.

Die Menora der Gedenkstätte Drobytsky Yar bei Charkiw wurde Ende März durch einen russischen Angriff beschädigt.

wärtigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. So verglich er die Situation der jüdischen Flüchtlinge von damals mit der Situation der gegenwärtigen ukrainischen Geflüchteten. Ferner sprach er von einer »Endlösung der ukrainischen Frage«, die der russische Aggressor anstrebe. Den Abschluss der Rede bildete der Hinweis darauf, dass Ukrainer*innen vor 80 Jahren eine Wahl getroffen hätten und Jüdinnen und Juden gerettet haben. Das sei der Grund, warum Ukrainer*innen als Gerechte unter den Völkern geehrt werden. Die israelischen Bürger*innen hätten nun eine vergleichbare Wahl.

ÜBERLAGERTE ERINNERUNGSDISKURSE IN DER UKRAINE

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist in schärfster Form zu verurteilen. Täglich bombardiert das russische Militär zahlreiche zivile Ziele, es sterben tausende Ukrainer*innen, Hunderttausende sind von Nahrung und Trinkwasser abgeschnitten und Millionen müssen fliehen. Ukrainische Städte wie Mariupol und Charkiw werden dem Erdboden gleichgemacht. Das russische Militär verübt unzählige grausame Kriegsverbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung.

Trotz alledem: Selenskyjs Gleichsetzungen vor der Knesset waren ahistorisch. Die nationalsozialistische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung wurde allumfänglich geplant und systematisch durchgeführt. Dafür wurden schlussendlich Jüdinnen und Juden vergast und ihre Leichen zu Hunderttausenden in Krematorien verbrannt. Gegenwärtig werden Millionen ukrainische Geflüchtete in anderen Staaten willkommen geheißen. Ganz anders erging es der jüdischen Bevölkerung Europas in den 1930er/40er Jahren. Und die Beziehungen zwischen ukrainischer und jüdischer Bevölkerung waren vor und während des Holocaust – zurückhaltend ausgedrückt – komplexer als von Selenskyj dargestellt.

Warum traf der ukrainische Präsident vor der Knesset nicht den richtigen Ton? Verließ den medienaffinen ukrainischen Präsidenten bei diesem Auftritt schlicht der eigene Instinkt? Tatsächlich ist die Antwort komplizierter und begründet sich auch aus unterschiedlich ausgeprägten Erinnerungsdiskursen. In Israel, den USA und dem westlichen Europa wurde in den letzten Jahrzehnten die Präzedenzlosigkeit des Holocaust im Vergleich zu allen anderen Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes herausgearbeitet. Der Historiker Dan Diner prägte hierfür den Begriff des »Zivilisationsbruchs«. In der Sowjetunion wurde dagegen primär an den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa erinnert. Es war untersagt, Differenzen zwischen unterschiedlichen Opfergruppen anzusprechen. Ermordete Jüdinnen und Juden, Ukrainer*innen, Belarus*innen und Russ*innen wurden alle als sowjetische Opfer tituliert.

Obwohl die ukrainische Gesellschaft innerhalb des postsowjetischen Raumes diejenige ist, die sich in den letzten 30 Jahren mit am weitesten von der sowjetischen Vergangenheit distanziert hat, wirkt

diese Erinnerungsdifferenz bis heute nach. Mit dem Zweiten Weltkrieg werden in der Ukraine nicht primär die bestialischen Bilder aus Auschwitz-Birkenau und anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern assoziiert. Es überwiegen Erinnerungen an herzlose Zwangsarbeit, örtliche Erschießungsaktionen, zerstörte und umkämpfte Städte, verbrannte Dörfer und nicht vorstellbaren Hunger. Nicht die minutiös geplante und industriell durchgeführte Ermordung fast aller europäischer Jüdinnen und Juden, sondern das Sterben von mehr als 25 Millionen Bürger*innen der Sowjetunion ist im Gedächtnis der ukrainischen Gesellschaft vorherrschend.

Besonders seit 2014 begannen sich in der Ukraine die beiden beschriebenen Erinnerungsdiskurse allerdings zu verschränken. Das Land strebt verstärkt Richtung Westen, wodurch sich auch bestehende Erinnerungsdiskurse verändern. Babyn Jar, die Schlucht in der Ende September 1941 binnen zwei Tagen mehr als 30.000 Jüdinnen und Juden aus Kyjiw ermordet wurden, wurde zum bekanntesten Ort des »Holocausts durch Kugeln« (Patrick Desbois). Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkrieges an diesem Ort aber geschätzte 100.000 Leichen verscharrt. Faktisch handelt es sich bis heute um ein riesiges Massengrab, auf dem mehrheitlich Opfer des Holocaust liegen, ebenso aber auch zahlreiche Kriegsgefangene und Zivilist*innen anderer sowjetischer Nationalitäten.

Als am 1. März 2022 eine russische Rakete auf das Gelände der Gedenkstätte einschlug, erfuhr dies international eine große mediale Aufmerksamkeit. Auch Selenskyj nahm in seiner Rede vor dem israelischen Parlament hierauf Bezug. Die Rakete, so Selenskyj, traf

Schäden vor dem Fernsehturm in Kyiv am 2. März 2022 nach einem Raketenangriff.

den Ort, an dem »mehr als 100.000 Opfer des Holocaust begraben sind«. Der ukrainische Präsident vermischte damit den Diskurs über die Präzedenzlosigkeit des Holocaust mit der Erinnerung an die zahlreichen weiteren Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegenüber der Sowjetunion. Diese Art der Überlappung von Erinnerungsdebatten ist häufig anzutreffen, sie fiel aber gerade in dieser Rede auf und erschien vielen als besonders unpassend.

GESCHICHTSREVISIONISTISCHE PROPAGANDA IN RUSSLAND

Im Gegensatz zu den Debatten in der Ukraine ist der staatlich gelenkte russische Diskurs über eine »Entnazifizierung der Ukraine« ausschließlich als nationale Propaganda zu bewerten. Auch hierbei wird aber in Teilen an Erinnerungsdiskurse über den Zweiten Weltkrieg angeknüpft. Spätestens seit 2005 bemühte sich die russische Regierung darum, den Sieg der Alliierten von 1945 als wichtiges gesamtgesellschaftliches Nationalnarrativ im Land zu erneuern. Dieser Sieg, an dem die Sowjetunion maßgeblichen Anteil hatte, wird als entbehrungsreicher nationaler Triumph gegen einen grausamen Feind propagiert. Mit der seit 2014 vorherrschenden falschen Behauptung, dass in der Ukraine ein illegitimes faschistisches Regime herrsche, findet nun eine Verknüpfung der Vergangenheit mit der Gegenwart statt. Der Zweck dieser Propagandalüge, die bei der Mehrheit im Land zu verfangen scheint, ist simpel: Wenn unser Land früher unter schwierigsten Umständen den Faschismus besiegt hat und dieser uns nun ein weiteres Mal bedroht, müssen wir alles dafür tun, unseren Sieg zu wiederholen – koste es, was es wolle. Diese groteske historische Herleitung wird auch dadurch genährt, dass ukrainische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg zeitweilig mit den deutschen Besatzern kooperierten und nach dem Krieg durch einen Partisanenkampf versuchten, gegenüber der Sowjetunion eine staatliche Souveränität der Ukraine zu erzwingen.

Eine angebliche historische Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zwischen Russland und der Ukraine beruht aber nicht nur auf diesem Erinnerungsdiskurs. Dem Staatspräsidenten und Hobbyhistoriker Wladimir Putin geht es vielmehr um eine vermeintliche gemeinsame Geschichte »von mehr als tausend Jahren«. Die Geschichte des mittelalterlichen Großreiches Kiewer Rus dient dem Kreml dazu, territorialen und machtpolitischen Anspruch auf die Staatsgebiete Russlands, Belarus und der Ukraine zu erheben. Dafür werden passende historische Bezüge angeführt und unpassende verschwiegen. Auch wenn es bei all dem um die Etablierung eines neuen russischen Imperiums geht, strebt die russische Elite kein Wiederaufleben der Sowjetunion an. Das heutige russische Imperium basiert auf vollkommen anderen kulturellen und politischen Parametern. So fehlt die zumindest rhetorisch formulierte Friedfertigkeit der sowjetischen Ära oder ein irgendwie anders gearteter gesellschaftspolitische Anspruch. Wie funktional Putin mit der sowjetischen Geschichte umgeht, wurde in seiner Rede vom 21. Februar 2022 deutlich. Darin rechnete der russische Präsident mit der frühen Nationalitätenpolitik der Sowjetunion ab. Das Staatsgebiet der heutigen und damaligen Ukraine – zu Lenins Zeiten noch ohne die Krim – bezeichnete er als »Wladimir-Lenin-Ukraine« und distanzierte sich damit deutlich vom historischen Erbe des Gründers der Sowjetunion. Zugleich lobte er jedoch mehrere »Verdienste« Stalins. In der Ukraine wurde hieraus in kürzester Zeit ein sarkastischer Witz: Wenn in Russland nun von der »Wladimir-Lenin-Ukraine« gesprochen wird, wäre es doch langsam an der Zeit, Lenin aus dem Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau nach Kyiv umzubetten.

Die Gründe für das Heranziehen von historischen Bezügen auf russischer und ukrainischer Seite sind grundverschieden. Während es der ukrainischen Seite darum geht, das eigene Land zu verteidigen und die internationale Gemeinschaft wachzurütteln, formuliert die russische Seite hieraus imperiale Ansprüche. Für die Ukrainer*innen ist es eine schlichte Überlebensstrategie, auf russischer Seite wird damit ein Angriffskrieg begründet.

Nichtsdestotrotz bleibt es wichtig, ahistorischen Vergleichen auf beiden Kriegsseiten zu widersprechen. Ich bin mir bewusst, dass eine Analyse der erinnerungspolitischen Überlagerungen in der Ukraine niemanden vor Raketen oder Artilleriebeschuss schützt. Dennoch hilft die Entschlüsselung von Überlagerungen in Erinnerungsdiskursen und die Kritik an fragwürdigen Vergleichen, Geschichte und Gegenwart besser zu verstehen. Ebenso schützt es gegen geschichtsrevisionistische Propaganda – gegen Lügen, wie wir sie momentan tagtäglich von der russischen Kriegsseite aufgetischt bekommen.

Jakob Stürmann ist am *Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow* tätig. Er ist seit 2016 ASF-Vorstandsmitglied und seit Oktober 2020 stellvertretender Vorsitzender des Vereins. Er absolvierte einen Langzeitfreiwilligendienst mit ASF in Simferopol (Ukraine).

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeit von ASF

Hilfsversuche in einer erschütternden Situation

Jutta Weduwen

Am 24. Februar erweiterte sich der Krieg gegen die Ukraine zu einem allumfassenden Angriffskrieg des russischen Militärs. Der Angriff kam zeitgleich von Norden, Osten und Süden. Dieser Krieg erschüttert nun seit Monaten die ganze Region. Für die Zivilgesellschaft bringt er unfassbares Leid, Tod und Verzweiflung. Wir bangen um unsere Partner*innen im Land, um die zahlreichen NS-Überlebenden dort, um unsere Kollegin und unsere Freund*innen. Viele von ihnen mussten die Orte, an denen sie leben, verlassen. ASF fühlt sich den Menschen in der Ukraine eng verbunden.

Seit fast 20 Jahren senden wir Freiwillige in die Ukraine. Die sieben Freiwilligen des aktuellen Jahrgangs mussten im Februar ihre Stellen in Kyjiw, Perejaslaw und Odesa verlassen. Auch ein Freiwilligendienst in Russland und in Belarus ist derzeit nicht möglich. Dort sind einige unserer Partner*innen Repressionen ausgesetzt, einige befinden sich inzwischen im Exil. Alle geplanten Sommerlager in der Ukraine, Russland und Belarus mussten erneut abgesagt werden.

An unserem Freiwilligenprogramm in Deutschland nehmen zurzeit neben Freiwilligen aus Belarus, Russland, Frankreich, Großbritannien und den USA auch Ukrainer*innen teil. Auch im trilateralen Programm in Polen sind ukrainische ASF-Freiwillige engagiert. Sie alle sorgen sich um ihre Familien und Freund*innen, bei einigen ist der Kontakt zeitweilig abgebrochen. Wir begleiten unsere Freiwilligen durch Gespräche und stellen therapeutische Angebote zur Verfügung.

ASF-Hilfslieferungen werden im rumänischen Grenzort Tulcea für den Weitertransport nach Odesa umgeladen.

ASF unterstützt Aktionen, die sich solidarisch mit den Menschen in und aus der Ukraine zeigen. ASF beteiligt sich an Hilfslieferungen nach Odesa, diese Lieferungen werden von einem großen Kreis von Ehrenamtlichen aus dem ASF-Umfeld getragen und richten sich an Menschen, denen wir seit vielen Jahren verbunden sind. Ein erheblicher Teil dieser Hilfe erreicht Überlebende der NS-Verfolgung. Die Lieferungen, die mit dem ASF-Bulli an die rumänisch-ukrainische Grenze gebracht werden, umfassen Medikamente, Hygieneartikel, Babynahrung und rare Lebensmittel. Die Region rund um Odesa wird bislang weitestgehend von internationalen Hilfslieferungen nicht berücksichtigt. Auf den Rückfahrten können dann ukrainische Familien mit nach Deutschland genommen werden, die hier von Ehrenamtlichen aufgenommen und begleitet werden. Unsere Landesbeauftragte Anzhela Beljak, die sich zurzeit in Rumänien befindet, ist mit unseren Partner*innen in Kontakt und organisiert mit großem Engagement Aktivitäten, die den Menschen vor Ort helfen. ASF ist darüber hinaus Teil des *Hilfsnetzwerkes für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine*, das Überlebenden in der Ukraine und auf der Flucht Unterstützung zukommen lässt. Darüber hinaus sind unsere Ukrainisch und Russisch sprechenden Freiwilligen bei der Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten behilflich – in Berlin, Oświęcim, Lublin und Dachau. Viele unserer ehemaligen Freiwilligen sind mit ihren Freund*innen und Projektpartner*innen in der Ukraine im Kontakt, sie berichten davon in ihrem Umfeld, sie unterstützen Geflüchtete und geben die Anliegen der Menschen weiter und helfen, wo immer sie können.

Eine unserer Kernaufgaben ist es, Begegnungen mit Menschen aus anderen Ländern zu ermöglichen. Wir setzen diese Arbeit mit Ukrainer*innen weiter fort. Es ist uns ein besonderes Anliegen, den Menschen vor Ort und auf der Flucht zuzuhören und ihnen zu helfen, wo immer wir dies können.

Wir sind dankbar, wenn Sie diese wichtige Arbeit durch eine Spende mit dem Stichwort »Ukraine« unterstützen.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von ASF.

Roman Schwarzmann vom Jüdischen Verband in Odessa nimmt Lieferungen in Empfang.

Ohne die Geschichte aufzuarbeiten, gibt es keine Zukunft

Interview mit Irina Scherbakowa zur staatlichen Auflösung von MEMORIAL *International*

Irina Scherbakowa

Ende Dezember 2021 ordnete das Oberste Russische Gericht die Auflösung der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL *International* an. Die Organisation wurde 1988 gegründet und bildet inzwischen eine Föderation aus 80 Organisationen in Russland, weiteren postsowjetischen Ländern und in Europa. Nicht alle Institutionen sind von der Schließung betroffen. Schwerpunkt der Arbeit von MEMORIAL ist die Aufarbeitung der stalinistischen Verfolgung, der Einsatz für Menschenrechte und die Versorgung von Überlebenden der stalinistischen Repressionen. Irina Scherbakowa ist Mitbegründerin von MEMORIAL. Das Interview wurde am 28. Februar 2022 geführt.

Jutta Weduwen: Ende Dezember 2021 hat der Oberste Gerichtshof die Auflösung von MEMORIAL *International* angeordnet. Sie haben MEMORIAL vor mehr als 30 Jahren mitgegründet. Was bedeutete und bedeutet MEMORIAL für Sie?

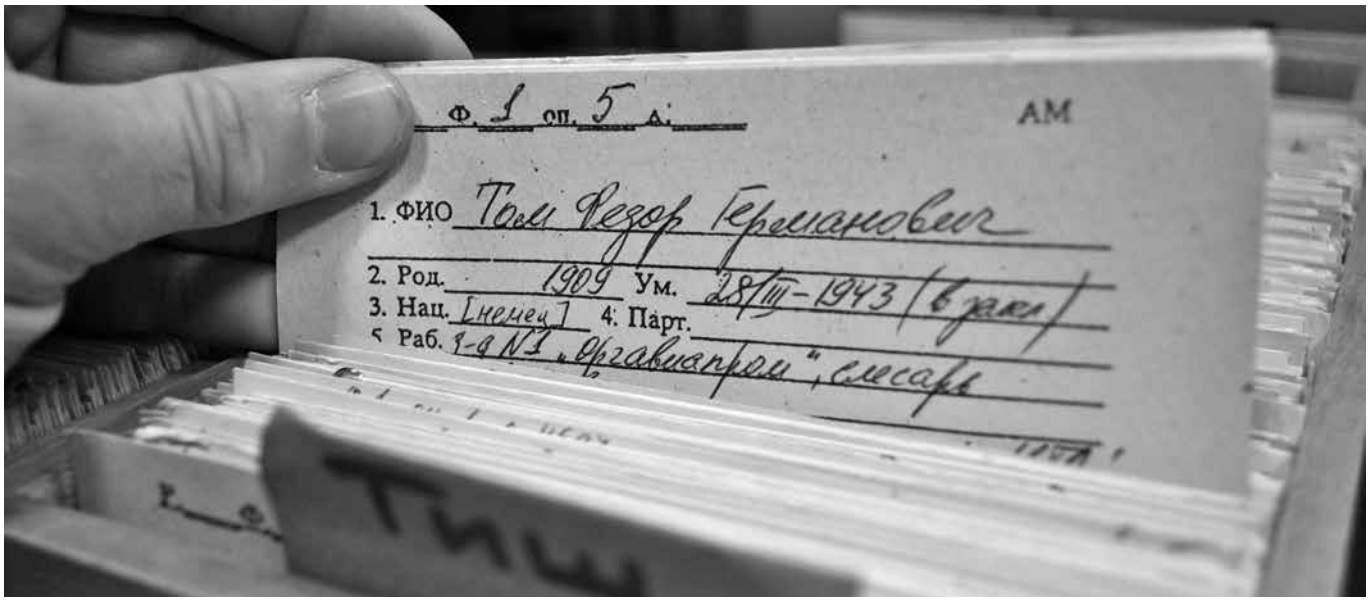
Irina Scherbakowa: Das Anliegen ist all die Jahre das gleiche geblieben und ist heute wieder ganz aktuell geworden. Das Anliegen war damals und ist es heute, dass die Geschichte der politischen Repressalien in Russland und in der Sowjetunion an die Öffentlichkeit kommt und aufgearbeitet wird. Ich hatte mich schon lange vor der Gründung mit dem Thema befasst. Ich habe Interviews mit Überlebenden der Gulags, mit Überlebenden des stalinistischen Terrors durchgeführt. Die Aktivisten der ersten Stunde bei MEMORIAL waren selten Historiker, wir hatten verschiedene Berufe und sind Historiker und Forscher geworden. Aus uns ist eine Bewegung geworden.

Wie hat sich MEMORIAL in den letzten rund 30 Jahren entwickelt, wie ist die Resonanz, die Unterstützung und das Interesse in der Öffentlichkeit?

Einerseits haben wir in den 1990er Jahren erlebt, wie das Interesse an dieser Aufarbeitungsgeschichte erloschen ist. Man hatte das Gefühl, zu den alten Kadern zu gehören und dass sich die breite Öffentlichkeit mit der Gegenwart und der Zukunft und mit anderen Themen beschäftigen wollte. Mit dem Krieg in Tschetschenien wurden wir Menschenrechtler*innen ohnehin schief angesehen. Aber in den letzten, vielleicht acht, neun Jahren ist die Zustimmung zu unserer Arbeit gewachsen. Wir erleben einen Wechsel der Generationen und ein zunehmendes Interesse an der MEMORIAL-Arbeit bei jungen Menschen. Ein Beispiel ist die Gedenkzeremonie am Solowezki-Stein am Lubjanka-Platz in Moskau, der seit 30 Jahren an die Opfer der politischen Verfolgung erinnert. Zur Namenslesung kamen im letzten Jahr trotz Kälte sehr viele Menschen. Sie warteten teilweise drei Stunden, um zwei Namen zu lesen. Das war sehr beeindruckend und für mich ein wichtiges Zeichen. Die Geschichte wird nur dann wichtig für die junge Generation, wenn sie wissen, dass sie eine Bedeutung in der Gegenwart hat.

MEMORIAL ist eine Föderation, die in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und auch an anderen Orten vertreten ist. Wie verläuft der Dialog über verbindende und trennende Geschichten?

Die ehemaligen sowjetischen Republiken verbindet die gemeinsame Vergangenheit, der Terror und die Repressalien, die alle Völker der Sowjetunion erfahren haben. Aber es gab auch trennende Bewegungen vor allem in den 1990er Jahren. Es ging um nationale Geschichtsbilder, um Fragen, wer die meisten Opfer hat, um Besatzungen und Annexionen, um schwierige Beziehungen und Verletzungen.



MEMORIAL hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Einzelschicksale stalinistischer Verfolgung zu erfassen und zu dokumentieren.

MEMORIAL wandte sich dann 2008 mit einem Appell[1] an alle ehemaligen sowjetischen Republiken, dass wir im Dialog bleiben. Dass unser Leiden, unsere Vorstellungen von der Geschichte, unsere nicht beglichenen Rechnungen in einem Dialog aufgearbeitet werden sollten. Dabei haben uns immer auch Vermittler*innen unterstützt, Historiker*innen aus anderen Ländern und auch ASF hat diese Rolle eingenommen, weil deren Arbeit in verschiedenen Ländern stattfindet. ASF und MEMORIAL beschäftigen sich mit schrecklichen Katastrophen, die wir im 20. Jahrhundert erlebt haben. Der Terror richtete sich immer gegen bestimmte Gruppen, die zu Feindbildern gemacht werden. Zwischen Hitlerdeutschland und der stalinistischen Verfolgung gab es Unterschiede. Offiziell gab es in der sowjetischen Ideologie keine Rassentheorie, sie wurde gerade von der marxistischen und leninistischen Ideologie verneint, egal wie heuchlerisch das war. Besonders die Zwangsarbeiter*innen waren von beiden Verfolgungen betroffen.

ASF und MEMORIAL verbindet auch der Ansatz der Arbeit. Eine Arbeit mit Menschen und Biografien. Das Anliegen von MEMORIAL war bei der Gründung, sich um jedes Schicksal zu kümmern. Bisher haben wir etwa vier Millionen individuelle Schicksale erfasst, das ist ungefähr ein Drittel. Wir befragen Menschen, wir sammeln, unser Archiv ist ein Erinnerungsort.

Wie erklären Sie sich die Zuspitzung der behördlichen beziehungsweise staatlichen Repressalien gegenüber der Arbeit von MEMORIAL? Die Verfahren zur Auflösung MEMORIALS verliefen zeitgleich zum Aufzug des russischen Militärs an den ukrainischen Grenzen ...

Was jetzt passiert, macht die Arbeit von MEMORIAL aktueller denn je. Die Staatsanwaltschaft hat deutlich gesagt, warum MEMORIAL liquidiert wird, nämlich weil wir die Geschichte falsch darstellen und Lügen verbreiten würden. Wenn wir die aktuellen Ereignisse beobachten, erschließt sich mir, warum die Liquidierung unserer Arbeit so dringlich vorangebracht wurde. Es geht um die Zerschlagung des MEMORIAL-Netzwerkes, um die Zerschlagung eines Netzwerkes, das sich kritisch mit der Geschichte auseinandersetzt.

Die Propaganda heute macht mir Angst, die Worte Putins über die angeblichen Massengräber im Donbas, den angeblichen Genozid der Ukrainer an den Russen. Als glaubte er, dass man damit die Verantwortung für den Krieg auf eine höhere Stufe bringt und die ganze Geschichte viel wichtiger, tragischer, ernsthafter mache. In Wirklichkeit geschieht das Gegenteil.

Wie kann es mit der Arbeit von MEMORIAL weitergehen?

Wir werden massiv angegriffen, alles Grundlegende unserer Arbeit soll zerstört werden: unsere Forschung, unsere Bereitstellung von Informationen, unsere Menschenrechtsarbeit, unsere Schüler-Wettbewerbe. Auch unsere Räumlichkeiten werden uns genommen. Das Wichtigste und Wertvollste haben wir gescannt. Aber, was machen wir mit den Originalen, mit den Unikaten, was passiert mit den Ergebnissen unserer Recherchen? Uns wurden viele Geschichten und Dokumente anvertraut. Viele Menschen, die kritisch denken, verlassen das Land.

Wir werden und müssen unsere Arbeit fortsetzen. Ohne die Geschichte aufzuarbeiten, gibt es keine Zukunft. Die Arbeit des Menschenrechtszentrums wird darin bestehen, weiter Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und an den europäischen Gerichtshof weiterzuleiten. Unsere Recherchen müssen weitergehen, wir werden uns weiter vernetzen und das breite internationale MEMORIAL-Netzwerk, zu dem auch viele ASF-Freiwillige gehören, wird uns dabei helfen.

Liebe Frau Scherbakowa, ich bin voller Hochachtung für Ihre mutige und wichtige Arbeit. Ich wünsche Ihnen, Ihren Freund*innen und Kolleg*innen von Herzen alles Gute für Ihre nun massiv erschwerte Arbeit.

Irina Scherbakowa ist Historikerin, Publizistin und Mitbegründerin von MEMORIAL *International*. Sie hat an Universitäten in Deutschland und Österreich gelehrt und ist Mitglied im ASF-Kuratorium. Irina Scherbakowa hat Russland im März 2022 verlassen.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von ASF.

1 Nationale Geschichtsbilder – Das 20. Jahrhundert und der »Krieg der Erinnerungen«, Moskau 2008, https://www.eurozine.com/nationale-geschichtsbilder/

Auf den Spuren eines ukrainischen Widerstandskämpfers

Ein Freiwilligendienst in den Gedenkstätten Brandenburg

Daria Yemtsova

Ich komme aus Kyiv und leiste meinen Freiwilligendienst im Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland seit Januar 2021 in den Gedenkstätten Brandenburg an der Havel. Die Gedenkstätten erinnern zum einen an die Opfer der Euthanasie-Morde, zum anderen an die Geschichte des ehemaligen Zuchthauses Brandenburg-Görden, in dem zwischen 1940 und 1945 zahlreiche NS-Widerstandskämpfer*innen aus ganz Europa inhaftiert und hingerichtet wurden. Ich bin an den inklusiven Führungen in der Euthanasie-Ausstellung beteiligt und recherchiere zu den damaligen ausländischen Zuchthausinsass*innen. Daneben betreue ich die Social-Media-Seiten der Gedenkstätten und schreibe Artikel für den Freiwilligen-Blog.

Für die Gedenkstätten recherchiere ich über die Gruppe der ausländischen Zwangsarbeiter*innen, die der deutschen Widerstandsgruppe »Europäische Union« angehörten. Ein Mitglied dieser Gruppe, ein Mann, der später im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert war, stammt aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Kyiv. Während meines Weihnachtsbesuchs zu Hause beschloss ich, ihm auf die Spur zu kommen und Verwandte von ihm zu finden.

Einige Zeit später kam ich in dem Dorf an. Ich habe dort die Vorsitzende des Dorfrates und auch die Bibliothekarin kennengelernt. Am Ende des Tages stellte sich heraus, dass erstens niemand im Dorf etwas über die Tätigkeit dieses Mannes in Deutschland gewusst hat. Zweitens, dass die Vorsitzende sogar eine entfernte Verwandte von ihm war und ich von ihr die Telefonnummer der Tochter des Zuchthaus-Überlebenden bekommen habe. Und drittens hat mir die Bibliothekarin eine unglaubliche Geschichte von ihrem Vater erzählt, der zuerst aus dem KZ Auschwitz geflohen war und danach nach Buchenwald gebracht wurde. Sie fand es sehr berührend, dass

Daria Yemtsova (r.) mit einem ASF-Freiwilligen.

sich jemand für solche Lebensgeschichten interessiert und hat während der Geschichte geweint. Ich war zutiefst erschüttert.

Wie viele solcher Geschichten haben wir noch nicht gehört, wie viele Geschichten werden wir nie hören, wie viele Geschichten bleiben »unter dem Teppich« – aus Angst (Menschen aus der Sowjetunion, die Zwangsarbeit in Deutschland leisteten, mussten es danach verschweigen, um die eigene Familie zu schützen) oder Gleichgültigkeit (Teenager legen keinen Wert auf die Geschichte des eigenen Dorfes)?

Wie ich mitbekommen habe, fehlt es in den Gedenkstätten insgesamt an Zeit und Kapazitäten, um eigene Forschungen durchzuführen. Deswegen würde ich mir von ganzem Herzen wünschen, dass zukünftige Freiwillige dieses Versäumnis nachholen können. Der Beitrag der Freiwilligen kann darin bestehen, dass sie verschiedene Erzählungen sammeln, die Licht auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges werfen, dass sie Zeitzeug*innen aussuchen, die gerne über ihre Erfahrungen berichten wollen, und dass sie historische Dokumente übersetzen, damit wir weiter die manipulativen historisch-politischen Stereotype über den Zweiten Weltkrieg aufbrechen und die Geschichte des 20. Jahrhunderts (re)analysieren können.

Daria Yemtsova aus Kyiv ist ASF-Freiwillige im Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland und leistet seit Januar 2021 ihren Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden und der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde. Diesen Text hat Daria im Januar 2022 geschrieben, also vor Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine.

Erinnerungskonstellationen ohne Gleichsetzungen

Astrid Messerschmidt

Von verschiedenen Seiten wird die Erinnerung an die NS-Verbrechen heute in Frage gestellt, neuerdings auch von Teilen einer Bewegung für ein postkoloniales Erinnern. Im Folgenden werden Elemente für eine differenzierende Rassismus- und Antisemitismuskritik skizziert, um über das Verhältnis von postkolonialer und postnationalsozialistischer Geschichtsreflexion nachzudenken, ohne erinnerungspolitische Revisionen vorzunehmen.

VERBUNDEN UND GETRENNT – RASSISMUS- UND ANTISEMITISMUSKRITIK

Das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus gehört zu den großen politischen Themen der Gegenwart. Der Umgang mit den beiden großen Gewaltgeschichten der Moderne steht zur Diskussion. Mit Kolonialismus und Holocaust geht es um die »zwei großen moralischen Narrative des 20. Jahrhunderts«[1]. Aus beiden wird abgeleitet, wer und was heute als antisemitisch beziehungsweise als rassistisch zu gelten hat. Natan Sznaider ordnet dies historisch ein: »Der Zionismus war die politische Antwort auf den Antisemitismus, so wie der Postkolonialismus eine Antwort auf den Rassismus war«[2]. Beide Antworten enthalten emanzipatorische und nationalistische Elemente, die herauszuarbeiten sind, um den identitären Tendenzen in beiden entgegenzuwirken. Notwendig ist dafür ein Denken, das sich von reinen Positionen verabschiedet und innere Widersprüchlichkeiten anerkennt. Es geht also um ein globales Bildungsprojekt. Die gegenwärtig verbreitete Reserviertheit gegenüber der Demokratie und ihren Medien, wie sie in rechtspopulistischen Bewegungen geäußert wird, die sich als ›das Volk‹ repräsentieren, basiert auf einer Selbststilisierung als Opfer einer übermächtigen Instanz, die ›Wahrheiten‹ unterdrückt. Dabei ist die Selbstbezeichnung als ›Volk‹ nationalistisch repräsentiert – und sie ist in der deutschen Geschichte im Herbst 1989 nur ganz kurz eine basisdemokratische Selbstbezeichnung gewesen, bevor sie sehr schnell wieder als nationale Gemeinschaft beansprucht worden ist.

Die phantasmatische Figur des Juden nimmt im antisemitischen Denken weder den Ort des Wir noch den des Anderen ein, sondern gilt als ominöser, ungreifbarer Feind jeder Ordnung, als »Weltfeind« und nicht als »›normale‹ Nation, Rasse oder Religion«[3]. Antisemitismus macht das »Gerücht über die Juden«[4] zu einem gängigen Erklärungsmuster für gesellschaftliche Probleme und bietet ein Weltbild an, das einfach in Gut und Böse einteilt sowie jegliche Komplexität ausschließt. Das Grundmuster der antisemitischen Ideologie fasst Zygmunt Bauman als Abwehr jeder Ambivalenz[5], ein Ausdruck der Unerträglichkeit jeder Unübersichtlichkeit und Uneindeutigkeit, die in den Juden repräsentiert erscheinen. Der Rassismus strebt eine ethnopluralistische Teilung der Welt an, der Antisemitismus die Vernichtung des Anderen, um sich von den Zumutungen einer komplexen Welt zu befreien. Im Antisemitismus nach der Shoah fusionieren mehrere tradierte Ressentiments, die sich aus christlich-religiösen, völkisch-rassistischen, schuldabwehrenden und antiisraelischen Elementen zu einem Weltbild zusammensetzen. Davon sind auch linke, herrschaftskritische Bewegungen nicht frei, wenn sie sich pauschal gegen ›den Westen‹ wenden und dabei selbst ethnisierend argumentieren. Immer dort, wo mit Identitäten statt mit gesellschaftlichen Verhältnissen argumentiert wird, ist eine von der kritischen Theorie inspirierte Antisemitismuskritik herausgefordert. Dies kann auch der Fall sein, wenn es um antikoloniale oder antirassistische Positionen geht.

POSTKOLONIALE UND POSTNATIONALSOZIALISTISCHE GESCHICHTSREFLEXION

Wie ein gleichberechtigtes Erinnern an die Geschichte des Rassismus und jene des Antisemitismus in der Öffentlichkeit stattfinden kann, ist heute hoch umstritten und untrennbar mit den Verhältnisbestimmungen zu Kolonialismus und Nationalsozialismus verbunden. Thematisierungen der epistemischen und materiellen Ordnungen des Kolonialismus erfolgen in einem sozialen und kulturellen Kontext, der

Das »Buch der Namen« im *Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau* enthält mehr als vier Millionen Namen von ermordeten Jüdinnen und Juden und steht für die systematische nationalsozialistische Vernichtung des europäischen Judentums.

von den Folgen der NS-Verbrechen geprägt ist und in dem die ideologischen Muster und gesellschaftlichen Selbstbilder nachwirken, die im Nationalsozialismus herausgebildet worden sind. Es ist diese Einsicht in die Unabgeschlossenheit der nationalsozialistischen Überzeugungen von Kultur und Gesellschaft, von der ausgehend die Frage nach dem Ort eines postkolonialen Gedächtnisses in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft gestellt werden kann. Die postkoloniale Gegenwart nach Auschwitz zeichnet sich dadurch aus, dass die Menschen- und Weltbilder des Nationalsozialismus in ihr zwar politisch-programmatisch nicht mehr vertreten werden, jedoch in kollektiv geteilten Denkmustern nach wie vor vorhanden sind. Umgekehrt zeigt sich die postnationalsozialistische Gegenwart als eine, in der die Erfahrung kolonialer Herrschaftspraktiken und die darin erzeugten Bilder von den nicht-europäischen Anderen und dem europäischen Selbst verankert sind. Diese doppelte Perspektive gilt es einzunehmen bei dem Versuch, Bildungsprozesse in einer Gegenwart zeitgeschichtlicher Beziehungen zu reflektieren und dabei sowohl Zusammenhänge wie auch Unterscheidungslinien zu vermitteln.[6] Das verlangt, ein hohes Maß an Komplexität anzuerkennen und in Konstellationen des Gleichzeitigen zu denken. Die Vorstellung eines gesellschaftlich etablierten Konsenses gegen Antisemitismus im Kontrast zur Vernachlässigung des Rassismus stellt die Auseinandersetzung mit beiden Ideologien in ein Konkurrenzverhältnis. Um das zu vermeiden, sollten sich Antisemitismus- und Rassismuskritik auf den gemeinsamen Gegner, nämlich den reaktivierten Nationalismus in Deutschland und Europa konzentrieren.

Stattdessen scheint sich ein »Historikerstreit 2.0«[7] abzuzeichnen. Mit dem Vorläufer von Mitte der 1980er Jahre hat dieser die Tendenzen zur Relativierung des Holocaust gemeinsam. Steffen Klävers sieht die Parallelen zum Historikerstreit der 1980er Jahre, wenn mit postkolonialer Theorie versucht wird, Auschwitz normalisierend zu historisieren, indem die Shoah »funktionalistisch sowie strukturell analysiert und totalitarismustheoretisch als Beispiel für einen genuin modernen Genozid beschrieben (wird, A. M.), in dessen Tradition auch ein Kolonialgenozid fallen würde«[8]. Dabei wird der spezifische NS-Antisemitismus nicht angesprochen, es ist unterschiedslos von »rassistischer Gewalt«[9] die Rede. Dass das Judentum im NS-Antisemitismus nicht ein koloniales Anderes darstellt, sondern von dieser Differenzlogik überhaupt nicht erfasst werden kann, bleibt ausgespart, wenn der NS als koloniales Projekt oder als Antwort auf den Kolonialismus aufgefasst wird. Der völkische Antisemitismus projiziert alles Jüdische als Verunreinigung der nationalen Gemeinschaft und als Bedrohung ihrer Moral. Der nationalistische Kolonialrassismus des deutschen Kaiserreichs ist davon zu unterscheiden. Die Denkmuster des Kolonialismus folgen der Idee europäischer Überlegenheit über die nicht-europäischen und vor allem nicht-weißen Bevölkerungen. Diese galt es zu beherrschen und auszubeuten. Eine unüberwindliche Kluft zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten wird in dieser Kolonialherrschaftsform vorausgesetzt und hergestellt. Begründet wird diese Kluft mit den zivilisatorischen Defiziten der Kolonisierten, die entsprechend abwertend bezeichnet werden. Auf der Grundlage dieser kontrastierenden Vorstellungen

schuf sich die deutsche Kolonialmacht die mentalen Voraussetzungen für die Entgrenzung von Gewalt. Es bildete sich eine Herrschaftspraxis und -ideologie heraus, die auf die Vernichtung der Bewohner*innen des kolonisierten Territoriums zielte und die insbesondere im deutschen Kolonialkrieg in Südwestafrika zur Anwendung kam, bei dem die Zielsetzung des »Rassenkampfes« offen verfolgt wurde.[10]

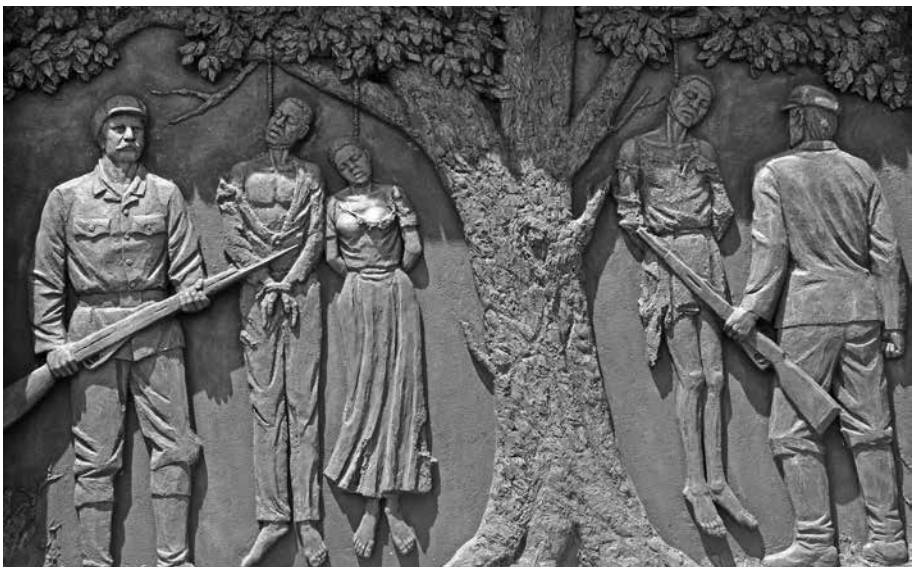
HISTORISCHE REKONSTRUKTION STATT ERINNERUNGSPOLITISCHER REVISION

Es lohnt sich, beide Komplexe von Gewaltgeschichte unterscheidend zu rekonstruieren, um den spezifischen kolonialen Rassismus und den spezifischen nationalsozialistischen Antisemitismus herauszuarbeiten und zu vermitteln. Dagegen halte ich einen Ansatz, der ein postkoloniales Gedächtnis für eine erinnerungspolitische Relativierung des Holocaust einsetzt, aus mehreren Gründen für unangebracht: Bedient wird dadurch ein in Teilen der deutschen Gesellschaft nach wie vor vorhandenes Ressentiment gegen die Erinnerung an den Holocaust, indem die damit verbundenen Konzepte, Institutionen und Gedenkpraktiken als dominant repräsentiert werden. Ausgeschlossen wird dadurch die Verbundenheit von Rassismus- und Antisemitismuskritik in der migrationsgesellschaftlichen Gegenwart, wie sie sich gerade in vielen Bildungsinstitutionen zeigt und produktiv ist. Gedächtniskonkurrenzen erschweren gerade das lange vernachlässigte Erinnern an die Kolonialverbrechen der Deutschen und der Europäer*innen. Wenn Kolonialgeschichte in eine Kontinuitätslinie zum Holocaust gebracht wird, kommt es zu historischen Verzerrungen, die weder dem einen noch dem anderen gerecht werden. Benötigt wird dagegen ein Bewusstsein für die Besonderheiten beider Geschichtszusammenhänge. Eine vergleichende Genozidforschung ist längst auch im deutschsprachigen Kontext etabliert und muss nicht gegen etwas angeblich Dominantes erkämpft werden. Vergleiche sind notwendig, um historisch genau zu unterscheiden. Doch aus dem Vergleich geht keine Gleichsetzung hervor.

Die Rekonstruktion ideologischer Muster von europäischer Überlegenheit (Kolonial-Rassismus), nationaler Reinheit (völkischer Antisemitismus) und bürgerlicher Selbstbestätigung (Antiziganismus beziehungsweise antiziganistischer Rassismus) verstehe ich als Zugang zu einer kritischen Geschichtsbewusstseinsbildung in der Gegenwart. Dabei lässt sich gerade am antiziganistischen Rassismus zeigen, wie wichtig eine spezifische Beachtung ist. Die verspätete Anerkennung des Genozids an den europäischen Sinti*zze und Rom*nja ist ein bedeutendes Element in der aktuellen Auseinandersetzung mit antiziganistischem Rassismus. Im Nationalsozialismus ist aus dem verbreiteten und über Jahrhunderte tradierten Ressentiment gegen die als Zigeuner bezeichneten Europäer*innen eine »Rassenutopie«[11] gemacht worden. Zu ›Rassenforscher*innen‹ erklärte ›Expert*innen‹ haben ihre Körper vermessen und sie in die aus dem Kolonialismus übernommenen Rassenkonzepte eingeordnet, um die so rassifizierte Gruppe von denen zu unterscheiden und abzusondern, die zur soge-

Der Völkermord an Sint*izze und Rom*nja im nationalsozialistisch besetzten Europa wird in einer Dauerausstellung im *Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau* thematisiert.

nannten ›Volksgemeinschaft‹ gehörten. Mit dem »Auschwitz-Erlass« von 1942, der die Deportation von europäischen Sinti*zze und Rom*nja in das als Zigeunerlager bezeichnete Terrain in Auschwitz-Birkenau verfügte, begann der systematische Massenmord, dem nach neueren Forschungen etwa 200.000 Sinti*zze und Rom*nja zum Opfer gefallen sind[12] und den die Bundesregierung erst 1982 als Völkermord anerkannt hat. Der Begriff »Holocaust« steht auch für diesen Tatkomplex und verbindet die Leidensgeschichten von Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja, ohne deshalb die Unterschiede auszublenden.



Denkmal zum Gedenken an den von deutschen Kolonialtruppen begangenen Völkermord an den Herero und Nama im Zentrum der namibischen Hauptstadt Windhoek.

Anerkennungskonflikte der Gegenwart lassen sich nicht an der Verbrechensgeschichte der Vergangenheit austragen. Wenn den historischen Opfern Anerkennung und ein würdiges Gedenken zukommen soll, dann sollte sich dies auf ihre jeweils spezifische Geschichte beziehen und nicht einen Gegensatz zu einem anderen, lange mühsam erkämpften Gedächtnis herstellen. Die zu beobachtende Attraktivität des postkolonialen Erinnerns in der Gegenwart führe ich unter anderem darauf zurück, dass der Themenkomplex bisher nicht etabliert und insbesondere nicht schulisch besetzt ist. Postkoloniales Erinnern wird nicht assoziiert mit bekannten und staatstragenden Appellen, sondern erscheint als etwas Rebellisches, Neues, für das es noch kaum eingeführte Formen gibt. Demgegenüber wird das Holocaust-Gedächtnis der (weißen) Dominanzkultur zugeordnet – in Verkennung der Jahrzehnte von Erinnerungs- und Schuldabwehr, die bis heute nachwirken und um den Preis der Dethematisierung von sekundärem Antisemitismus, der sich nach Auschwitz ausgebreitet hat und den Juden einen Profit an der Erinnerungskultur unterstellt. Die Aktualität dieses Antisemitismus ist offensichtlich und zeigt sich in neu-rechten Bewegungen in aggressiver Form. Davon sollten sich alle abgrenzen, denen an historischer Selbstreflexion gelegen ist.

Wenn das postkoloniale Gedächtnis um den Preis neutralisierender Gleichsetzungen zu den NS-Verbrechen etabliert werden soll, dann wird hier für ein legitimes und bedeutendes Anliegen das falsche Objekt gewählt. Angemessener für eine postkoloniale Erinnerungskultur ist es aus meiner Sicht, beim Gegenstand selbst zu bleiben, die Kolonialverbrechen genauer zu erforschen und der Opfer würdig zu gedenken.

Astrid Messerschmidt ist seit 2016 Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Diversität an der Bergischen Universität Wuppertal. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: migrationsgesellschaftliche Bildung und Rassismuskritik, Antisemitismus- und Antiziganismuskritik, erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Bildungsarbeit in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus und kritische Bildungstheorie.

1 Sznaider, Natan (2020): Rassismus versus Antisemitismus. Debatte um den Intellektuellen Achille Mbembe verläuft nach Drehbuch, www.tagesspiegel.de/politik/rassismus-versus-antisemitismus-debatte-um-den-intellektuellen-achille-mbembe-verlaeuft-nach-drehbuch/25833966.html (»tagesspiegel« vom 17.05.2020) (abgerufen am 28.01.2022)
2 Ebd.
3 Holz, Klaus/Kiefer, Michael (2010): Islamistischer Antisemitismus. Phänomen und Forschungsstand, In: Stender, Wolfram et al. (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und pädagogische Praxis, Wiesbaden: VS Verlag, S. 109–137: 124
4 Adorno, Theodor W. (2001 [1951]): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt/M.: Suhrkamp: 200
5 Vgl. Bauman, Zygmunt (2002): Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg: Hamburger Edition
6 Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel: 174ff.
7 Vgl. die Kolumne von Frei, Norbert: Was sie stört; in diesem *zeichen*, S. 18
8 Klävers, Steffen (2018): Postkoloniale Normalisierung: Anmerkungen zur Debatte um eine koloniale Qualität von Nationalsozialismus und Holocaust, In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie, Heft 5/2018, S. 103–116: 108
9 Ebd.
10 Kößler, Reinhart (2005): Kolonialherrschaft – auch eine deutsche Vergangenheit, In: Lutz, Helma/Gawarecki, Kathrin (Hrsg.): Kolonialismus und Erinnerungskultur. Die Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der deutschen und niederländischen Einwanderungsgesellschaft, Münster: Waxmann, S. 23–40: 36
11 Zimmermann, Michael (1996): Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, Hamburg: Hamburger Edition
12 Fings, Karola (2019): Der Völkermord an den Sinti und Roma im Deutschen Reich. Lokale Initiativen und nationalsozialistische Rassenpolitik, In Einsicht 2019 – Bulletin des Fritz Bauer Instituts. 11. Jg., Ausgabe 20, S. 6–15: 13

Was sie stört

Die Erinnerung an den Holocaust ist manchen Kolonialhistorikern im Weg. Wem ihre Kritik gefällt, liegt auf der Hand.

Norbert Frei

Von einem »Historikerstreit 2.0« war schon öfters die Rede seit jener Großdebatte, die Jürgen Habermas im Sommer 1986 lostrat und die im Ergebnis das politisch-moralische Fundament der Bundesrepublik befestigte. Doch anders als in früheren Fällen, in denen der Begriff meist nur helfen sollte, das Desinteresse eines breiteren Publikums zu überwinden, zielt seine Verwendung diesmal ins Zentrum dessen, worum der »Historikerstreit 1.0« vor dreieinhalb Jahrzehnten kreiste: um die Frage nach der Bedeutung des Holocaust in der Geschichte und für die Zukunft dieses Landes.

Es sei an der Zeit, so verkündete der australische Historiker Dirk Moses unlängst auf einem Fachportal, dass sich die Deutschen von jenem »Katechismus« verabschiedeten, den selbsternannte »Hohepriester« als Konsequenz aus der Kontroverse um die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmords verordnet hätten. In dem Wunsch, von »amerikanischen, britischen und israelischen Eliten« akzeptiert zu werden und Deutschlands »geopolitische Legitimität« zu sichern, hätten Linke und Liberale verstärkt seit den Neunzigerjahren ältere konservative Vorstellungen von nationaler Ehre und Tradition abgeräumt und die Erinnerung an den Holocaust als Zivilisationsbruch und »heiliges Trauma« durchgesetzt. Seitdem gelte jeder Vergleich mit anderen Genoziden und Rassismen als »Abfall vom rechten Glauben«.

Der verächtliche Ton und eine Flut religiöser Metaphern – die Rede ist von »Heilsgeschichte«, von »Wiederauferstehung« und einem »christologisch geprägten Erlösungsnarrativ«, dem eine ganze Generation von Deutschen erlegen sei –, haben dem in den USA lehrenden Professor für globale Menschenrechtsgeschichte inzwischen einige Kritik eingetragen. Doch die meisten Diskutanten beeilten sich, vom Stirnrunzeln über die Sprache zum Lobpreis der Sache zu kommen: Das Anliegen verdiene jede Unterstützung, sowohl wissenschaftlich als auch politisch.

Worum aber geht es Moses und seinen Mitstreitern? Etliche unter ihnen sind seit langem auf dem Feld der vergleichenden Genozidforschung aktiv, andere kommen aus der historischen Afrika-Forschung oder aus den *postcolonial studies*. Im Schnittpunkt vieler ihrer Arbeiten, die sich sowohl mit den neuen Völkermorden seit dem Zweiten Weltkrieg als auch mit den Verbrechen der Kolonialmächte in der Zeit davor befassen, liegt der Holocaust. Aber er ist ihnen auch im Weg.

Offenkundig stört die überragende Aufmerksamkeit, die der Judenmord in den vergangenen etwa drei Jahrzehnten in Deutschland wie in der gesamten westlichen Welt gefunden hat; sie soll nun – und darin liegt die gleichsam umgekehrte Parallele zum ersten Historikerstreit – relativiert werden, um Platz zu schaffen für bisher zu wenig Beachtetes.

Tatsächlich beginnen sich die Deutschen (wie die meisten Europäer) für die Verbrechen ihrer Kolonialvergangenheit gerade erst zu interessieren. Aber richtig ist doch auch: Die aktuelle Raubkunst-Debatte und die Diskussionen um die Bestückung des Berliner Humboldt-Forums finden öffentliche Resonanz in einem Maße, das in eine neue Richtung weist. Gleiches gilt für die von früheren Bundesregierungen terminologisch verweigerte, von der jetzigen aber gerade ausgesprochene Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama, den deutsche Kolonialtruppen zwischen 1904 und 1908 im heutigen Namibia begingen.

Erinnerungspolitisch ist also einiges in Bewegung. Deshalb fällt es schwer, die postkoloniale Kritik an der behaupteten Provinzialität der deutschen Gedenkkultur zum Nennwert zu nehmen. Betrachtet man Moses' Einwände gegen die angeblichen fünf Gebote des »Katechismus der Deutschen« genauer, wird allerdings auch klar, dass es um Verbesserungen – etwa der zeitgeschichtlichen Bildungsarbeit in einer postmigrantischen Gesellschaft – gar nicht geht. Ziel ist viel-

Eine Art Schadensabwicklung

Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung

Von Jürgen Habermas

Der Katechismus der Deutschen

Die Erinnerung an den Holocaust als Zivilisationsbruch ist für viele das moralische Fundament der Bundesrepublik. Diesen mit anderen Genoziden zu vergleichen, gilt ihnen daher als eine Häresie, als Abfall vom rechten Glauben. Es ist an der Zeit, diesen Katechismus aufzugeben.

25. Mai 2021 · Lesezeit ca. 15 Minuten · Artikel drucken · In Pocket speichern

A. Dirk Moses

A. Dirk Moses ist Frank Porter Graham Distinguished Professor of Global Human Rights History an der Universität North Carolina in Chapel Hill. Er ist Herausgeber des Journal of Genocide Research; sein letztes Buch ist "The Problems of Genocide: Permanent Security and the Language of Transgression", Cambridge 2021.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Vergangenheit, die nicht vergehen will

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Schwarz-Weiß-Bilder

Archipel GULag und Auschwitz

mehr die Etablierung neuer Regeln: Der Holocaust soll »kontextualisiert«, Antisemitismus soll als bloße Unterform eines ubiquitären Rassismus verstanden werden, und keinesfalls darf weiterhin die Einsicht gelten, dass Antisemitismus sich als Antizionismus verkleiden kann. (Letzteres war einer der Gründe für die Resolution, mit der sich der Bundestag im Mai 2019 gegen die BDS-Bewegung und deren Israel-Boykott stellte.)

Moses' Mixtur aus derber Polemik und aktivistischer Agenda ist freilich nicht nur für Verfechter linker Identitätspolitik attraktiv, sondern auch für die intellektuelle Rechte. Kaum war der Beitrag online, titelte Martin Sellner auf der Homepage der neurechten Zeitschrift Sezession, das Lieblingswort der Holocaust-Leugner vorsichtshalber in Anführungszeichen setzend: »Postkoloniale Angriffe auf den ›Auschwitz-Mythos‹«. Angelehnt an Sigmund Freud diagnostizierte der führende Kopf der österreichischen Identitären einen »Narzissmus der kleinen Differenzen« innerhalb des – selbstredend verabscheuten – »ethnomasochistischen« Lagers. Immerhin, so Sellner, seien die »zelotischen Binnenkriege« unter den »Scholastikern der deutschen Schuldreligion« ein schöner Baustein für die »rechte Aufgabe« einer »Verwindung des Schuldkults«.

Wenn es bei Moses heißt, den »Glaubenswächtern« der deutschen Erinnerungspolitik gelinge es angesichts der demografischen und generationellen Umbrüche immer schwerer, »die Bevölkerung zu disziplinieren«, dann bedient das nicht nur die perfidesten Unterstellungen der Rechten. Es ist auch von erstaunlicher Bösartigkeit gegenüber den Intentionen all derer, die sich seit Jahrzehnten in Gedenkstätten und Dokumentationszentren um historisch-kritische Aufklärung bemühen. Und es ist weit entfernt etwa von der akademischen Realität: Erst kürzlich hat eine Studie belegt, dass von einem übergroßen Lehrangebot zum Thema Holocaust an deutschen Universitäten keine Rede sein kann.

Wie löchrig das deutsche Gedächtnis immer noch (oder wieder) ist und wie selektiv das Wissen über den Zweiten Weltkrieg, könnte sich einmal mehr in den nächsten Tagen zeigen. Viele werden dann womöglich zum ersten Mal hören, dass mit dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion vor 80 Jahren auch der Holocaust begann.

Nachdruck der Kolumne von Norbert Frei aus der Süddeutschen Zeitung vom 18. Juni 2021 mit freundlicher Genehmigung des Verfassers. Eine erheblich erweiterte Fassung des Textes liegt inzwischen vor in dem Band: Saul Friedländer/Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Dan Diner: Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. C. H. Beck Verlag München 2022.

Norbert Frei, geboren 1955 in Frankfurt am Main, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena. Er leitet das *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.*

Sonntags sind alle Geschäfte geschlossen

Eine ASF-Freiwillige erzählt von ihren Erfahrungen, als religiöse Jüdin in Berlin zu leben

Ana Light

Ich bin 18 Jahre alt und komme aus Kalifornien. Mein Vater ist Rabbiner und hat bei mir und meinen Geschwistern für eine tiefe Verbundenheit mit dem Glauben gesorgt. Meine Mutter ist Deutsche und hat uns die deutsche Sprache beigebracht. Von meinen kurzen Besuchen in Berlin wusste ich, dass die Stadt modern und liberal ist. Ich war fasziniert von der Multikulturalität der Stadt, der Kunstszene, der Kultur, der politischen Atmosphäre, der Clubszene und vor allem von den süßen kleinen Cafés, die Berlin ausmachen. Berlin schien eine andere Welt zu sein als die, die ich kenne, und ich war so neugierig, sie zu entdecken. Als ich dann von einem Projekt hörte, das in einer Tagesstätte für Menschen mit besonderen Bedürfnissen angeboten wurde, wusste ich, dass ich genau das machen wollte. Während meines Freiwilligendienstes habe ich viel über das Leben als Jüdin in Berlin erfahren.

Sonntags sind alle Geschäfte geschlossen. Das macht es extrem schwer, eine religiöse Jüdin zu sein. Denn man muss nicht nur seine Schabbat-Einkäufe am Freitag erledigen, sondern auch an den Sonntagseinkauf und an den Montag denken. Mein größter Kulturschock war das Fehlen des Judentums im Alltagsleben der Durchschnittsbürger*innen und die Intensität des Christentums. Glaube nicht, dass du in einem Berliner Supermarkt Chanukka-Kerzen finden wirst, wie es in Amerika üblich ist, das kannst du nicht. Es war für mich schockierend, wie wenig das Judentum in der Gesellschaft verankert ist. Trotz der Liebe der Deutschen zu Falafel und Schawarma ist der Mangel an koscheren Restaurants und Supermärkten offensichtlich. Es ist eine große Herausforderung für mich, an einem Ort, an dem ich in der Minderheit bin, religiös zu bleiben, koscher zu leben und den Schabbat zu halten. Mein ganzes Leben lang war ich von Juden und dem Judentum umgeben. Zum ersten Mal bin ich allein. Zum ersten Mal habe ich keine Eltern, die mir sagen, wann der Schabbat beginnt und wann er endet. Ich habe keine Eltern, die mich in die Synagoge schleppen. Das musste alles aus meinem eigenen inneren Willen heraus geschehen. Und das bleibt der schockierendste Teil meiner Erfahrung: Die Auseinandersetzung mit der Frage, wie ich zu einer Minderheit gehören und gleichzeitig mir selbst und meinen Überzeugungen treu bleiben kann. Trotz dieser Realität war es ein großes Highlight und eine würdevolle Erfahrung zu sehen, wie Berlin mit seiner Geschichte umgeht. Im ersten Monat habe ich an der *Unteilbar*-Demonstration teilgenommen. Eine riesige Demonstration, bei der 250.000 Menschen zusammenkamen, um für Solidarität, gegen Nazis und andere Formen des Rechtsextremismus zu demonstrieren. Das war für mich als Jüdin wirklich eine sehr beeindruckende Erfahrung: Zu sehen, wie viele Menschen gekommen sind, um sich gegen diesen Hass zu stellen. Jedes Mal, wenn ich an einem Fenster mit einem Aufkleber oder einem Plakat vorbeigehe, auf

dem steht »Nazis sind nicht willkommen«, löst das in mir etwas aus. Es löst etwas in mir aus, das ich nicht genau beschreiben kann, es liegt irgendwo zwischen Hoffnung und Trauer. Wenn ich diese Plakate sehe, werde ich daran erinnert, warum ich hier bin. Ich bin hier, um der Welt zu sagen: »Nie wieder«. Aber ich werde auch daran erinnert, dass diese Gräueltaten geschehen sind, und dass sie nicht unter besonderen Umständen geschehen sind, sondern in einer normalen Gesellschaft wie der heutigen, und das macht mir Angst. Andererseits weckt es in mir die Hoffnung, dass wir uns nie wieder zurückentwickeln werden, dass Deutschland seine Vergangenheit hinter sich gelassen hat und dass dies ein Ort ist, an dem Jüdinnen und Juden wieder willkommen sind.

Ich hatte das Vergnügen, hier in Berlin die Synagoge zu besuchen. Auch das war ein echter Höhepunkt. Ich konnte auch meinen Mitbewohner*innen und meinen Kolleg*innen von meiner Religion, dem Judentum, erzählen, über das sie zu meiner Überraschung wirklich sehr wenig wissen. Ich habe darüber nachgedacht, wie ich meine Religion nach außen hin darstellen kann, das war etwas, was ich zuvor noch nie getan hatte.

Ana Light aus den USA hat ihren Freiwilligendienst 2017/2018 im Diakoniewerk Simeon in Berlin gemacht.

Freiwillige des Internationalen Freiwilligenprogramms in Deutschland bei der *Unteilbar*-Demo in Berlin 2018, 1. v. l. Ana Light.

Postkolonialismus oder vom Umgang mit einem toxischen Erbe

Jörg Lüer

In den letzten Jahren hat die Frage nach dem Umgang mit dem kolonialen Erbe und den Folgen des Kolonialismus erheblich an Bedeutung gewonnen. Sind die historischen Belastungen und ihre gegenwärtige Prägekraft in der Agenda 2030, die 2015 im UN-Rahmen Ziele der nachhaltigen Entwicklung definiert hat, noch pragmatisch ausgeklammert worden, so wird mittlerweile immer deutlicher, dass sie eine der wichtigen politisch-kulturellen Herausforderungen in den Beziehungen der sich globalisierenden Gesellschaften darstellen.

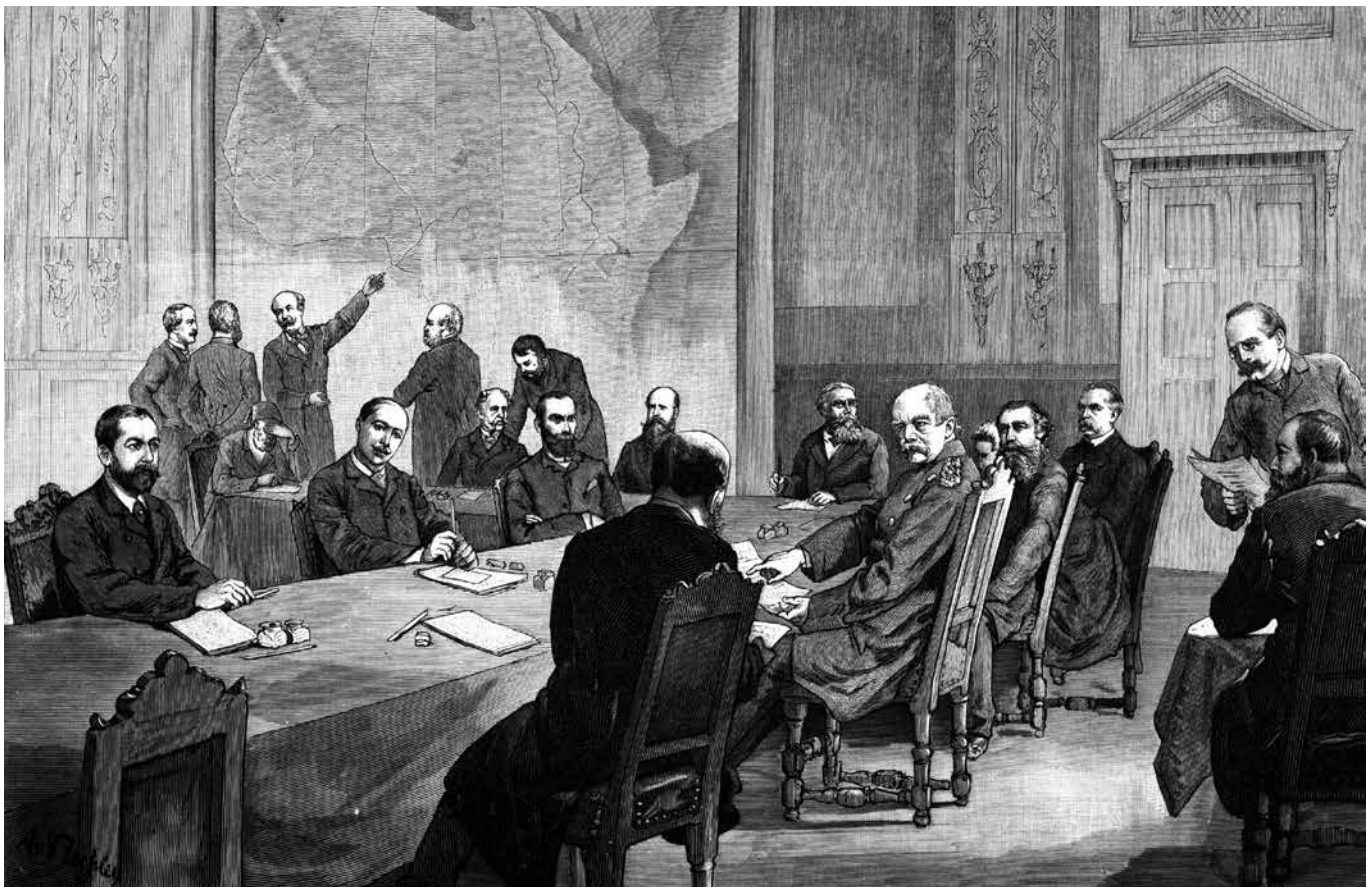
In Deutschland ist die Debatte insbesondere um das Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, den angemessenen Umgang mit der Verantwortung für den Völkermord an den Nama und den Herero sowie um Straßenbenennungen und Rassismus entflammt. Die Diskussion um die Einladung beziehungsweise Ausladung von Achille Mbembe, dem prominenten postkolonialen Denker aus Kamerun, die sich an der Frage entzündete, inwieweit seine Äußerungen zu Israel antisemitisch sind, berührt auch ein für ASF zentrales Feld. Die prekäre Anwesenheit der aus der Kolonialgeschichte resultierenden Beziehungsstörungen ist nicht selten mit den Händen zu greifen. Aber oftmals sind diese Störungen unter der Oberfläche des Alltags verborgen und treten erst in Krisenmomenten abrupt zu Tage.

Nicht zuletzt deshalb ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung und der Bundestag sich in den letzten Jahren dieser Thematik angenommen haben. Die Rückgabe der Benin-Bronzen ist eine der bemerkenswerten und ermutigenden Früchte des damit verbundenen politisch-kulturellen Lernprozesses. Andere Fragen, wie zum Beispiel der angemessene Umgang mit Namibia konnten bei allen Fortschritten, die schon erzielt wurden, noch nicht geklärt werden. Auch wenn dem Staat in diesen Prozessen eine wichtige Rolle zukommt, ist es keineswegs nur eine Frage staatlicher Verantwortlichkeit. Wir haben es vielmehr mit einem politisch-kulturellen Problem zu tun, an dessen Lösung auch die gesellschaftlichen Akteure und entsprechend auch die Religionsgemeinschaften mitwirken müssen. Denn auch in den Kirchen ist die Thematik anwesend.

Die weltweite Verbreitung des Christentums europäisch-westlicher Prägung ist eng – wenngleich durchaus ambivalent – mit der Geschichte des Kolonialismus verbunden. Mission und Kolonialismus standen in einem Verhältnis spannungsreicher Verstrickung. Die kritische kirchliche Auseinandersetzung um Mission und Inkulturation, die auch eine Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus ist, ist eine hochspannende Lerngeschichte, die sich nicht zuletzt in den missionsgeschichtlichen Sammlungen und dem Umgang mit ihnen ablesen lässt. Keineswegs zufällig hat Papst Johannes Paul II. das kolonialistische Versagen der Christ*innen in seinem Schuldbekenntnis für die Kirche im Jahr 2000 angesprochen; ein deutlicher Fingerzeig, dass tiefliegende Fragen des Selbstverständnisses berührt werden.

In dieselbe Richtung weist auch die Beobachtung, dass der Diskurs zu Postkolonialismus sowohl politisch als auch vor allem moralisch bemerkenswert aufgeladen ist. Postkolonialismus fungiert nicht selten als Kampfbegriff. Der hohe Ton vieler Einlassungen sowie auch der abwehrenden Entgegnungen deutet darauf hin, dass der Diskurs einen Glutkern besitzt, der von der Frage nach Identität handelt. Das überrascht kaum, bedenkt man, dass die Entwicklung postkolonialer Ansätze Teil ideen- und beziehungsgeschichtlicher Emanzipationsprozesse und der Neudefinition des Verhältnisses zum Westen sowie zur eigenen Geschichte war und ist. Die damit verbundenen Fragen stellen sich unter den Bedingungen der sich im Rahmen der Globalisierung verändernden Rolle des Westens in neuer Zuspitzung. Es ist zugleich eine Frage, die die westlichen, insbesondere die europäischen, Gesellschaften zu klären haben.

Aber so vielfältig wie die kontextuellen Ausgangsbedingungen postkolonialen Den-



Berliner Konferenz in der Wilhelmstraße 1884, zeitgenössischer Stich.

kens, seien sie arabisch, afrikanisch, asiatisch oder amerikanisch, so vielfältig sind auch die postkolonialen Ansätze. Das liegt in der Logik dieser ideengeschichtlichen Entwicklung. Auch wenn der Begriff es suggerieren mag: Es gibt keine geschlossene postkoloniale Theorie. Vielmehr handelt es sich um eine Ansammlung von Antwortversuchen auf die Erfahrung der gegenwärtigen Prägekraft der kolonialen Vergangenheiten, zu der man sich in Beziehung setzen und mit der man umgehen muss. Dabei merkt man nicht wenigen Ansätzen das Emanzipationsbewegungen eigene Pathos der Abgrenzung an.

Dieses Pathos kann einen wichtigen Beitrag zur Neujustierung von Beziehungen leisten. Aber aus ihm heraus allein wird sich die gemeinsame Bewältigung der sich aus der Geschichte ergebenden Herausforderungen kaum leisten lassen. Das aus unserer weltkirchlichen Praxis entwickelte Verständnis von postkolonialem Denken zielt daher auf das gemeinsame Nachdenken und Handeln beim Umgang mit den Folgen des Kolonialismus als einem – wiewohl asymmetrischen – dennoch gemeinsamen Erbe mit dem Ziel der Herstellung von versöhnten Beziehungen. So verstandenes postkoloniales Denken und Handeln setzt voraus, dass wir uns miteinander über dieses gemeinsame Erbe verständigen. Die vielfältigen Beziehungsstörungen und Prägungen, die der Kolonialismus hervorgerufen hat, kommen dabei sowohl als Motiv als auch als Hindernis in den Blick.

Es hilft, sich zu vergegenwärtigen, womit wir es beim Umgang mit den Folgen des Kolonialismus in der Sache zu tun haben. Das erste, was bei einem Blick auf das historische Material deutlich wird, ist die beachtliche Formenvielfalt des Kolonialismus. Siedlerkolonien, Stützpunkt- und Handelskolonien, Beherrschungs- und Verdrängungskolonien sind nicht allein nach ihrem rechtlichen Status in ihrem Verhältnis zum kolonisierenden Land sehr verschieden. Sie treffen auch auf höchst unterschiedliche Ausgangslagen in den kolonisierten Gebieten selbst. Die sich daraus entwickelnden Konstellationen und Geschichten sind ihrerseits dementsprechend höchst unterschiedlich, wie ein Vergleich zwischen China, Indien, Südafrika, Kamerun, Haiti, Brasilien oder auch den USA und Kanada unmittelbar zeigt. Eines ist aber allen eigen: Die kolonialistische Mischung aus Dominanz, Asymmetrie und Gewalt, die sich zudem in vielfältigen Formen diskriminierender Denkweisen niederschlägt und diese zu legitimieren sucht, prägt alle betroffenen Gesellschaften bis heute, wenngleich auch in sehr unterschiedlicher Weise. Sei es durch die Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur wie zum Beispiel durch die Einführung der Plantagenwirtschaft, sei es durch die Bevorzugung von einzelnen Ethnien oder Religionsgemeinschaften zur Durchsetzung der eigenen Interessen oder sei es durch gewaltsame Eingriffe in die Bevölkerungsstruktur durch Sklaverei und Sklavenhandel. Einer der markantesten und wirkmächtigsten Eingriffe waren dabei die Grenzziehungen in Afrika im Zuge der Berliner Konferenz 1884/85.

Diese Prägungen wirkten auch in den häufig gewaltförmigen Prozessen der Dekolonialisierung. Aus der Kolonialzeit stammende ethnische Spannungen gingen oft über in

Graffiti an Berliner U-Bahn-Station. Die Straße wurde nach Protesten umbenannt in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

den Kampf um die Macht in den unabhängigen Staaten. Die Konflikte zwischen Hutu und Tutsi sind dabei sicherlich eines der markantesten Beispiele. Die Erinnerung an die Kolonialzeit und den Befreiungskampf wurde zur legitimierenden Ressource für viele neue Regierungen, wie zum Beispiel in Zimbabwe. Die vielfältige Gewaltförmigkeit des Kolonialismus sowie der Dekolonialisierung schafft einen hohen Bedarf an Narrativen und Deutungen. Den jeweiligen Erinnerungen an Kolonialismus und Dekolonialisierung kommen politisch-kulturelle Funktionen zu, die es, als Teil von Bewältigungsstrategien mit all ihren Versuchungen verstehen zu lernen gilt.

Die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe ist nicht von der Auseinandersetzung mit den anderen Gewalterfahrungen in den jeweiligen Ländern zu trennen. Koloniale Prägungen sind eine der häufig unterschätzten Ressourcen für heutige Konflikte. Die postkolonialen Phasen sind in vielen Kontexten von der Sehnsucht geprägt, sich von den Prägungen des Kolonialismus zu befreien. Dabei stößt man auf die schmerzhafte Erfahrung, dass die geschichtliche Gewordenheit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse nicht einfach übersprungen oder rückgängig gemacht werden kann. Denn: Es gibt keine reale Option, in die Zeit und den Zustand vor der Kolonialisierung zurückzukehren. Denkt man an die Staatsgrenzen in Afrika wird zudem das Gewaltpotenzial solcher Veränderungen sichtbar.

Vielmehr geht es darum, die eigenen Identitäten in Beziehung zu den realen Verhältnissen zu setzen, das heißt das Selbstverhältnis sowie das Verhältnis zu den Anderen/der Welt zu klären und zu gestalten, wobei den ehemaligen Kolonialmächten in diesen Prozessen der Abgrenzung und Neujustierung der Beziehungen auf Augenhöhe eine besondere Rolle zukommt. Angesichts des bisweilen erheblichen inner- wie zwischengesellschaftlichen Konfliktpotenzials, das mit der Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und ihren Folgen verbunden ist, nimmt es nicht Wunder, dass es in den betroffenen Gesellschaften auch Phänomene der Verdrängung und Vermeidung gibt. Zudem ist es verständlich, dass viele Menschen ehemals kolonisierter Gesellschaften angesichts der alltäglichen Probleme, vor denen sie heute stehen, das koloniale Erbe nicht oben auf ihrer Problemliste verorten. Aber lassen wir uns nicht täuschen: Die toxischen Prägungen sind anwesend.

Doch auch die ehemaligen Kolonialstaaten sind von dieser Geschichte vielfältig geprägt. Die Prägungen reichen von der Veränderung der Ernährungsweisen (Stichworte: Tee, Kaffee, Kartoffeln, Tomaten) über die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, zum Beispiel durch Sklavenhandel und Migration bis zur Entwicklung europäisch/westlicher Überlegenheitsvorstellungen, die zudem oftmals rassistisch begründet sind. Der Rassismus gehört gewiss zu den besonders toxischen Prägungen durch den Kolonialismus. Insbesondere die Hochzeit des Kolonialismus im 19./20. Jahrhun-

dert hatte erheblichen Einfluss auf die Entwicklung spezifischer nationaler Selbstbilder nebst den entsprechenden Verlusterfahrungen in der Zeit der Dekolonisierung.

Der Blick auf die Entwicklung der nationalen Selbstverständnisse zeigt, dass sich diese auch an der streitbaren Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus entwickelt haben. Die kritische Thematisierung der Kolonialskandale um Belgisch Kongo, Carl Peters, den Völkermord an den Nama und Herero, sowie der Kampf um die Aufhebung der Sklaverei waren wichtige Marksteine gesellschaftlicher Entwicklung, die zugleich Anknüpfungspunkte für heute sein können.

Bei allen ernst zu nehmenden Unterschieden der europäischen Kolonialmächte überwiegen insbesondere beim Kolonialismus des 19./20. Jahrhunderts die europäischen Gemeinsamkeiten die nationalen Unterschiede. Entsprechend haben wir neben der Auseinandersetzung mit den nationalen Verantwortlichkeiten auch eine Auseinandersetzung um die europäische Verantwortung zu führen. Diese besitzt angesichts nationaler Unterschiede und der Tatsache, dass die ostmitteleuropäischen Staaten keine Kolonialstaaten waren, durchaus auch Konfliktpotenzial innerhalb Europas.

Die bis heute wirkenden kolonialen Prägungen stellen die involvierten Gesellschaften vor Herausforderungen in ihrem Verhältnis zu sich selbst sowie zueinander. Die Auseinandersetzung mit diesem Erbe wird zusätzlich dadurch erschwert, dass der gegenseitige Einfluss *asymmetrisch* ist. Die Kolonialstaaten haben die Kolonien stärker geprägt als umgekehrt. Diese kränkende Asymmetrie, die sich häufig in den bestehenden wirtschaftlichen Strukturen und politisch-kulturellen Beziehungen zeigt (Stichwort: Sammlungsgut), gilt es, als problematisches Erbe wahrzunehmen. Wir sind gut beraten, die Thematik als internationale, europäische und nationale Herausforderung ernst zu nehmen. Dabei geht es, wie so oft, nicht so sehr um Geschichte als vielmehr um deren Prägekraft für die Gegenwart. Wir haben es mit Beziehungsstörungen zu tun, die wir nur miteinander beheben können.

Die Fragen nach Reparationen, Entschädigungen oder auch nach der Rückgabe von kolonialem Sammlungsgut können nicht allein in einer rechtlichen Perspektive betrachtet werden. Die Anerkennung historischer Verantwortung muss von politisch und finanziell verbindlichen Taten begleitet werden. Rechtliche Regelungen können Ausdruck solcher Verbindlichkeit sein. Sie sind einzubetten in eine Kultur der Anerkennung und der Multiperspektivität. Dazu braucht es vor allem die Bereitschaft, ernsthaft miteinander in Beziehung zu gehen und die erforderlichen Konflikte konstruktiv auszutragen. Aus unseren Erfahrungen beim Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit und Versöhnungsprozessen wissen wir um die Bedeutung multiperspektivischer Ansätze, von Akten der verbindlichen Anerkennung von Leiden und gemeinsamer Bewältigung der Folgen. Kulturelle Zusammenarbeit ist dabei eine wesentliche Voraussetzung. Neben den konkreten Projekten (Gedenk- beziehungsweise Lernorte, Entschädigungen, symbolische Akte etc.) kommt es vor allem auf die Schaffung von Handlungs- und Beziehungszusammenhängen an, in denen gemeinsame Vorhaben (Joint Ventures) verwirklicht werden. Dabei müssen die jeweiligen partikularen Kontexte und Prägungen ernst genommen werden.

Die Verschiedenheiten generalisierend einzuebnen, wäre näher an den geistigen Haltungen der Kolonialherren als an dem, was wir benötigen. »One size fits all« wäre genauso unpassend wie eine relativierende Auflösung der Phänomene ins historische Detail. Aber ohne eine tiefere Kenntnis der vielfältigen historischen Prozesse werden wir nicht vorankommen. Dazu braucht es Formen und Orte des gemeinsamen Austauschs, damit wir uns die heute relevanten Folgen des Kolonialismus und unsere Verwobenheit in diese Geschichte miteinander verständlich machen können. So könnte zum Beispiel die Wilhelmstraße 92 – der Ort der Berliner Konferenz 1884/85 – gemeinsam mit europäischen und afrikanischen Partnern zu einem solchen Ort umgestaltet werden.

Mit Blick auf die Konflikt- und Entwicklungsrelevanz der Thematik ist es zudem erforderlich, dass die Thematik unter anderem auch im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes bearbeitet werden kann. Die Leitlinien der Bundesregierung »Krisen verhindern, Konflikte bewältigen und Frieden fördern« sowie die dazu gehörige Strategie zu Vergangenheitsarbeit und Versöhnung sollten perspektivisch diese Konfliktdimensionen integrieren.

ASF könnte mit ihren vielfältigen Erfahrungen beim Umgang mit konfliktiven Erinnerungen sicherlich wertvolle Impulse geben. Einer der wichtigsten wäre dabei, einander erst einmal unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht zuzuhören, die Wahrheit im Irrtum des Anderen ebenso zu suchen wie den Irrtum in der eigenen Wahrheit. Es gilt, ernsthaft und geduldig nach den Erfahrungen der Anderen zu fragen und diese mit den eigenen Erfahrungen in Beziehung zu setzen. Denn: Nur gemeinsam werden wir einen produktiven Umgang mit dem toxischen Erbe finden, die richtigen Fragen entwickeln und das auch nur, wenn wir bereit sind, die erforderlichen Konflikte respektvoll auszutragen.

Dr. Jörg Lüer, Geschäftsführer der *Deutschen Kommission Justitia et Pax*, studierte Neuere Geschichte, Katholische Theologie und Politikwissenschaften in Münster und Berlin. 1987/88 war er Freiwilliger in der IJBS in Auschwitz und von 1996 bis 2005 im ASF-Vorstand, seit 2011 ist er im Kuratorium von ASF.

Im Spannungsfeld von Solidaritätsansprüchen und Relativierungsvorwürfen: Zum Konzept der multidirektionalen Erinnerung

Jana König und Felix Axster

Die gegenwärtigen akademischen und politischen Diskussionen zu Rassismus und Antisemitismus sind häufig von Trennungen, sogar von Konkurrenz geprägt. Rassismuskritik und Antisemitismuskritik haben mitunter sehr unterschiedliche theoretische Hintergründe, sind in unterschiedlichen Disziplinen mit klaren Grenzen angesiedelt und werden entsprechend oftmals komplett getrennt voneinander behandelt. Das gilt auch bezogen auf Erinnerung und Erinnerungspolitik: Hier liegt immer wieder die Annahme zugrunde, dass die Erinnerung an den Holocaust die Erinnerung und Artikulierung anderer Geschichten wie die des Kolonialismus verhindere; oder umgekehrt, dass die Erinnerung an Kolonialismus die Erinnerung an den Holocaust aus der öffentlichen Sphäre verdrängen könne. Das Trennende zwischen verschiedenen Gewaltgeschichten steht dabei im Mittelpunkt, und es werden abgegrenzte Zuständigkeiten in Akademie und Aktivismus ausgemacht: die einen, die gegen Rassismus aktiv sind, die anderen, die sich gegen Antisemitismus engagieren.

Diese Lagerbildung kann durchaus verwundern, wenn man sich vor Augen führt, dass antikoloniale, antirassistische und anti-antisemitische Kämpfe viel gemeinsam haben – zum Beispiel, dass sie sich gegen ihre Verleugnung in der nationalen Geschichtsschreibung durchsetzen müssen und dass sie gegen die Relativierung deutscher Täterschaft und Verantwortung streiten. Gegen eine solche Perspektive der Konkurrenz entwickelt der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Rothberg in seiner Studie »Multidirektionale Erinnerung«[1] einen Zugang, der nach dem Verbindenden sucht – nicht, indem er verschiedene Gewaltgeschichten im Sinne der historischen Ereignisse ins Verhältnis setzt, sondern indem er analysiert, wie im Nachdenken über die Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust und die Geschichte von Kolonialismus und Sklaverei Bezüge zwischen diesen hergestellt werden.

Der Ausgangspunkt von Michael Rothbergs Überlegungen ist einfach: Erinnerung ist keine knappe Ressource, um die verschiedene Opfergruppen konkurrieren müssen, sie folgt nicht der Logik des – so seine Formulierung – »Nullsummenspiels«. Vielmehr legt er dar, dass verschiedene Erinnerungen einander nicht nur nicht ausschließen, sondern einander bisweilen sogar ermöglichen und verstärken können. Erinnerungen werden im Dialog entwickelt und unterliegen einem permanenten Aushandlungsprozess, der von Ausborgungen und Querverweisen gekennzeichnet ist. In Formen multidirektionaler Erinnerung kann eine produktive Dynamik entstehen, wobei beispielweise das öffentliche Bewusstsein über den Holocaust genutzt werden kann, um auch andere Geschichten – etwa Kolonialismus, Sklaverei oder Rassismus – zu thematisieren. Somit versucht Rothberg, »die Geschichte der Holocaust-Erinnerung als eine fortlaufende dialogische Interaktion mit Geschichten und Erinnerungen an Kolonialismus, Sklaverei, Rassismus und Dekolonialisierung neu zu erzählen.«[2] Gerade gegen die häufige Behauptung, dass die Zentralität des Holocaust-Gedenkens die Erinnerung kolonialer Genozide verhindert habe, wendet er sich: »Ich behaupte, dass die Entstehung eines globalen Holocaustgedenkens zur Artikulation anderer Geschichten beigetragen und keineswegs die Sicht auf andere historische Erinnerungen versperrt hat«[3]. Als Literaturwissenschaftler nimmt er sich Filme und Texte aus dem Frankreich der frühen 1960er Jahre oder die Schriften von Aimé Césaire, W. E. B. Du Bois und Hannah Arendt vor und sucht nach Wechselwirkungen und produktiven Interaktionen zwischen scheinbar disparaten Erinnerungen, die häufig als voneinander unabhängig gedacht werden.

Das eindrücklichste Beispiel, das er in seiner Studie darstellt, stammt aus Frankreich im Jahr 1961: Zu dem Zeitpunkt trat der Algerienkrieg als einer der letzten Kolonialkriege in die finale, äußerst brutale

Phase – die französische Armee setzte unter anderem Folter im Rahmen ihrer Aufstandsbekämpfungs-Strategie gegen die algerische Befreiungsbewegung *Front de Libération Nationale* (FLN) ein. In Paris verübte die Polizei am 17. Oktober 1961 ein Massaker an Demonstrant*innen, bei dem es zu etwa 200 Toten kam, deren Leichen in die Seine geworfen wurden. Im selben Jahr fand vom 11. April bis zum 15. Dezember der Eichmann-Prozess in Jerusalem statt, bei dem die Spezifik des Holocaust vor den Augen der Welt verhandelt wurde. Viele Aktivist*innen und Intellektuelle in Frankreich, die zum Teil selbst in der Résistance gegen das Vichy-Regime gekämpft und Lager überlebt hatten, waren nun mit den Auswirkungen der kolonialen Gewalt konfrontiert und bezeugten erneut traumatische Erfahrungen. Rothberg arbeitet heraus, dass nicht wenige von ihnen sich an die Verbrechen der Nationalsozialisten und der französischen Kollaborateure erinnert fühlten und sich in der Folge mit den antikolonialen Kämpfen solidarisierten. Das Beispiel steht für Rothberg für das, was er mit der wechselseitigen Dynamik in der Entwicklung von Erinnerung meint: Die Gewalt einer der letzten Kolonialkriege in Frankreich hat die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust gefördert. Und andersherum: Genau zu dem Zeitpunkt, als die Erinnerung an den Holocaust im öffentlichen Diskurs mehr Aufmerksamkeit bekam, konnten der Algerienkrieg und die französischen Verbrechen thematisiert werden – auch wenn es noch über 40 Jahre dauern sollte, bis an diese offiziell erinnert wurde. Das Beispiel zeigt darüber hinaus aber auch, dass der Zusammenhang von kolonialen und nationalsozialistischen Verbrechen nicht nur in gedanklichen Analogien liegt, sondern auch in personellen Verbindungen: Der damalige Polizeipräsident von Paris, Maurice Papon, der 1961 mitverantwortlich für die Ermordung der 200 demonstrierenden Algerier*innen war, hatte während der deutschen Besatzung in den Jahren 1942 bis 1944 die Festnahme und Deportation von mindestens 1.560 Jüdinnen und Juden angeordnet.

Ein zweites Beispiel, das Rothberg behandelt, ist ein kurzer Text des schwarzen Bürgerrechtlers W. E. B. Du Bois, der im Jahr 1952 in einer jüdisch-kommunistischen Zeitschrift in den USA erschien. In diesem Text schreibt Du Bois über seinen Besuch der Ruinen des Warschauer Ghettos im Jahr 1949, bei dem er realisierte, dass der von ihm erlebte Rassismus nicht so einzigartig war, wie er angenommen hatte. Sein Besuch ließ ihn einerseits die Radikalität des Holocaust erkennen, zugleich führte die Auseinandersetzung mit diesem aber

Von oben nach unten:
Denkmal für die Opfer des Sklavenhandels in Sansibar, Stone Town,
Massaker von Paris 1961,
Denkmal der Helden des Ghettos Warschau,
Buchcover: Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem.

auch dazu, dass er seine eigenen Erfahrungen der rassistischen Segregation reflektierte – er sich also im Leiden der anderen erkennen konnte. Auch das stellt für Rothberg ein Beispiel dar, in dem die Anerkennung von Gewalterfahrungen des jeweils Anderen zu wechselseitiger Empathie, Verständnis und letztendlich auch zu mehr Solidarität unter verschiedenen Opfergruppen beiträgt.

Indem Rothberg das Archiv der multidirektionalen Erinnerung rekonstruiert beziehungsweise überhaupt erst erstellt, bezieht er sich auf eine Tradition, die es in den USA lange gab, die aber zu dem Zeitpunkt, als er mit der Arbeit an seinem Buch begann, schon zerbrochen war oder verschüttet zu sein schien. Zu Beginn der großen Einwanderungswelle zwischen 1880 und 1920 kamen auch viele Jüdinnen und Juden aus Osteuropa in die USA. Die Migrant*innen waren arm, wohnten häufig in den Slums im Norden des Landes und waren mit rassistischer Stigmatisierung konfrontiert. Jüdinnen und Juden galten nicht als »weiß« und waren – wie schwarze Amerikaner*innen – der Verfolgung durch den Ku-Klux-Klan ausgesetzt. Es gibt Erfahrungen von Bündnissen und Solidarität zwischen jüdischen und schwarzen Amerikaner*innen, die bis in die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre reichen – und an die Rothberg anknüpfen möchte.

Die Bedingung für ein solches Anknüpfen ist laut Rothberg ein identitätskritischer Ansatz. Anders gesagt: Der Möglichkeitsraum von Empathie und Solidarität wird oftmals durch übersteigerte und essentialisierende Formen von Identitätspolitik eingeengt. Entsprechend gelte es, Identitäten und Identitätspolitiken (selbst-)kritisch zu hinterfragen und eher strategisch denn essentialistisch zu denken. Das heißt für Rothberg aber auch, dass Erinnerung nicht das Eigentum klar abgrenzbarer Kollektive ist, dass also keine »direkte Verbindung von Erinnerung und Identität« besteht: »Erinnerungen sind kein Eigentum von Gruppen – und Gruppen ›gehören‹ auch nicht ihren Erinnerungen.«[4] In diesem Sinne richtet sich Rothberg gegen die Vorstellung eines quasi automatischen Zusammenhangs zwischen kollektiv-nationaler Erinnerung und kollektiv-nationaler Identität.

Letztlich geht es Rothberg um den Nachweis, dass der Konflikt um Erinnerung mehr Erinnerungen und nicht weniger produziert. Das wirkt sich auch auf die ethische Frage nach Verantwortung aus: Die Anerkennung der Verantwortung für den Holocaust bedeutet nicht, dass es unmöglich ist, auch andere Formen der Verantwortung anzuerkennen (wie die für Kolonialismus); und umgekehrt: die Anerkennung verschiedener Formen der Verantwortung bedeutet nicht, dass die Ansprüche in einem bestimmten Fall weniger gültig sind oder dass alle Formen von Verantwortung gleich sind. Die Fragen nach Verantwortung und Schuld sind nicht nur symbolische, sondern berühren auch die Forderungen von Reparations- und Entschädigungszahlungen – für beispielsweise deutschen Kolonialismus oder Zwangsarbeit in deutschen Arbeits- und Konzentrationslagern. Die Suche nach multidirektionalen Verschränkungen muss also unweigerlich mit einer Analyse gesellschaftlicher Machtpositionen einhergehen, in denen Verantwortung, Täterschaft und Betroffenheiten ausgemacht werden.

Das Konzept der »multidirektionalen Erinnerung« bietet nicht einfach eine simple »Lösung« des Konfliktfelds um Erinnerung. Vielmehr muss differenziert werden zwischen verschiedenen – sinnvollen und problematischen – Ausdrucksformen multidirektionaler Erinnerungen: Rothberg selbst eröffnet sein Buch mit einer Episode, die sich um die Eröffnung des *United States Holocaust Memorial Museums* auf der National Mall in Washington 1993 ereignete. Zu diesem Zeitpunkt gab es hier noch keinen Ort, an dem der Sklaverei und des Kolonialismus, also der Schwarzen und indigenen Leidensgeschichte gedacht wurde. Khalid Muhammad, der der *Nation of Islam* angehörte, besuchte das Museum und hielt kurz darauf einen Vortrag, in dem er nicht nur den Holocaust leugnete, sondern auch von einem »schwarzen Holocaust« sprach und darüber hinaus die Existenz des Holocaust-Museums als Form der Leugnung des »schwarzen Holocaust« kritisierte. In diesem Fall mochte das Holocaustgedenken zwar als Katalysator fungieren, der es möglich machte, Verbrechen der Sklaverei öffentlich zu thematisieren – zugleich wurde ersichtlich, dass die Argumentation auf der Logik der Konkurrenz und des Nullsummenspiels aufbaute. Entsprechend handelt es sich für Rothberg um eine gewissermaßen »schlechte« Form der multidirektionalen Erinnerung. Rothberg ist sich also durchaus möglicher problematischer Aspekte seines Konzepts bewusst. Folgerichtig unterscheidet er zwischen solchen Vergleichen und Bezugnahmen, die die Unterschiede zwischen den verschiedenen Geschichten nivellieren (und also problematisch sind), und solchen, die die Unterschiede anerkennen und bewahren (und die er als legitim und produktiv erachtet). In diesem Zusammenhang hat er eine Art Koordinatensystem entwickelt, in dem er Erinnerung einerseits auf der »Vergleichsachse«[5] darstellt, die sich von Gemeinsamkeiten bis zu Unterschieden erstreckt, und andererseits auf einer »Achse des politischen Affekts«[6], die von Konkurrenz bis hin zu Solidarität reicht. Damit bleiben vier Quadranten, in denen verschiedene Formen der multidirektionalen Erinnerung lokalisiert werden können.

Wir verstehen Rothbergs Ansatz als eine Art Vermittlungsversuch: Es geht ihm darum, aus Frontstellungen (wie den eingangs skizzierten) herauszukommen oder über sie hinaus zu gelangen. Umso mehr waren wir überrascht, dass die deutsche Übersetzung seines bereits 2009 erschienenen Buches zu einer Debatte geführt hat, die zumindest teilweise von Konkurrenzdynamiken und Nullsummenlogiken geprägt war. Vielleicht ist die Sorge um den Verlust der in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Errungenschaften des Holocaust-Gedenkens zu groß, um Rothbergs Thesen als Angebot für eine Ethik des Erinnerns in globalen und postmigrantischen Settings verstehen zu können – immerhin sind diese Errungenschaften insbesondere seit dem Aufstieg der AfD und der damit zusammenhängenden Konjunktur von Schuldabwehr-Antisemitismus und Holocaust-Relativierung verstärkt Angriffen ausgesetzt, und Studien zeigen, dass das Wissen über den Holocaust – auch durch die wachsende zeitliche Distanz und das Versterben der letzten Überlebenden – drastisch zurückgeht. In diesem Zusammenhang scheint es uns wichtig zu betonen, dass das Gedenken an den Holocaust erst nach jahrzehntelangen Kämpfen gegen das Verschweigen, Verdrängen und Formen der Relativierung durchgesetzt werden konnte, was der Hartnäckigkeit insbesondere von Opfergruppen und ihrer Verbände zu verdanken ist. Der Umgang mit den Opfern des Holocaust gleicht in dieser Hinsicht dem Umgang mit den Opfern kolonialer Gewalt im Nachkriegsdeutschland. Und es stellt sich die Frage, ob und inwiefern die seit einigen Jahren verstärkt zu vernehmenden Forderungen nach einem angemessenen Kolonialgedenken von den erinnerungspolitischen Kämpfen der NS-Opfergruppen inspiriert ist. Zumindest wird ersichtlich, dass sich Parallelen abzeichnen, die wiederum solidarische Bezugnahmen ermöglichen.

Zugleich ist festzuhalten, dass das Holocaust-Gedenken inzwischen fest etabliert ist und zum Selbstverständnis der Berliner Republik gehört. Historiker*innen sprachen in diesem Zusammenhang vor ein paar Jahren von einem »Unbehagen an der Erinnerung« (so der Titel eines Sammelbandes[7]). Dieses Unbehagen bezog sich zum einen auf das symbolische Kapital, das mit der Erinnerungspolitik in der Berliner Republik akkumuliert werden konnte, so dass Deutschland inzwischen als Erinnerungsweltmeister gehandelt wird und sich als solcher inszeniert. Es bezog sich aber auch auf den Umstand, dass die deutsche Gesellschaft nicht nur eine postnationalsozialistische ist, sondern auch eine postkoloniale und postmigrantische: Wenn rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung selbst migriert ist oder (Groß-)Eltern hat, die nach Deutschland eingewandert sind, dann bedeutet das auch einen Wandel der historischen Bezugspunkte, welche die biografischen Erfahrungen – seien es eigene, seien es familiär vermittelte – prägen. Wir denken, dass das Konzept der »multidirektionalen Erinnerung« als eine ethische Prämisse im Rahmen der gegenwärtigen und zukünftigen Aushandlung von Erinnerungspolitik unter den Bedingungen von Postnazismus, Postkolonialismus und Postmigrantismus fungieren kann. Zudem kann es dazu beitragen, der bisweilen in Ritualen und Selbstgefälligkeit erstarrten Holocaust-Gedenkkultur der Berliner Republik neue Impulse zu verleihen.

Felix Axster ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin sowie am bundesweiten dezentralen Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Er war 1991–1992 ASF-Freiwilliger in den Niederlanden.

Jana König lebt in Berlin und arbeitet zur Geschichte der Linken in Deutschland und zu Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft sowie zu Geschichts- und Vergangenheitspolitiken. Sie ist Mitglied des AutorInnenkollektivs Loukanikos.

1 Rothberg, Michael (2021): Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Berlin, Metropol-Verlag
2 Rothberg, 2021: 16
3 Rothberg, 2021: 31
4 Rothberg, 2021: 30
5 Rothberg 2021: 12
6 Ebd.
7 Jureit, Ulrike/Schneider, Christian/Frölich, Margrit (Hrsg.) (2012): Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt a. M., Brandes & Apsel Verlag

»Neukölln hat mich geprägt und ich gehöre dazu«

Eine Stadtteilmutter begibt sich seit 2006 mit ASF auf die Spuren der Geschichte.

Nuriye S.

Die Zeit des Nationalsozialismus hat Deutschland geprägt und prägt es bis heute sehr. In vielen Debatten stoßen wir immer wieder auf die Geschichte. Auch die heutige Ausgrenzung und der Rassismus lassen sich ohne die Geschichte nicht erklären.

Im Team der ersten Gruppe der Stadtteilmütter sprachen wir im November 2005 über die verschiedenen Gedenkveranstaltungen zur Pogromnacht in Neukölln. Wir stellten fest, dass uns das Thema der Erinnerung an den Nationalsozialismus sehr beschäftigt. Auch unsere Kinder, die im Rahmen des Schulunterrichts Gedenkstätten besuchten, stellten uns Fragen dazu. So entstand der Wunsch, mehr über diese Zeit zu erfahren – damit wir selbst mitreden können und unseren Kindern erklären können, welche Bedeutung die Geschichte heute hat.

Aus diesem Interesse entstand die Zusammenarbeit mit *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Die Geschichtsseminare habe ich zunächst als Teilnehmerin und dann als Co-Seminarleiterin begleitet. Am Anfang lag unser Schwerpunkt auf der Geschichte der Verfolgung der Jüdinnen und Juden und dem Holocaust. Mit der Zeit stellten wir fest, dass auch die Verfolgung und der Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja wichtige Themen für uns sind. Durch die Stadtteilmütterarbeit haben wir immer wieder Berührungspunkte zu Rom*nja, die nach Deutschland gekommen sind, und wir erleben auch viele Vorurteile, mit denen sie konfrontiert sind. Im Seminar sind meine Stadtteilmütter-Kolleginnen oft erstaunt, wenn sie erfahren, wie systematisch Sinti*zze und Rom*nja von den Nazis verfolgt und ermordet wurden.

Durch die Geschichtsseminare sind wir Stadtteilmütter mit einem anderen Blick durch die Stadt gegangen. Es ist im Nationalsozialismus vieles passiert, an das sich heute niemand mehr erinnert. Daher haben wir Lebensgeschichten von Menschen aus Neukölln recherchiert, die verfolgt und deportiert wurden. Heute erinnern wir mit einem Stolperstein in der Karl-Marx-Straße an das Ehepaar Löwenthal, damit die Geschichte für alle sichtbar wird.

Bei der Vermittlung der Geschichte ist es mir wichtig, dass wir aus verschiedenen Blickwinkeln auf die Vergangenheit schauen. Betrachtet man die Geschichte durch Biografien und geht vom Individuum aus, so wird deutlich, welche Handlungsmöglichkeiten der Einzelne hatte. Ich bestärke die Frauen, verschiedene Perspektiven einzunehmen und versuche aufzuzeigen, wie uns unsere Geschichtshintergründe prägen.

Wir Migrantinnen erleben oft, dass uns niemand zuhört. Entweder werde ich gar nicht erst wahrgenommen oder nur äußerlich aufgrund meines Kopftuchs beurteilt. Denn das Kopftuch ist sichtbar, aber wie es mir ergeht, dass interessiert viele nicht. Daher ist die Beschäftigung mit den eigenen Biografien der Teilnehmerinnen für unser Seminar so wertvoll. Die Frauen merken, dass sie ernst genommen werden. Oft werden auch traumatische Erlebnisse erzählt, manche Frau spricht zum ersten Mal im Seminar über ihre Geschichte.

Die Stadtteilmütter Makfirete Bakalli und Emine Elçi am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin.

Ich sehe mich selbst auch als Teil der Neuköllner Geschichte, weil ich seit über fünfzig Jahren hier lebe. Ich habe die Entwicklung der Stadt seit meiner Kindheit miterlebt. Neukölln hat mich geprägt und ich gehöre dazu. Bei Stadtführungen erzähle ich meine persönliche Geschichte, wie ich als »Kofferkind« – so hat man uns damals genannt – 1971 nach Berlin kam. Dann erzähle ich auch über die Zeit des Nationalsozialismus in Neukölln, zum Beispiel über die ehemalige Synagoge in der Isarstraße.

Es ist immer spannend, wie die Menschen darauf reagieren. Manche fragen dann: Warum interessieren Sie sich für die Geschichte? Und ich sage: Ich lebe hier schon seit Jahren und warum soll ich mich nicht dafür interessieren? Und ich frage zurück: Würden Sie diese Frage auch einer Herkunftsdeutschen stellen? Es ärgert mich schon manchmal, dass man mich das immer wieder fragt. Es ist doch ganz normal für einen politisch interessierten Menschen, nachzufragen, was hier im Zweiten Weltkrieg passiert ist.

Aber es gibt auch sehr positive Reaktionen. Einige finden es gut, dass Migrant*innen sich mit der deutschen Geschichte auseinandersetzen. Andere denken, wir würden ja sowieso irgendwann zurückgehen. Eine Frau hat mal zu mir gesagt: Jetzt denken sie ja noch schlechter über uns Deutsche. Wenn ich solche Reaktionen erlebe, dann wünsche ich mir, dass es viel mehr Begegnung und Austausch gibt, in den Organisationen, Kirchen, Moscheen und Gemeinden. Wir müssen miteinander reden, nicht übereinander.

Nuriye S. ist Stadtteilmutter in Neukölln und Co-Seminarleiterin im Projekt »Neuköllner Stadtteilmütter auf den Spuren der NS-Geschichte«.

Michael Rothberg wird rezipiert, als ob jemand zum ersten Mal auf die Idee kommt, dass Erinnerung »multidirektional« funktioniert …

Meron Mendel über die Vielfalt der Erinnerungsbezüge

Jutta Weduwen: In den Feuilletons wird eine kontroverse Erinnerungsdebatte geführt. Wie erlebst Du diese Debatte besonders hinsichtlich der Frage der Konkurrenz, der Vergleichbarkeit und der wechselseitigen Bezugnahme zwischen den NS-Verbrechen und dem Kolonialismus?

Meron Mendel: Dass das Interesse für die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus wächst, ist eine wichtige Entwicklung der letzten Jahre. Dazu haben wir in der *Bildungsstätte Anne Frank* schon seit 2012 intensiv gearbeitet. Mich wundert, dass nun aber diese Debatte über vermeintliche Konkurrenz zwischen der Shoa- und Kolonialismus-Erinnerung aufkommt. Denn eigentlich ist die Erkenntnis nicht neu, dass unterschiedliche Erinnerungskulturen mit Blick auf unterschiedliche Unrechtsgeschehnisse in der Vergangenheit nicht in Konkurrenz zueinanderstehen. Die Vorstellung, dass die Erinnerung an die Shoa der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte im Weg stünde, ist offensichtlich falsch. Als ob andere Länder ihre koloniale Vergangenheit vollständig aufgearbeitet hätten und es hier nur in Deutschland Nachholbedarf gäbe. Der Blick in die Niederlande, nach Spanien, Großbritannien oder Frankreich beweist das Gegenteil.

Die Erinnerung an ein Ereignis schließt die Erinnerung an andere Ereignisse nicht aus, sie kann sogar Empathie fördern: dass man gegenüber anderen Unrechtsgeschehen aufgeschlossen bleibt, dass man sensibilisiert ist für Unrecht und Verbrechen. Diese Erinnerung rekurriert auf Grundwerte und auf eine bestimmte Grundhaltung, dass man in der heutigen Gesellschaft Verantwortung hat, Unrechtsgeschehnisse aus der Vergangenheit aufzuarbeiten, obwohl man selbst nicht darin verwickelt war. Unrecht kann vor 70 oder auch vor 200 Jahren geschehen sein, trotzdem haben wir als Kollektiv die Aufgabe zur Aufarbeitung, davon können wir uns nicht freisprechen. Wenn man diese Prämisse erstmal verstanden und verinnerlicht hat, gilt dies sowohl für die persönliche und die kollektive Auseinandersetzung mit der Shoa als auch für die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte und für viele andere Ereignisse.

Ich habe ein Buch mitherausgegeben, in dem auch über die Verstrickung des deutschen Kaiserreichs in den Völkermord in Armenien reflektiert wird. Wer sich mit dem Völkermord in Armenien befasst, nimmt der Erinnerung an die Shoa nichts weg. Es war immer eine Selbstverständlichkeit der *Bildungsstätte Anne Frank* und mein Berufsverständnis, dass die Erinnerungen an diese unterschiedlichen Ereignisse nicht in Konkurrenz zueinanderstehen, sondern in einer Wechselwirkung, dass unterschiedliche Erinnerungen ein Verhältnis zueinander brauchen. Wir geraten in eine Schieflage, wenn nur ein Ereignis aufgearbeitet wird; daher ist erst einmal sehr zu begrüßen, dass die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte jetzt mehr in den Vordergrund rückt.

Der Bundespräsident hat bei der kürzlich stattgefundenen Eröffnung des Humboldt-Forums in Berlin eine wegweisende Rede gehalten: In einer sehr präzisen Sprache hat er genau dieses Verhältnis beschrieben. Einerseits hat er die Präzedenzlosigkeit der Shoah hervorgehoben und zugleich hat er betont, dass gerade die Auseinandersetzung mit dem Holocaust uns als Deutschen die Möglichkeit eröffnet, eine aufrichtige und schmerzhafte Auseinandersetzung über die Rolle des Kaiserreichs in der Zeit des Kolonialismus zu führen.

Wie ordnest Du das Konzept der multidirektionalen Erinnerung von Michael Rothberg und vor allem die Debatte um sein Buch ein, die durch die Übersetzung ins Deutsche im vergangenen Jahr angestoßen wurde?

Es wird von »Debatte« oder »Historikerstreit 2.0« gesprochen, aber es ist nicht geklärt, worüber eigentlich konkret diskutiert wird. Ich kenne keine ernstzunehmende Person aus Wissenschaft, Bildung oder Politik, die behaupten würde, die Shoa und die Kolonialgeschichte dürften nicht miteinander verglichen werden. Das bedeutet ja zunächst, Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszufinden, und behauptet gerade keine Gleichsetzung. Auch Projekte, wie bei uns in der *Bildungsstätte Anne Frank*, die Kolonialismus und Nationalsozialismus gleichermaßen in den Blick nehmen, erfahren große Zustimmung. Und das auch nicht erst seit gestern.

Vor diesem Hintergrund finde ich die große Aufmerksamkeit in Deutschland für Michael Rothbergs Buch erstaunlich. Das Buch wurde mit zehn Jahren Verspätung ins Deutsche übersetzt, und hier wird es zum Teil rezipiert, als ob jemand zum ersten Mal auf die Idee kommt, dass Erinnerung »multidirektional« funktioniert, es also verschiedene Perspektiven, unterschiedliche Interessen gibt.

Es geht hier weniger um ein neues Konzept, sondern viel mehr um eine Form der öffentlichen Rezeption. Die Forderung, die Erinnerungslandschaft zu diversifizieren und mehr Raum für migrantische Erfahrungen und Sichtweisen zu geben, ist aber aus meiner Sicht wichtig und berechtigt.

Was können wir Produktives aus diesen Debatten mitnehmen hinsichtlich einer durch vielfältige Bezüge und Perspektiven gestalteten Erinnerungskultur?

Wir haben sicherlich noch viele blinde Flecken, was die Aufarbeitung der Kolonialzeit angeht. Die logische Vorgehensweise wäre aus meiner Sicht, die Auseinandersetzung mit der Shoa als Vorbild zu nehmen und zum Beispiel über mögliche Formen der Restitution zu diskutieren. Mit Blick gerade auf Kunstwerke in Sammlungen und Museen geschieht dies auch bereits seit einigen Jahren ganz intensiv. Wir haben schon seit 1952 ein Wiedergutmachungsabkommen mit dem Staat Israel, und danach gab es viele weitere Entwicklungen auf diesem Feld. Da könnte man doch sehr gut voneinander lernen und in einen konstruktiven Austausch kommen. Stattdessen wird hier eine Konkurrenz der Erinnerungen proklamiert, die es doch gar nicht gibt. Sehr offensichtlich wird dieses falsche Framing bei Dirk Moses, der in einem Text im vergangenen Jahr behauptet hat, es gäbe einen »Katechismus der Deutschen« und dieser würde die Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit verhindern. Diese These kann man leicht widerlegen. Und die vielen haltlosen Unterstellungen sind überhaupt nicht produktiv, ganz im Gegenteil. Das ist auch gerade dann nicht hilfreich, wenn man sich eine gute interdisziplinäre Zusammenarbeit von Genozid- und Holocaustforschung wünscht.

Auch hier sieht man wieder: Es sollten Menschen mit verschiedenen Perspektiven konstruktiv zusammenarbeiten und miteinander ins Gespräch kommen und sich nicht erstmal mit starken Sätzen gegenseitig Vorwürfe machen oder Ängste geschürt werden, dass jemandem etwas weggenommen wird. Und dass die Dinge mit unterschiedlichen Erfahrungen – das meint jetzt sowohl fachliche Expertise in den Wissenschaften wie biografische Erfahrungen in einer postmigrantischen Gesellschaft – erstmal etwas anders aussehen, es da andere Schwerpunktsetzungen gibt, das ist gar kein Problem, sondern kann hier ausnahmsweise wirklich einmal für alle bereichernd sein. Dafür muss man die Erfahrungen und Perspektiven aber auch ernst nehmen und anhören.

Rechneiamt-Finanzverwaltung (Amt)
Frankfurt a. M., den 14.9. 1951
T.Nr.
Einverstanden.
Frankfurt a.M., den 25.9.1951
Betr.: Rückgabe von verwahrten jüdischen Kultgegenständen
Vom Rath
Vorgang: ohne
Anlage
Magistrat - Stadtkanzlei Frankfurt a. M.
26. SEP. 1951
Tgb.-Nr.:
Sachb.:
Kulturamt der Stadt Frankfurt a. M.
Eing.: 22. SEP. 195
Gelesen:
Sachbearb.:

1951 erklärte sich der Frankfurter Magistrat bereit, die Judaica an die *Jewish Cultural Reconstruction* (JCR) beziehungsweise die *Jewish Restitution Successor Organization* (JRSO) zu restituieren.

Prof. Meron Mendel, Historiker und Erziehungswissenschaftler, ist Direktor der *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt. Er hat eine Vielzahl an Publikationen und journalistischen Beiträgen in den Themenfeldern Antisemitismus, Migrationsgesellschaft und politische Bildung herausgegeben.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von ASF.

Wir leben in einer Migrationsgesellschaft – was bedeutet das für unsere Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte?

Der ASF-Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft«

Clara Tamir-Hestermann und Sara Spring

Migration gehört zur deutschen Geschichte und Gegenwart. Menschen kommen für Arbeit, Studium und Familie oder suchen Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Gewalt. Einige gehen nach einiger Zeit – freiwillig oder unfreiwillig, ein Großteil ist geblieben und bleibt. So prägen viele Generationen von Migrant*innen dieses Land und seine Gesellschaft. Rund 27 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben familienbiografische Migrationsbezüge. Damit einher geht auch ein Wandel hin zu hybriden Identitätsbezügen und vielschichtigen Zugehörigkeiten. Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und reichhaltiger an Erfahrungen und Perspektiven. Zugleich hat der (zugeschriebene) »Migrationshintergrund« negative Auswirkungen auf Teilhabechancen und Repräsentation in gesellschaftlichen Strukturen und Diskursen. All das beschreibt der Begriff *Migrationsgesellschaft*: Wir leben in einer Gesellschaft, in der Migration ein prägender Faktor für das Zusammenleben ist und das schließt alle Menschen, ob mit oder ohne familiäre Migrationsbezüge, ein.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE ERINNERUNG AN DEN NATIONALSOZIALISMUS?

Diese Frage war der Anlass für die Gründung des ASF-Arbeitsbereichs »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« im Jahr 2000. Zunächst ging es um die Frage, ob der Umstand, dass zugewanderte Menschen neue persönliche, familienbiografische Bezüge zur NS-Geschichte einbringen, die Auseinandersetzung mit dieser verändert. So fiel der Blick auf Narrative in migrantischen Communities, Geschichten von Besatzung und Verfolgung, Widerstand und Zufluchtsorten sowie Mittäterschaften. Klar ist, dass das Interesse sich nicht am »Migrationshintergrund« festmachen lässt, sondern oft daran liegt, wie Geschichte pädagogisch vermittelt wird. Es braucht rassismuskritische Methoden, die Raum geben für eine Vielfalt von Bezügen.

Seit 2006 führen wir mit Stadtteilmüttern in Berlin Seminare durch. Die Teilnehmerinnen sind Frauen mit Migrationsgeschichten, die als Familienberaterinnen tätig sind. Initiiert wurden die Seminare von Neuköllner Stadtteilmüttern, die sich ein größeres historisches Wissen erarbeiten wollten, um fundierter in gesellschaftlichen Debatten mitreden und ihre Kinder im Lernprozess zur NS-Vergangenheit kompetenter begleiten zu können. Schwerpunkte des Seminarangebots sind der Holocaust, Antisemitismus, der NS-Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja, Ausgrenzungs- und Verfolgungsmechanismen sowie der heutige Umgang mit dieser Geschichte. Basierend auf unseren Erfahrungen aus dem Projekt »Neuköllner Stadtteilmutter auf den Spuren der NS-Geschichte« bieten wir deutschlandweit Seminarreihen an, unter anderem mit Romnja, Geflüchteten und anderen Multiplikator*innen aus der Arbeit in migrantischen Communities. Wir organisieren Workshops mit Sozialarbeiter*innen und Tagungen mit historisch-politischen Bildner*innen. In Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen geben wir Raum für verschiedene Perspektiven in der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in der Migrationsgesellschaft.

WELCHEN PERSPEKTIVEN BEGEGNEN WIR IN DEN SEMINAREN?

Die Perspektiven sind geprägt von vielfältigen Identitäten und Zugehörigkeiten, individuellen Lebenserfahrungen, politischen Einstellungen, Wissen, Narrativen und Erinnerungsdiskursen und vielem mehr. Die persönliche Flucht- oder Migrationserfahrung kann auch eine Rolle spielen, die Perspektive lässt sich jedoch keinesfalls darauf reduzieren.

Ein großer Teil unserer Teilnehmer*innen legt durch ihr Engagement in der Community- und Empowerment-Arbeit einen besonderen Fokus auf die Weitergabe von historischem Wissen, insbesondere an die jüngere Generation.

> *»Man muss die Geschichte des eigenen Landes kennen, um die Gegenwart mitgestalten zu können und ein gutes Zusammenleben zu schaffen. […] Aus der Geschichte können wir lernen: Wir wollen uns gegen die Verfolgung und Diskriminierung von Minderheiten engagieren – gerade auch, weil wir selbst zu einer Minderheit gehören.«* Dalal Hassanein

Stadtteilmutter Nabila Hamade in der Gedenkstätte Sachsenhausen, Oranienburg.

Der Bezug auf die eigenen Erfahrungen als Angehörige einer Minderheit kann den Blick für Ausgrenzungsmechanismen in der Geschichte schärfen und darüber hinaus auch einen Bezugspunkt für solidarisches Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus in unserer heutigen Gesellschaft bilden. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte verweisen Teilnehmende an vielen Stellen auf die universale Bedeutung des Holocaust als wichtigen Bezugspunkt für die Forderung nach Menschenrechten.

In Seminaren mit in den letzten Jahren eingewanderten Menschen, erleben wir, dass das Interesse an der Geschichte auch mit Fragen von Orientierung in der neuen Gesellschaft verknüpft wird. Oft kommen dann persönliche Erfahrungen mit politischer Gewalt, die eigene Fluchtgeschichte oder Rassismuserfahrungen in Deutschland oder andernorts zur Sprache.

> *»Mit dem Wissen um die Geschichte kann man die Welt verstehen und man kann sich orientieren. Deshalb finde ich, dass es wichtig ist, sich mit der Geschichte zu beschäftigen und sich auszukennen.«*
> Momodou K. (Name geändert)

Immer wieder hören wir von Teilnehmer*innen, dass ihnen fehlendes Interesse vorgeworfen oder ihnen gesagt wird, dies sei »nicht ihre Geschichte«. Das Sprechen über die NS-Geschichte kann auch zum Ausgrenzungsmechanismus werden, wenn migrantisch gelesenen Menschen für ihre Beschäftigung mit der Geschichte von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft Überraschung oder sogar Ablehnung entgegenschlägt. Dies zeigt sich auch, wenn die Teilnehmenden von ihren familienbiografischen Bezügen zur NS-Geschichte berichten. Insbesondere unter den teilnehmenden Romnja sind Nachkommen von Zwangsarbeiter*innen, von Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager oder von Partisan*innen.

> *»Leider sind wir mit unserer Geschichte nicht immer willkommen. Ich mache die Erfahrung, dass mir bei dem Thema Nationalsozialismus zum Teil mit Ablehnung begegnet wird, dass manche vielleicht einen Vorwurf verspüren und die Geschichte am liebsten verdrängen wollen. […] Dass ausgerechnet in Deutschland eine rechte Partei immer mehr an Einfluss gewinnt, schockiert mich und macht mich nervös. Geschichtsverleugnung ist gefährlich und legt den Grundstein für rechtsextreme Gewalt, wie die Morde in Hanau.«* Serbez Heindorf

WIE WOLLEN WIR AN DIE NS-GESCHICHTE IN EINEM VON MIGRATION GEPRÄGTEN LAND ERINNERN?

Die Erinnerung an die NS-Gewaltverbrechen prägt bis heute politische Entscheidungen in Deutschland und die Beziehungen zu vielen Ländern. Sie wird in Erinnerungsorten und Geschichtsinitiativen sichtbar, aber auch in Form von Abwehr, Revisionismus, Kontinuitäten und Schlussstrichforderungen. Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte relevant – für jede*n, ob mit oder ohne Migrationsbiografie.

Erinnerung und damit verbundene Diskurse und Rituale sind eng mit der Entwicklung kollektiver Identitäten verknüpft. Diese sind jedoch komplex und vielschichtig. Dies anzuerkennen und Fremdzuschreibungen zu vermeiden, ist wichtig, um miteinander zur NS-Geschichte ins Gespräch zu kommen. Gerade die Stimmen von Menschen, die heute von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind, sollten hier Gehör finden.

Clara Tamir-Hestermann und **Sara Spring** sind Projektkoordinatorinnen im Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft«.

Der Völkermord an den Armenier*innen

Vielfältige Erinnerungsbezüge in der multiperspektivischen Arbeit von ASF

Eike Stegen

Die Verfolgung und Ermordung der Armenier*innen im Osmanischen Reich ab 1915 hat eine lange Vorgeschichte – genozidale Gewalt entlädt sich niemals plötzlich. Das Vorgehen der osmanischen Führung radikalisierte sich, für alle offensichtlich, mit der Verhaftung der armenischen Elite: Der 24. April 1915 markierte den Anfang der Verhaftungswelle, daher wird international am 24. April an den Völkermord an den Armenier*innen gedacht, der nach dem armenischen Wort für Katastrophe als »Aghet« bezeichnet wird. Die zentralen Gedenkfeiern der armenischen Gemeinschaft in Deutschland waren am 24. April in der Frankfurter Paulskirche und in Berlin in der Französischen Friedrichstadtkirche.

Zunächst im Westen des Osmanischen Reiches, alsbald reichsweit, eskalierte die Gewalt bei den Festnahmen, den Deportationsmärschen und an den Internierungsorten. Wahrscheinlich sind weit mehr als eine Million Tote zu beklagen. Hunderttausende flüchteten. Viele tauchten im Osmanischen Reich mit einer getarnten Identität unter und lebten fortan als sunnitische Muslime. Armenische Kinder wurden von nicht-armenischen Familien zwangsadoptiert. Die armenische Gemeinschaft wurde zudem fast vollständig enteignet, ihrer materiellen und kulturellen Werte beraubt.

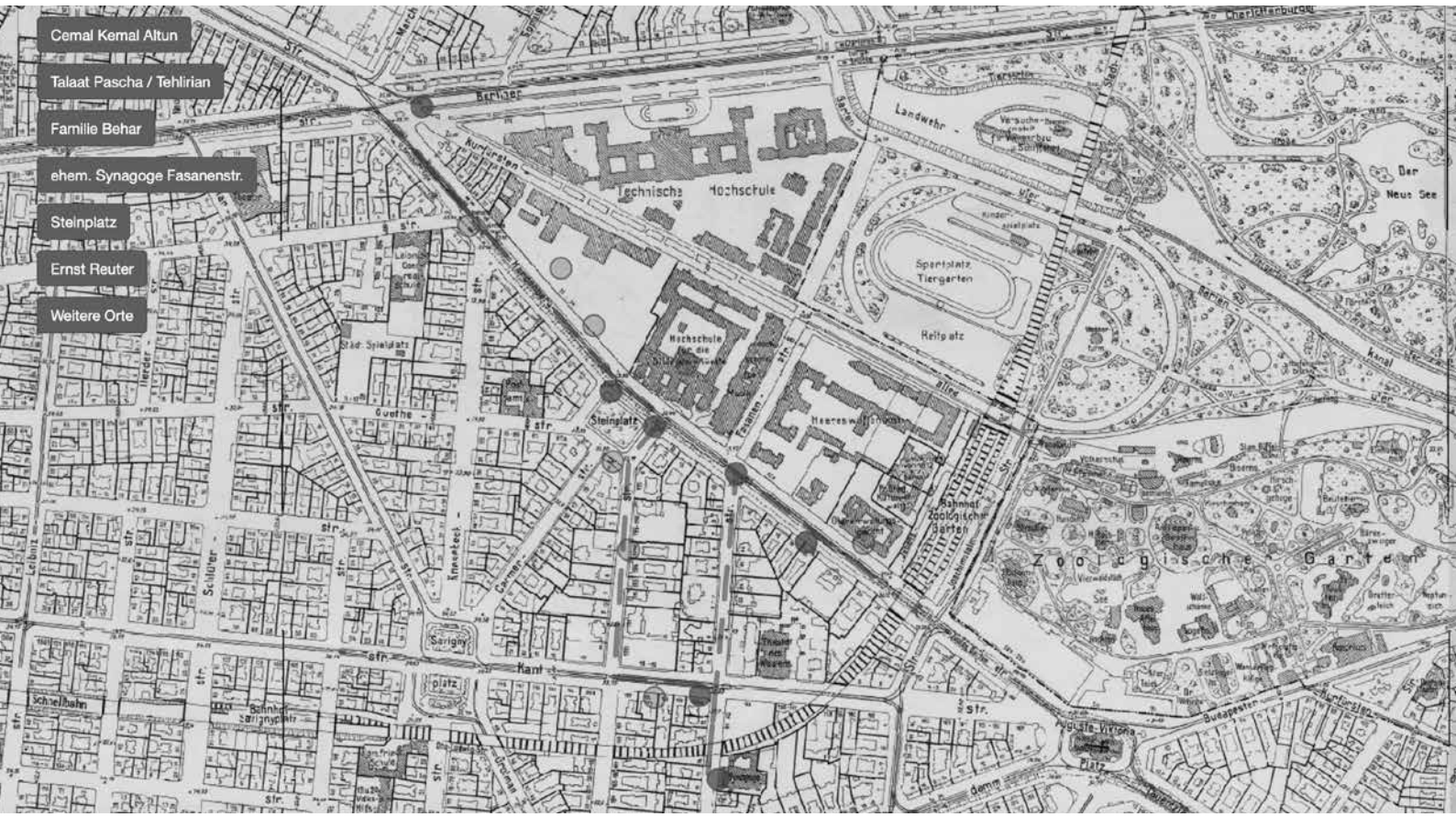
Die Quellenlage und das Tatgeschehen zeigen, dass es der sogenannten jungtürkischen Führung darum ging, die armenische Bevölkerung im Osmanischen Reich vollständig zu vernichten. Die Verantwortlichen wurden dafür in Prozessen nach dem Ersten Weltkrieg zum Tode verurteilt. Und Historiker*innen können zudem darauf hinweisen, dass der Jurist Raphael Lemkin, der wesentlich die Anti-Völkermord-Konvention erarbeitete, sein Engagement in dieser Sache seit Anfang der 1920er Jahre mit dem Mord an den Armenier*innen begründete. Lemkins Wortschöpfung »Genozid« bezieht sich auf genau diese Gewalttat.

Raphael Lemkin war durch einen Prozess gegen einen Armenier, der 1921 einen jungtürkischen Völkermordverantwortlichen, Mehmed Talât Pascha, erschoss, auf die Vorgänge im Osmanischen Reich aufmerksam geworden. Talât, Innenminister und 1917 kurzzeitig noch Regierungschef im Osmanischen Reich, war 1918 ins Deutsche Reich geflohen. In Istanbul war er als Kriegsverbrecher in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Die Regierung des Deutschen Reiches schützte aber ihren ehemaligen Verbündeten.

Also nahmen Armenier*innen, die sich als »Nemesis« bezeichneten, die Vollstreckung selbst in die Hand. Soghomon Tehlirian, der Talât in Berlin erschoss, wurde zwar von deutschen Richtern freigesprochen, weil er aufgrund der ihm und seiner Familie widerfahrenen Gewalt unzurechnungsfähig wäre. Aber Raphael Lemkin ließ der Prozess eine Ungerechtigkeit erkennen: Verantwortliche Regierungen dürften wegen horrender Verbrechen gegen die Bevölkerung in ihrem Staatsgebiet nicht immun sein. Es bedürfte der Definition eines Straftatbestandes, um dieses – noch namenlose – Unrecht justiziabel zu machen.

2006 wollten in Deutschland lebende türkische und türkischstämmige Nationalist*innen den 85. Todestag von Talât in Berlin ehrend gedenken. *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* wurde Teil eines Bündnisses, das sich dagegen engagierte. Mit einem Aufruf und mehreren Veranstaltungen trat ASF dem revisionistischen Versuch entgegen, Talât in ein Opfer zu verkehren. Zu dem Bündnis gehörte der Schriftsteller Doğan Akhanlı, der in zahlreichen Initiativen in Köln engagiert war und mit ASF seit 2004 historisch-politische Bildungsarbeit gestaltete: In Deutschland lebende Menschen, die sich Gemeinschaften zurechnen, die historisch (und bis in unsere Gegenwart reichend) konflikthaft aufeinander bezogen sind, begegnen einander – Armenier*innen, Pontos-Griech*innen, Türk*innen, Kurd*innen, Alevit*innen und andere.

Diese historisch-interkulturellen Begegnungen fanden als mehrtägige Seminare statt. Die hier gestaltete historisch-interkulturelle Bildungsarbeit thematisierte genozidale Gewalt, es gab keine Hierarchisierung des einen oder anderen Narrativs. Voraussetzung dafür ist und war, sich Zeit zu nehmen, zuzuhören, ernst- und wahrzunehmen, was mein



Rund um die Berliner Hardenbergstraße verdichten sich Geschichten von Flucht, Exil und Verfolgung, die Einblicke in das armenisch-deutsch-türkische Beziehungsgeflecht in Bezug auf Nationalsozialismus und den Genozid an den Armenier*innen geben.

Gegenüber sagt: über sich selbst, über das, was aus der Familie oder aus der Community, zu der mein*e Gesprächspartner*in sich rechnet, wichtig ist. Das klingt einfach und selbstverständlich, sollte es auch sein, aber die oft aufgeregte, polemische Auseinandersetzung über Erinnerungskultur und -diskurse zeigt, dass es nicht so ist.

Yehuda Bauer spricht von der »Präzedenzlosigkeit« der Shoah. Sybille Steinbacher, Dan Diner und Norbert Frei griffen auf einer Tagung zum 80. Jahrestag der Wannsee-Konferenz den Begriff auf, ebenso in ihren jüngst gemeinsam publizierten »Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust«. Die Stärke der historisch-interkulturellen Begegnungen, in denen bei ASF der Genozid an den Armenier*innen mit thematisiert wurde, war, dass Geschichten und Narrative nicht mechanisch als chronologische oder inhaltliche Abfolge aneinandergereiht wurden. Sie wurden vielmehr aufeinander bezogen. Das Herausarbeiten von Beziehungsgeschichten hebt dabei auf Unterschiede und Parallelen, auf Kontinuitäten und Brüche ab. Wenn wir Personen, Strukturen, Intentionen im Osmanischen Reich und im nationalsozialistischen Deutschland miteinander in Beziehung setzen, wird offensichtlich, dass das eine nicht schematisch aus dem anderen hervorgeht. Das differenzierte Aufzeigen von Bezügen beugt einer Gleichsetzung schon im Ansatz, in der Methode, vor.

Beim Völkermord an den Armenier*innen, so der Historiker Hans-Lukas Kieser, trägt Deutschland als Verbündeter des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg eine »qualifizierte Mitverantwortung«: Unzählige Diplomaten und Militärberater vor Ort hatten einen starken Einfluss auf die osmanische Militär- und »Sicherheits«-Politik. Der Bundestag bekennt sich in seiner Armenien-Resolution 2016 zu dieser historischen Verantwortung und ruft zur Aufarbeitung auf.

ASF war an der Entwicklung eines Stadtrundgangs beteiligt, der vielfältige Geschichtsbezüge aufzeigt. Entlang der Berliner Hardenbergstraße verdichten sich auf verblüffende Weise mehrere Geschichten von Flucht, Exil und Verfolgung, die dazu Einblicke in das armenisch-deutsch-türkische Beziehungsgeflecht in Bezug auf Nationalsozialismus und den Genozid an den Armenier*innen geben.

Dem Projekt »Flucht – Exil – Verfolgung« ist es ein Anliegen, seinen Teil zu einer mehrperspektivischen Geschichtsvermittlung in der postnazistischen Einwanderungsgesellschaft Deutschlands zu leisten. Mit Hilfe des downloadbaren Audioguides in deutscher, englischer und türkischer Sprache sollen die Nutzer*innen motiviert werden, Perspektiven und Verknüpfungen zu anderen Erinnerungsgemeinschaften und -bildern kennenzulernen: flucht-exil-verfolgung.de

Eike Stegen war 1993/94 ASF-Freiwilliger in Amsterdam und war viele Jahre haupt- und ehrenamtlich bei ASF tätig. Er ist heute Öffentlichkeitsreferent im Haus der Wannsee-Konferenz.

»Mit unseren Händen etwas Gutes tun«

60 Jahre ASF-Sommerlager

Helene Utpatel

Beim Sommerlager in Minsk 2014 unterstützen Freiwillige Bewohnerinnen des Dorfes Rositsa bei Renovierungsarbeiten.

Inzwischen gehören die Sommerlager schon 60 Jahre lang zu den Freiwilligendiensten bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und begeistern bis heute Menschen verschiedener Nationalitäten und Altersgruppen. In zwei Wochen gemeinsamer Sommerlagerzeit kann eine ganze Menge passieren und alle – so würde ich behaupten – kehren nach dieser Erfahrung als andere Menschen zurück in ihren Alltag.

Was macht die Sommerlager bei ASF so besonders? Darauf ließen sich sicherlich sehr viele, sehr verschiedene Antworten finden. 60 Jahre Sommerlager bedeutet schließlich, dass eine große Zahl an Menschen – Teilnehmende, Teamer*innen, Projektpartner*innen, Zeitzeug*innen, Freund*innen von ASF, lokale Unterstützer*innen und viele mehr – in ihren Lebensgeschichten von den Sommerlagern geprägt wurden und werden. Jede*r von ihnen hätte etwas anderes zu erzählen.

Denke ich an die Sommerlager, die ich in der Arche in Antwerpen, einer Lebensgemeinschaft für Menschen mit und ohne geistige Behinderung, mit leiten durfte, sehe ich vor meinem inneren Auge eine Gruppe aufgeregter motivierter Menschen auf gelben Rädern durch

die fahrradfreundlichen Straßen Belgiens sausen. Ich sehe vom Streichen, Fensterputzen und Pflastern erschöpfte, aber glückliche und stolze Gesichter und bergeweise selbstgekochtes Essen aus Russland, Aserbaidschan, Vietnam, Belarus, Tschechien und Deutschland. Ich staune, wie ohne jegliche flämische Sprachkenntnisse, nur mit ein paar eilends gelernten Gebärden im Gepäck, Kontakte zwischen Bewohner*innen der Arche und den Sommerlagerteilnehmer*innen geknüpft werden. Es wird gemeinsam UNO gespielt, Gemüse geschnippelt, getanzt und gesungen. Ich sehe Menschen, die sich für die Thematik »Teilhabe von Menschen mit Behinderungen« begeistern und während des Sommerlagers mit großem Interesse auf die verschiedenen biografischen, nationalen und altersbedingten Perspektiven, die die Gruppe mitbringt, blicken. Ich höre wieder das Unverständnis über Rollenverteilungen – Essen kochen, Saubermachen, Aufräumen – und erinnere mich, wie darum gerungen wird, ein gutes Miteinander zu schaffen, und wie wir darin besser werden. Ich fühle, wie wir als Teamerinnen an der Aufgabe, dieses Sommerlager zu gestalten, wachsen und wie das Vertrauen in unsere Fähigkeiten uns beflügelt. Aber vor allem sehe ich ein Interesse daran, gemeinsam vor Ort zu sein – in diesem Land, in dieser Stadt, in der Arche, mit den Menschen an diesem Ort und gemeinsam als Gruppe. Neugierig und bereit, sich darauf einzulassen, was in zwei Wochen Sommerlager so alles passieren kann.

Was für mich die ASF-Sommerlager so besonders macht, ist, dass in diesen zwei Wochen Menschen miteinander sprechen und gemeinsam handeln, die sich sonst nicht begegnet wären.

Die Sommerlager in Antwerpen liegen nun schon eine Weile zurück. Lassen wollte ich von ihnen aber nie. Deshalb engagiere ich mich seit einigen Jahren im Leitungskreis, dem ehrenamtlichen Gremium bei ASF, das die Sommerlagerarbeit mit begleitet. Das Schöne daran ist, dass ich hier aufgehoben bin mit meiner Begeisterung für diese vielen kleinen Friedensdienste. Gleichzeitig kann ich durch die Begegnungen mit all den anderen, die ehren- und hauptamtlich mit den Sommerlagern verbunden sind, einen Blick über meine eigenen Erfahrungen hinaus werfen und darf so teilhaben an all den vielfältigen Perspektiven. Zwei seien hier stellvertretend für die Mitglieder des Leitungskreises vorgestellt:

*»Ich war immer fasziniert davon, wie viele intensive Erfahrungen die Teilnehmer*innen machten, welche bewegenden Begegnungen wir oft im Rahmen der Sommerlager mit Überlebenden von nationalsozialistischen Verbrechen hatten und wie verbindend es war, zwei Wochen losgelöst vom Alltag, sich einer guten Sache zu widmen, gemeinsam zu arbeiten, sich auszutauschen, zu lachen. Gerade die Vielfalt der Teilnehmenden, z. B. in Bezug auf Alter und das Herkunftsland, sorgen immer für vielschichtige und neue Blicke auf die Geschichte.«* Valentin Jandt-Ilgenstein

»Bei ASF treffen fast immer Menschen aufeinander, deren starkes Gerechtigkeitsempfinden und deren Sicht auf die Welt sich gleichen und die sich in ihrem Engagement für eine offene und wertschätzende Gesellschaft gegenseitig bestärken. Sommerlager ermöglichen diese bereichernden Begegnungen in der kürzesten, aber intensivsten Form auf internationaler Ebene.«
Viola Renner-Motz

Beim Eintauchen in die vielen Berichte, die in 60 Jahren Sommerlager entstanden sind, begegnet mir immer wieder die Suche nach den Geschichten hinter der Geschichte als treibende Motivation für eine Teilnahme. Die Suche nach den verschiedenen Perspektiven auf die Orte, an denen (NS-)Verbrechen stattfanden und an denen sich aktuell soziale und politische Herausforderungen zeigen. Begegnungen mit den Menschen vor Ort, die die Sommerlagergruppen über die angebotene Hilfe hinaus willkommen heißen, tragen durch ihre Geschichten dazu bei, das anfängliche Bild zu erweitern und zu bereichern. Die sich an diesen Geschichten entspinnenden Gespräche innerhalb der Gruppen, die sich durch Internationalität, unterschiedliche Altersgruppen und Lebensgeschichten auszeichnen, nehme ich als für viele Menschen besonders wertvoll wahr. Die Frage, was das Vergangene heute mit uns zu tun hat, ist dabei oftmals zentral. All dies passiert nicht immer überall gleich intensiv und wenn, ist es auch nicht immer einfach, andere Sichtweisen zu hören, Fragen zuzulassen und keine endgültigen Wahrheiten oder Lösungen ausmachen zu können. Aber die Sommerlager sind ein Angebot zur Begegnung mit diesen Perspektiven.

Auch das praktische Arbeiten, das nahezu immer ein fester Bestandteil ist, trägt in meinen Augen zur Attraktivität der Sommerlager bei. Es ermöglicht, etwas zu bewirken, was eine Person allein nicht hätte schaffen können. Das Gefühl, gemeinsam etwas bewahren zu können, was sonst verloren ginge, etwa die Namen auf den Grabsteinen jüdischer Friedhöfe, oder Unterstützung zu leisten, wo sie gebraucht wird, wie zum Beispiel beim Renovieren der Wohnungen ehemaliger Zwangsarbeiter*innen, machen diese Friedensdienste so besonders. »Mit unseren Händen etwas Gutes tun«, so steht es im Gründungsaufruf Lothar Kreyssigs aus dem Jahr 1958. Das ist damals aktuell gewesen und ist es heute.

Die Pandemie hat die Sommerlager besonders hart getroffen. 2020 mussten alle geplanten Projekte abgesagt werden, 2021 konnte glücklicherweise wenigstens in Buchenwald und Wrocław vor Ort sowie in Berlin Schöneweide und Oświęcim digital gearbeitet werden. Aber wir bleiben dran und auch, wenn selbst 2022 nicht die volle Breite der bisherigen Sommerlager ausgeschöpft werden kann, weil auf die individuelle Situation unserer Projektpartner*innen vor Ort Rücksicht genommen werden muss, tasten wir uns langsam wieder zurück in eine bunte vielfältige Sommerlagersaison, die sich weiterhin, jedes Jahr wiederholen möge.

Helene Utpatel hat seit ihrem ASF-Freiwilligendienst in der Arche in Antwerpen 2010/2011 mehrere Sommerlager vor Ort mitgeleitet. Nach ihrem Theologiestudium promoviert sie aktuell im Bereich Religionspädagogik an der Universität Halle. Sie ist Mitglied im ASF-Leitungskreis.

Sommerlager als Freiheitsräume in der DDR

Im Interview erzählt Michael Standera von den Anfängen der Sommerlager in der DDR, ihrer Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg und über die unterschiedlichen Herausforderungen.

Alexandra Gurkova: Von Anfang an gab es bei *Aktion Sühnezeichen Ost* und *West* verschiedene Arbeitsformen. In der DDR war es zunächst nicht, beziehungsweise nur eingeschränkt möglich, Einsätze im Ausland zu organisieren, und Langzeiteinsätze wurden von den Behörden untersagt. Es etablierte sich ein besonderes Format, nämlich die kurzfristigen Freiwilligenprogramme – die Sommerlager. Wie kam das zustande?

Michael Standera: Lothar Kreyssig nahm eine gesamtdeutsche Perspektive ein, deshalb wurde nach der Gründung von *Aktion Sühnezeichen* darüber verhandelt, dass junge Menschen aus der DDR und aus der Bundesrepublik gemeinsam an den ersten Einsätzen beteiligt sein sollten. Der damalige Außenminister der DDR reagierte schroff auf diesen Vorschlag mit der Aussage, ein solcher Dienst sei nicht nötig, denn die DDR sei ein antifaschistischer Staat und nicht für die NS-Verbrechen haftbar zu machen. Dass wir unsere Arbeit auf Kurzzeiteinsätze in der DDR beschränkten, war also eine Verlegenheitslösung.

Unser Dienst war anfangs auf den kirchlichen Raum in der DDR begrenzt. 1962 half *Aktion Sühnezeichen in der DDR (ASZ)* beim Wiederaufbau der Kirchen in der Stadt Magdeburg, deren Zentrum zu 80 Prozent zerstört war. Die Trümmer des Krieges zu beseitigen, war ein starkes Friedenszeichen, das nicht nur in Magdeburg, sondern auch in der ganzen DDR wahrgenommen wurde. Später arbeiteten die Freiwilligen in diakonischen karitativen Einrichtungen der Kirche, besonders in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, und in Kirchengemeinden.

Bis der Einsatz auf jüdischen Friedhöfen möglich wurde, dauerte es viele Jahre, denn Jüdinnen und Juden standen diesem Engagement oft skeptisch gegenüber, und so brauchte es Zeit für eine Annäherung und einen Dialog.

Wie kam es dazu, dass Sommerlager in Gedenkstätten möglich gemacht wurden?

Das war eine große Herausforderung, erst 1978 kam die erste Gruppe nach Buchenwald. In den Gedenkstätten hieß es, dass ein Dialog zwischen Marxist*innen und Christ*innen geführt werde. Daran konnten wir anknüpfen, denn die Opfer waren Menschen aller Religionen, Konfessionen, Länder und politischer Einstellungen und so wuchsen nach und nach die Zusammenarbeit und das Vertrauen ineinander.

Wichtig waren für uns die Begegnungen mit Zeitzeug*innen, die damals noch Gruppen durch die Gedenkstätten führten. Es entstanden Freundschaften und die Überlebenden öffneten die Türen zu anderen Gedenkstätten, sodass wir auch in Sachsenhausen und Ravensbrück Sommerlager durchführen konnten. Wir waren im guten Austausch mit den Mitarbeiter*innen der Gedenkstätten, die uns als Partner*innen ansahen.

Die ASF-Freiwilligen Bärbel Menthel und Madeleine Paykowski 1962 im Sommerlager in Magdeburg.

Lothar Kreyssig (M.) 1962 beim Besuch des Sommerlagers.

Wie war es möglich, die Arbeit im Ausland aufzubauen?

Wir wollten unseren eigenen Beitrag leisten, wir wollten in die Sowjetunion, nach Polen, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn, aber man ließ uns nicht dorthin fahren. Oft arbeiteten wir ohne offizielle Genehmigung durch die Behörden. Eingeladen wurden wir von Kontakten, die ASZ mit der katholischen Kirche in Polen geknüpft hatte. 1965 arbeiteten *Sühnezeichen*-Freiwillige zum ersten Mal im Ausland, und zwar in Oświęcim – dieses Zeichen nahm die polnische Gesellschaft sehr positiv auf. Als die Gruppe zurückkam, wurde den Teilnehmenden vorgeworfen, sie hätten dem Ansehen der DDR durch diesen Einsatz geschadet, und dies dürfe nicht noch mal passieren. Es gelang uns trotzdem, unsere Einsätze in Polen fortzusetzen. Offiziell durften wir als *Aktion Sühnezeichen* nur in Warschau arbeiten. Dort wurde in den 1980er Jahren das Kinderkrankenhaus als lebendiges Denkmal eröffnet, das an die Kinder erinnern sollte, die im Zweiten Weltkrieg umgekommen waren. Der Bund der Evangelischen Kirchen unterstützte dieses Projekt und so wurden wir als *Aktion Sühnezeichen* dorthin geschickt, um Außenanlagen zu pflegen und in der Wäscherei mitzuarbeiten. Dagegen konnte auch die DDR nichts haben.

Beim Einsatz in der Tschechoslowakei durfte der Name *Sühnezeichen* nie fallen, aber die Türen standen uns offen. Als Christ*innen aus der DDR arbeiteten wir in vielen Projekten mit, zum Beispiel in dem Dorf Lidice, das die Nazis 1942 zerstört hatten. In Ungarn waren wir in katholischen Gymnasien tätig.

Die Sommerlager werden als Freiheitsräume in der DDR bezeichnet. Was bedeutet das und wie war das möglich?

Wir weigerten uns bewusst, die Listen derjenigen bei den Behörden einzureichen, die in die DDR zu einem Sommerlager einreisten. Die Teilnehmenden wussten, dass sie in diesem Umfeld über alles frei sprechen konnten. In keinem volkseigenen Betrieb, in keiner Schule, in keiner Universität war dies sonst möglich, gleichzeitig war aber auch immer allen bewusst, dass wir beobachtet wurden, daher gab es keinen Freibrief. Man wusste stets, dass man sich auf dem Gebiet der DDR befand, und dennoch nahmen wir als Kirche, als *Sühnezeichen* diese Freiheitsräume wahr – jede*r konnte eigene Themen einbringen, zum Beispiel wie man das Christsein, den Sozialismus oder die Begegnung mit Menschen nicht-deutscher Herkunft erlebte.

Gleichzeitig hatten wir Verantwortung und mussten genau überlegen, wann und ob wir über den Rahmen hinausgingen, den uns der Staat vorgab. Ich gehörte zu denjenigen, die strategisch herangingen und abwägten: Wo kann ich jetzt nicht mehr schweigen? Oder wo müssen wir als *Aktion Sühnezeichen* etwas sagen? Christsein hieß, Mitverantwortung zu übernehmen.

1986/1987 kippte die Stimmung im Land und junge Menschen redeten auf einmal Klartext, die Veränderung war deutlich spürbar. Wir Älteren waren durch die Ereignisse von 1953 geprägt, als die kirchliche Jugendarbeit verboten worden war und unsere Vikare uns nahelegten, vorsichtig zu sein.

Was ist für Sie persönlich der wichtigste Beitrag der Sommerlagerarbeit in der DDR?

Als ich 1981 bei *Aktion Sühnezeichen* anfing, waren viele in meinem Umfeld der Meinung, es sei doch erledigt, es gebe eine Annäherung an Polen und keiner wolle mehr Krieg. Dann lernte ich Menschen kennen, die im Konzentrationslager gewesen waren, und ich erlebte, wie wichtig es war, dass sie ihre Erfahrungen mit den jungen Menschen in den Sommerlagern teilten. Ich erinnere mich an die vielen Gespräche und Geschichten in den Gemeinden, auf den jüdischen Friedhöfen, an die Anerkennung gegenüber jungen Menschen, die dort arbeiteten. Unsere Gruppen gingen auch die Routen der Todesmärsche aus den Konzentrationslagern nach. Das Besondere an den Sommerlagern war, dass wir eine bestimmte Haltung lebten und uns auf andere einließen, Völkerverständigung prägte unsere Arbeit.

Mit unserer Botschaft erreichten wir vielfältige Zielgruppen. In den Sommerlagern waren Ärzt*innen, Akademiker*innen, aber auch Menschen ohne Berufsabschluss, die Anerkennung bekamen, weil sie unsere Arbeit praktisch anleiteten und zum Beispiel wussten, wie man Beton anmischt. Und auch wenn sie sich am Abend in den Gesprächsrunden eher zurückhielten, waren wir alle auf Augenhöhe. Die Arbeit führte uns zusammen und wir fuhren mit dem Gefühl nach Hause, dass wir gemeinsam etwas erreicht hatten.

Michael Standera nahm 1968 zum ersten Mal an einem Sommerlager teil. Seit 1975 war er Mitglied im Leitungskreis, dem Leitungsgremium von *Aktion Sühnezeichen* in der DDR, von 1981 bis 1993 leitete er als Geschäftsführer das *Sühnezeichen*-Büro in der DDR.

Alexandra Gurkova ist Referentin für Freiwilligenarbeit und unter anderem zuständig für die Sommerlager.

»Die internationale und ökumenische Gemeinschaft und Zusammenarbeit war prägend«

Erinnerungen an Sommerlager in den 1980er Jahren

Joachim Rasch

Als mich im Frühjahr 1981 ein Freund fragte, ob ich in den Ferien mit ihm zu einem Sommerlager der *Aktion Sühnezeichen* fahren würde, wusste ich zwar nicht, was das ist, aber mit ihm irgendwohin zu fahren und mit anderen jungen Leuten etwas Sinnvolles zu machen, fand ich eine gute Idee. So landeten wir im Sommer bei den Armen Schulschwestern in Berlin-Niederschönhausen. Die Ordensschwestern betreuten dort in einer kirchlichen Einrichtung Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung. Unsere Aufgabe war, Gräben für die Mauerwerkstrockenlegung des Hauses und eine Abwasserleitung zu schachten. Wir waren eine Gruppe von 15 jungen Menschen, davon kam einer aus Polen und vier aus der Slowakei, die anderen waren aus der DDR. Wir waren katholisch und evangelisch bunt gemischt, wie sich bald herausstellte.

Ähnliche Konstellationen habe ich in den kommenden Jahren in vielen Sommerlagern erlebt. Oft waren Jugendliche aus Polen und der ČSSR dabei, seltener auch aus Ungarn. Einmal (1987) waren wir eine große Gruppe von Tschech*innen, ein Ungar und ein paar DDR-Jugendliche, zu denen eine ganze Gruppe aus Hessen stieß. Auch der reale Sozialismus hielt gelegentlich Überraschungen bereit.

Das Neue an diesen Sommerlagern war für mich die Begegnung mit gleichaltrigen Jugendlichen aus unseren Nachbarländern. Nirgendwo sonst hatte ich die Gelegenheit, junge Leute aus diesen Ländern unter so freien Bedingungen kennenzulernen und zwei Wochen mit ihnen zu leben und zu arbeiten.

Und ebenso besonders war die ökumenische Vielfalt in diesen Gruppen. Fast alle kamen aus Kirchgemeinden. Das war gar nicht anders denkbar. Die Kontakte und Einladungen liefen ausschließlich über kirchliche Kanäle. Nur vereinzelt waren damals Jugendliche bei den Sommerlagern, die sich keiner Kirche zugehörig fühlten. Aber wir kamen oft aus ganz unterschiedlichen Kirchen. Wir waren evangelisch oder katholisch, aber auch damals war die katholische Kirche in Polen anders als die in der DDR und die verschiedenen evangelischen Kirchen in unseren Ländern sowieso.

Diese internationale und ökumenische Gemeinschaft und Zusammenarbeit (im Wortsinn) war prägend für mich und viele andere, die Sommerlager in der DDR (und zum Teil auch in Polen, der ČSSR und Ungarn) erlebten. Das gab es sonst in der DDR nicht. Was haben wir erzählt und diskutiert, gestritten und gelacht! Wie anders die Lebensbedingungen und die kirchliche Situation in unseren Nachbarländern war, obwohl wir alle unter sozialistischer Doktrin und sowjetischer Oberhoheit standen, habe ich erst in den Sommerlagern erfahren. Freundschaften entstanden, die mitunter Jahre bestanden, manche bis heute.

In den Sommerlagern von *Aktion Sühnezeichen* haben wir eine Offenheit und Weite (kennen)gelernt, die es im Sozialismus sonst nur selten gab und die für Jugendliche kaum zugänglich war.

Und dazu kam die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte unseres Landes und ihren furchtbaren Folgen für unsere Nachbarländer auf eine Weise, die mir ebenfalls bis dahin gänzlich unbekannt war: Begegnungen mit Jüdinnen und Juden, ein erstes Kennenlernen jüdischen Glaubens, Gespräche mit Überlebenden der Shoah kamen in meiner Schulzeit und auch in der Kirche meiner Kindheit und Jugendzeit nicht vor. Dass sich das zumindest in den Kirchen im Lauf der Jahre änderte, daran hatte *Aktion Sühnezeichen* einen nicht zu unterschätzenden Anteil.

Joachim Rasch (M.) im Sommerlager 1981 in Berlin-Niederschönhausen mit einer Freiwilligen aus Dresden (l.) und einer Freiwilligen aus der Slowakei.

Dass wir in meinem ersten Sommerlager von Berlin-Niederschönhausen aus die Gedenkstätte Sachsenhausen besuchten, war ganz selbstverständlich. Und wo keine Gedenkstätte in erreichbarer Nähe war, gab es lokale oder regionale Ansatzpunkte zur Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, etwa die Arbeit in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen. Und unermüdlich besuchten insbesondere Irma und Jiří Lauscher aus Prag[1] jedes Jahr viele Sommerlagergruppen, erzählten von ihrer Lagerhaft in Theresienstadt und öffneten uns die Augen für unsere Verantwortung – nicht für die Geschichte, sondern für unsere Gegenwart.

Joachim Rasch, evangelischer Pfarrer, 57, hat seit 1981 mehrere Sommerlager miterlebt, war Mitglied des Leitungskreises von *Aktion Sühnezeichen* in der DDR und von 1992 bis 1997 Referent für die Sommerlager sowie die Freiwilligenarbeit in Polen und Tschechien bei ASF.

1 Näheres in der Biografie: Stellmacher, Hildegart und Trautmann, Renate (Hrsg.) (2009): Friede dem Fernen und Friede dem Nahen / Mír dalekému i blízkému: Erinnerungen an Irma und Jirí Lauscher / Vzpomínky na Irmu a Jirího Lauscherovy, Berlin: Metropol Verlag.

Durch die Augen anderer Neues sehen – und das Eigene neu entdecken

25 Jahre Internationales Freiwilligenprogramm in Deutschland

Anne Katrin Scheffbuch

»Besonders gut hat mir der Workshop über Erinnerungen in verschiedenen Ländern gefallen, da ich beobachten konnte, wie unsere Perspektiven davon abhängen, woher wir kommen, und dass es durchaus möglich ist, andere Perspektiven zu sehen, solange wir offen für Kommunikation sind.«
Irem Nur Yildiz aus der Türkei, Freiwilligendienst 2016/17 bei Asyl in der Kirche/Jüdische Gemeinde in Berlin

Andere Perspektiven zu sehen und zu ermöglichen und sich so der Komplexität von Geschichte, Erinnerung und Realität anzunähern – das versucht das Internationale Freiwilligenprogramm in Deutschland seit 25 Jahren.

Jährlich kommt eine Gruppe von 15 bis 18 Menschen aus verschiedenen Ländern nach Deutschland, um hier ihren einjährigen Friedensdienst zu leisten. In den vier Seminaren, die im Laufe des Freiwilligendienstes stattfinden, versucht ASF, die Freiwilligen miteinander ins Gespräch zu bringen. Sie setzen sich reflexiv mit ihrer Herkunft auseinander, und sie tun dies im Austausch mit ihren Mitfreiwilligen, die aus unterschiedlichen Ländern kommen.

So erzählen sie einander, welche Narrative im Blick auf das 20. Jahrhundert in ihrem Land bestimmend sind. Und sie gewähren einander einen Einblick in das, was in ihrer Familie wichtige Ereignisse des 20. Jahrhunderts waren und wie innerfamiliär wie auch innerhalb ihrer Herkunftsgesellschaft darüber gesprochen oder auch geschwiegen wird.

Durch die Heterogenität der Gruppe können dabei ganz andere Perspektiven als die eigene nachvollzogen werden. Dabei ist es nicht immer leicht, die Gegensätze konkurrierender Deutungen auszuhalten. Verschiedenheit kann irritieren oder gar schmerzen.

»Ein Freiwilliger hat eine Präsentation über den Zweiten Weltkrieg (im Bezug auf die Sowjetunion) vorbereitet. Das war eine total russische Perspektive – nicht total falsch aber auch nicht richtig, aber normal und gewöhnlich für uns – und furchtbar für andere. Das war am kompliziertesten für mich zu lernen: Normal zu reagieren, dass andere Leute anderes ›Wissen‹ haben können. Das habe ich noch nicht bis zum Ende geschafft, aber habe noch ein bisschen Zeit zu üben.« Vera Khorosheva aus Russland, Freiwilligendienst 2011/12 in der Gedenkstätte Augustaschacht

Erzählt werden Geschichten von Flucht und von Hunger, von Vertreibung und Gewalt, von Zwangsarbeit und vom Schweigen, von Heldentum und Kollaboration.

Erzählt wird von Gesellschaften, die sich über ihre Siegerrolle oder über ihre Opferschaft definieren. Erzählt wird, wie vor dem Hintergrund dieser Deutungskontexte die Erfahrung der Familien unserer Freiwilligen diese Wertvorstellungen verstärken oder gerade auch andere Motive betonen.

Ukrainische Freiwillige beklagen, wiederholt russisch gelesen zu werden, und erklären, wie sie das verletzt und welche Mechanismen es bei ihnen auslöst. Als deutlich wird, wie schmerzlich dies wiederum für die russischen Mitfreiwilligen ist, betonen sie, dass sie bei ASF das erste Mal Freundschaft mit russischen Menschen geschlossen haben. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fordert diese Freundschaften allerdings extrem heraus.

Eine israelische Freiwillige, deren Familie aus Äthiopien stammt und die ihre Minderheitensituation in Israel deutlich empfindet, spricht mit einer Freiwilligen aus Rumänien, deren Familie dort zur deutschen Minderheit gehört. Im Blick auf die Mehrheitsgesellschaft haben die beiden Familien unterschiedliche Strategien verfolgt – hier Anpassung, da Bewahrung der Eigenständigkeit. Die beiden tauschen ihre persönlichen Erfahrungen darüber aus und hinterfragen sich und ihre Familien respektvoll.

»Unsere Seminartage wurden durch den Austausch über unsere Geschichten und die «große Geschichte» verbunden. Ich erkannte, dass jede unserer Geschichten von der großen Geschichte geprägt war. Ich dachte mir auch, dass man sich die Geschichte mit mehreren Stimmen erzählen muss, um ihre Komplexität zu verstehen.«
Lucie Belabdi aus Frankreich, Freiwilligendienst 2019/20 im Diakoniewerk Simeon

Daria Filippova (l.) aus Russland und Yaffa Fogel aus den USA waren 2017/18 Freiwillige in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Um diese Veränderung der Sicht geht es: andere Perspektiven nachzuvollziehen und dadurch auch die eigene Perspektive zu reflektieren.

> *»Vor meinem Dienst mit ASF hatte ich nie gedacht, dass Länder unterschiedliche Perspektiven auf die Geschichte haben könnten. Es ist mir dieses Jahr bewusst geworden.«* Sarah Zwingelstein aus Frankreich, Freiwilligendienst 2018/19 im ASF-Sommerlagerbüro und in der Jüdischen Gemeinde Berlin

Diese Reflexion über die eigene Herkunft gepaart mit der Offenheit, den Blickwinkel anderer Personen einzunehmen, ermöglicht es, auch die eigene Position neu zu sehen und zu bewerten.

> *»Die Realität, in der ich aufgewachsen bin, basierte auf der Vorstellung von festen Narrativen. Texte zu lesen und viele Gespräche zu führen, haben mir ein besseres Verständnis meiner eigenen Narrative und des Ortes, aus dem ich komme, vermittelt.«* Tamer Said aus Israel, Freiwilligendienst 2018/19 in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und bei der *Solidarischen Hilfe im Alter* Hamburg

Aus den verschiedenen Perspektivwechseln kann Multiperspektivität entstehen. Sie einzuüben ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Lernprozess. Im Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland ist sie gleichzeitig ein sozialer Prozess, der aus Begegnungen genährt wird. Das neu entstehende, collagenartige Bild ist komplex, vielschichtig und reicht über den Freiwilligendienst hinaus.

Vor 25 Jahren begann ASF dieses Programm als Pilotprojekt. Im Oktober 1993 stellten Brigit Scheiger, Joachim Rasch und Regine Schröer unter dem Titel »Brücken in Europa« ein Konzept vor, Freiwillige aus den ASF-Partnerländern einzuladen. Impulse dafür waren unter anderem einerseits die Erfahrungen der internationalen Begegnungen in den Sommerlagern, andererseits auch Anfragen von Partner*innen aus dem Ausland, jungen Menschen die Erfahrungen eines Freiwilligendienstes in Deutschland zu ermöglichen.

»Sühnezeichen« als Überschrift für den Dienst ausländischer Freiwilliger in Deutschland – dies bewirkte jedoch nicht nur Zustimmung, sondern auch Abwehr. Würde ein internationales Programm und die Aufnahme von Freiwilligen aus unseren Partnerländern dem Gründungsaufruf nicht entgegenstehen, den Unterschied zwischen Tätern und Opfern verwischen? Sollte damit gar der Streichung des Sühnegedankens der Weg bereitet werden?

Die Befürworter*innen des Programmes sahen es hingegen gerade als Folge des Gründungsaufrufes: Außer Frage stehe die Unterscheidung in Deutsche und in »Völker, die Gewalt von uns erlitten haben«. Allerdings seien zwischen Deutschen und den vom NS-Terror betroffenen Völkern neue Verbindungen gewachsen. Dieser Entwicklung und dem Wunsch der Partnerorganisationen wollte ASF mit dem Einladungsprogramm Rechnung tragen.

Im August 1996 begann eine französische Freiwillige im Rahmen dieses Pilotprojektes ihren Dienst an der Gedenkstätte Buchenwald. Im September 1997 gehörten bereits fünf ausländische und drei deutsche Freiwillige zur ersten Gruppe des »Einladungsprogramms«. Das Pilotprojekt entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem stabilen Programm, dem »Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland«.

Was lässt sich nach 25 Jahren zu den ursprünglichen Befürchtungen und Hoffnungen sagen?

Unter dem Namen Sühnezeichen entsteht jedes Jahr im Internationalen Freiwilligenprogramm in Deutschland etwas Besonderes: Auf der Grundlage, dass ASF für eine klare Haltung zur deutschen Schuld steht, wird ein geschützter Raum für Annäherung ermöglicht: Oft ist es ein wichtiger Teil der Motivation für Teilnehmende, sich gerade in diesem Raum mit Deutschland und mit ihrer Familiengeschichte auseinandersetzen zu können. Diesen Weg in einer internationalen Gruppe gehen zu können, ist eine wichtige Unterstützung.

Anne Katrin Scheffbuch, evangelische Theologin, ist seit 2013 Koordinatorin des Internationalen Freiwilligenprogramms in Deutschland bei ASF.

Im Austausch das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven vertiefen

Freiwilligendienste in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht

Michael Gander

Welche Spuren hinterlassen 16 junge Menschen aus Belarus, der Ukraine, Russland und den Niederlanden, die sich als Freiwillige mit ASF seit 2005 für jeweils ein Jahr in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht engagiert haben, wenn sie nicht eine Pandemie daran hinderte? Es gibt die konkreten Zeugnisse ihrer vielfältigen Unterstützung in Form von Freilegungen, Ausstellungen, Interviews, Fotos und Videos, aber sie haben noch mehr bewirkt.

Sie brachten nicht nur ihre Zeit, Kenntnisse und Motivationen in die gemeinsame Arbeit ein, sondern auch ihre verschiedenen Erfahrungen und Sichtweisen. Gerade der kontinuierliche Austausch mit ihnen vertiefte bei ihren deutschen Kolleg*innen, so auch bei mir, das Verständnis ihrer individuellen Perspektiven. Eindrücklich in Erinnerung ist mir eine Situation bei einem Besuch der Gedenkstätte für die gefallenen sowjetischen Militärangehörigen auf den Sapun-Bergen bei Sewastopol im Rahmen eines Begegnungsprojektes mit ehemaligen Zwangsarbeitenden sowie deutschen und ukrainischen Schüler*innen im Jahr 2011. Das Schicksal so vieler Menschen in der verlustreichen Schlacht zur Befreiung der Stadt rührte die damalige Freiwillige Lena tief und lange. Die aus Wolgograd stammende junge russische Frau musste dabei besonders an die sowjetischen Opfer denken. In unserer Gruppe löste sie mit ihrer Reaktion ein Nachdenken über die eigenen Sichtweisen auf die getöteten Menschen und deren Nachkommen aus.

Mit ihren eigenen Erfahrungen und Erinnerungen halfen die Freiwilligen sehr, die deutsch-ukrainischen und deutsch-belarussischen Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeiter*innen behutsam und verständnisvoll vorzubereiten und zu verwirklichen. Viele erhellende Kommentare von Tanja, der ersten belarussischen Freiwilligen in den Gedenkstätten, beinhalteten die Worte »unsere Leute«, um der Osnabrücker Projektgruppe bei unserem Besuch 2006 aus ihrer Perspektive die Sichtweise der Menschen in ihrem Belarus zu erklären. Vermutlich ähnlich oft halfen sie und ihre Nachfolger*innen unseren ukrainischen und belarussischen Projektpartner*innen beim Verständnis der Osnabrücker*innen.

Später brachten die Freiwilligen aus der Ukraine und Russland auch ihre Perspektiven auf die gewaltsamen Konflikte in der Ukraine um die Krim und insbesondere die von Milizen mit russischer Unterstützung beherrschten Gebiete um Donezk und Luhansk mit. Dabei zeigten sich die oft großen Unterschiede zwischen der Berichterstattung innerhalb und außerhalb Russlands. Ich erinnere mich noch an die Sorgen von Aljona vor dem Projektbesuch im Juni 2014 in der Westukraine als die aus Simferopol auf der Krim stammende junge Frau Anfeindungen der dortigen Bevölkerung befürchtete. Gedenkstättenseitig war es wichtig und hilfreich die verschiedenen Sichtweisen zu kennen, um auf der menschlichen Ebene in Verbindung und im Gespräch zu bleiben, sodass im Herbst 2014 auch Schüler*innen der langjährigen Projektpartnerin in Simferopol an einer Begegnung

ASF-Freiwillige bei Ausgrabungen während eines Sommerlagers an der Gedenkstätte Augustaschacht.

mit den Zeitzeug*innen in Osnabrück teilnehmen konnten. Fünf Jahre später brachte Anna aus der Ukraine ihre Geschichte von dem Verlust der Arbeit in Donezk und ihrer Flucht von dort mit. In langen Gesprächen gewährte sie Einblicke in ihre Konflikt- und Fluchterfahrungen, so dass der schwelende Konflikt in den Gedenkstätten nicht in Vergessenheit geriet. In diesem Jahr hat der nun von der russischen Regierung begonnene offene Krieg gegen die Ukraine den gegenwärtigen ukrainischen Gedenkstättenfreiwilligen Adam in große Sorge um seine Angehörigen und Freund*innen versetzt. Für die Kolleg*innen in den Gedenkstätten bedeutet dies, die Kriegshandlungen nicht nur aus einer friedenspolitischen Sicht, sondern auch in ihren konkreten Auswirkungen wahrzunehmen.

Diese Erweiterung der eigenen Sichtweisen durch die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen eröffnet gleichzeitig auch ein Erkennen eigener Perspektiven und ein immer wieder neues Nachdenken über eben diese eigenen Sichtweisen mit ihren Bedingungen und Grenzen. Der gemeinsame Alltag lehrt auf diese Weise multiperspektivischer zu sehen, um eigene Bewertungen kritisch zu hinterfragen, unbedachte Barrieren zu vermeiden und respektvoller miteinander umzugehen.

Dr. Michael Gander ist Historiker und Geschäftsführer der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht. Seit 2005 arbeitet er mit Freiwilligen und internationalen Sommerlagergruppen von ASF zusammen.

»Wer ein Leben rettet…«

Kinderschicksale des »verlorenen Transports« – eine neue Wanderausstellung

Verena Buser und Thomas Irmer

»Wir bestiegen den Zug mit Angst«, so erinnert sich der heutige US-Amerikaner Steven Hess an sein Gefühl, als er einen Güterwaggon in der Nähe des KZ Bergen-Belsen bestieg. Mit seiner Zwillingsschwester Marion, seinen Eltern und etwa 2.400 bis 2.500 weiteren jüdischen KZ-Häftlingen transportierte ihn die SS am 10. April 1945 in Richtung Südosten. Ziel war das KZ Theresienstadt. Am 20. April 1945 stoppte der Transport in der Nähe des Lausitzer Bergarbeiterdorfes Tröbitz. Eine von Angehörigen der Hitlerjugend gesprengte Eisenbahnbrücke machte die Weiterfahrt unmöglich.

Die SS hatte insgesamt drei solcher Häftlingstransporte organisiert. Sie wollte die jüdischen KZ-Häftlinge als Geiseln gegen nichtjüdische Deutsche oder Geld tauschen. Aber nur einer der Transporte erreichte das Ziel. Ein anderer Transport stoppte in der Nähe von Magdeburg bei Farsleben an der Elbe, wo er von US-Soldaten befreit wurde. Der Verbleib des Transports in Tröbitz, in dem sich auch Steven Hess befand, war zunächst unklar – deshalb wird er bis heute auch als »Lost Transport«, als »Verlorener Transport«, bezeichnet.

In den Waggons des »Verlorenen Transports« waren zahlreiche Familien und etwa 500 Kinder, darunter viele niederländische Jüdinnen und Juden, aber auch Deutsche, die in den Niederlanden Schutz und Zuflucht vor der Verfolgung der Nationalsozialisten gesucht hatten. So wie die Eltern von Steven, der damals noch Stefan hieß. In Tröbitz wurde der Transport durch Soldaten der Roten Armee befreit. Sie wiesen die Dorfbewohner an, in ihren Wohnungen Platz zu machen für die Überlebenden des Transports.

Ausstellung von 2015 für die Opfer des »Verlorenen Transports« von Bergen-Belsen nach Tröbitz in der Grundschule des Ortes.

Während des Holocaust wurden mindestens 1,5 Millionen jüdische Kinder ermordet. Ihr Überleben war die Ausnahme. Geschätzt wird, dass bei Kriegsende im befreiten Europa noch etwa 150.000 jüdische Kinder und Jugendliche lebten. Hinter ihnen lagen Jahre der Verfolgung und traumatischer Erfahrungen. Was bedeutete es für das Aufwachsen von Menschen, dass ihre ersten Lebensjahre durch KZ-Haft, durch Hunger, Gewalt und Tod geprägt waren? Was haben die »Child Survivors« an ihre Kinder weitergegeben? Welche Erinnerungen haben die damaligen Kinder an die Befreiung in Tröbitz? Wie nehmen sie heute die Erinnerungskultur in Tröbitz wahr?

Diesen und anderen Fragen will die neue Wanderausstellung anhand von acht biografischen Beispielen nachgehen. Neben Marion Lewin und Steven Hess, den damaligen Hess-Zwillingen, dem länger in Tröbitz und später in der DDR lebenden Regisseur Celino Bleiweiß oder dem im Kosovo geborenen Raul Teitelbaum zählt dazu beispielsweise auch die Lebensgeschichte von Michael Gelber aus Amsterdam. Ihre Biografien verdeutlichen eindrucksvoll, welche Rolle Erinnerung für das spätere Leben hat und wie sie versuchen, die Vergangenheit in ihre Lebensgeschichte zu integrieren. Schon Michas Vater setzte sich für die Pflege eines jüdischen Friedhofs in Tröbitz ein. Der Friedhof wurde nach 1945 für über 300 Jüdinnen und Juden errichtet, die in Tröbitz an den Folgen einer Typhusepidemie starben.

In der vom Zentralrat der Juden in Deutschland initiierten Wanderausstellung wird es bis zu drei Videostationen mit Ausschnitten aus Zeitzeug*innen-Interviews geben. In einer Gruppenerzählung berichten Überlebende unter anderem von dem »Alltag« in Bergen-Belsen und im »Verlorenen Transport«. Auch Ausschnitte zu Themen wie dem Zusammenleben zwischen jüdischen Überlebenden und einheimischer Bevölkerung oder der Rückkehr in das Heimatland werden abrufbar sein. In der dritten Medienstation kommen Nachfahren zu Wort. So wie Iris Gelber, eine Tochter von Micha Gelber. Sie erzählt, wie der Besuch in Tröbitz ein tieferes Verständnis für die Überlebensgeschichte ihres Vaters weckte.

Über QR-Codes an den Ausstellungstafeln sollen vertiefende Interview-Ausschnitte zu den Lebenswegen der Zeitzeug*innen aufgerufen werden können, die in einer Smartphone-App bereitgestellt werden. Die App wird als ein eigenes Erzählmedium konzipiert, das mit Formen des digitalen Storytelling Informationen über Biografien und Themen anbietet.

Vorgesehen ist, die Ausstellung am 9. November 2022 in der ehemaligen Kraftwerkshalle der bei Tröbitz gelegenen Brikettfabrik LOUISE zu eröffnen. Sie soll dann unter anderem über Berlin und Lüneburg, entlang der Strecke des »Verlorenen Transports«, zur Gedenkstätte Bergen-Belsen wandern.

Dr. Verena Buser forscht unter anderem zu Kindheit und Jugend während und nach der Shoah.

Thomas Irmer arbeitet unter anderem zur Geschichte der Konzentrationslager. Beide kuratieren die Wanderausstellung und eine App. Die Gestaltung machen Oliver Temmler und Claudia Winter.

Geleitet wird das Projekt von Prof. Dr. Günter Morsch, Historiker und ehemaliger Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen. Ein Projekt des Freundeskreis Technisches Denkmal Brikettfabrik Louise e. V. Domsdorf. Gefördert mit Mitteln des Landes Brandenburg und der Bundesregierung.

Die *Etz Hayyim Synagoge*: Erinnerungsarbeit auf Kreta

Ein ASF-Freiwilligendienst in Griechenland

Carleen Rehlinger

Gleich am ersten Tag meines Freiwilligendienstes wurde ich warmherzig im familiären Team der *Etz Hayyim Synagoge* in Chania auf Kreta beim gemeinsamen Mittagessen im kleinen Innenhof willkommen geheißen. Das ist für mich von Anfang an zu einem täglichen Ritual in sehr angenehmer Atmosphäre geworden.

Am nächsten Tag lernte ich Mitglieder der jüdischen Gemeinde anlässlich Jom Kippurs kennen. Ein wesentlicher Teil meines Projektes besteht nämlich darin, an den Community-Events teilzunehmen und bei deren Vorbereitungen zu helfen.

Neben den besonderen Feiertagen gehört dazu auch das Zelebrieren des Schabbatbeginns jeden Freitagabend. Dies ist schnell zu einem meiner kleineren Highlights des Alltags geworden, denn ich freue mich jedes Mal aufs Neue, dass Theo, der in der Synagoge für ein Jahr als Freiwilliger der österreichischen Organisation *GEDENKDIENST* arbeitet, und ich mit den anderen zum Kerzenanzünden aufgefordert werden und dass ich unabhängig von meiner Herkunft von Anfang an ohne Vorbehalte aufgenommen worden bin.

Die ersten Menschen jüdischen Glaubens kamen spätestens im dritten oder vierten Jahrhundert vor unserer Zeit nach Kreta. In Griechenland entwickelte sich auch die Tradition Griechisch sprechender Jüdinnen und Juden, die man heute romaniotische Tradition (ähnlich wie die askenasische oder sephardische Tradition) nennt.

Ursprünglich als katholische Kirche unter venezianischer Herrschaft im 15. Jahrhundert errichtet, wurde das Gebäude von Etz Hayyim im 17. Jahrhundert zu einer romaniotischen Synagoge.

Schwere deutsche Bombenangriffe auf Chania im Mai 1941 zerstörten die Synagoge erheblich. Mit der Verhaftung der jüdischen Bevölkerung durch deutsche Besatzungstruppen im Mai 1944 wurde Etz Hayyim der Plünderung preisgegeben. Nach einigen Tagen in unmenschlicher Gefangenschaft sollten die Jüdinnen und Juden gemeinsam mit italienischen Kriegsgefangenen und griechischen Widerstandskämpfer*innen per Schiff deportiert werden, welches jedoch durch ein britisches U-Boot versenkt wurde. Das bedeutete praktisch das Ende der jüdischen Gemeinde Kretas, da die Zahl derer, die durch vorherige Flucht oder im Versteck überlebten, nur sehr wenige Menschen umfasste. Die *Etz Hayyim Synagoge* blieb als verlassenes Denkmal jüdischen Lebens auf Kreta bestehen.

Erst in den 1990er Jahren wurde das Gebäude mit Hilfe von ausländischen Sponsor*innen restauriert und 1999 neu geweiht. Auf diese Weise setzen sich die Teilnehmer*innen der Community-Events heute aus in Kreta wohnenden Personen aus aller Welt und internationalen Besucher*innen zusammen, wodurch ich schon sehr viele unterschiedliche Begegnungen erleben durfte. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir ein Gespräch mit einem englischen Gast, welcher mir die Überlebensgeschichte seiner Mutter, einer in Polen geborenen Jüdin, erzählte.

Die *Etz Hayyim Synagoge* entwickelte sich zu einem der wichtigsten Orte der Erinnerungs- und Bildungsarbeit auf Kreta. Im Sommer zieht sie zahlreiche Tourist*innen an, sodass gerade in den ersten zwei Monaten ein großer Teil meiner Tätigkeiten darin bestand, Besucher*innen die Synagoge zu zeigen und je nach Interesse Wissen zur jüdischen Geschichte, zur Tradition oder zum Zweiten Weltkrieg auf Kreta zu vermitteln.

Wichtige Aspekte der Arbeit der Synagoge sind aber auch die Durchführung von Rechercheprojekten und Workshops zur griechisch-jüdischen Geschichte oder der deutschen Besatzung. Im Oktober hatte ich die Möglichkeit, bei der Planung und Umsetzung einer deutsch-griechischen Begegnung mit Schwerpunkt auf der nahegelegenen, vom Volksbund gepflegten Kriegsgräberstätte Maleme zu helfen. Gemeinsam mit meinem Mitfreiwilligen Theo entwickelten wir einen eigenen Workshop für die Teilnehmenden zur jüdischen Geschichte Kretas. Während des Austausches besichtigten wir mehrere Kriegsdenkmäler in kleineren Dörfern der Umgebung, wobei sich für mich das vielleicht emotionalste Erlebnis der ersten Monate meines Friedensdienstes ereignete.

In dem in den Bergen gelegenen Ort Kakopetros trafen wir einen Kreter, welcher uns grausame Massaker der deutschen Wehrmacht an Zivilist*innen beschrieb. Er teilte mit uns die Geschichte seines Vaters, der während der Besatzung in Gefangenschaft so stark gefoltert worden war, dass ihn nach seiner Entlassung die eigene Mutter nicht mehr erkannte. Obwohl er diese Erfahrung machen musste, bot der Vater unseres Gesprächspartners deutschen Tourist*innen, welche in den 1970er Jahren in sein Dorf kamen, Tsikoudia (einen Schnaps) als Zeichen des Friedens an.

Diese Schilderung brachte mich stark zum Nachdenken und die Geste seines Vaters bewegte mich sehr. Mir ist noch einmal bewusst geworden, dass als aus Deutschland stammende Person eine historische Verantwortung am Nationalsozialismus Teil meiner eigenen Identität ist.

Carleen Rehlinger macht 2021/2022 einen Freiwilligendienst auf Kreta in der *Etz Hayyim Synagoge* und bei *Young Citizens of the World* in Chania.

Jüdisches Leben wurde zerstört

Ein ASF-Freiwilligendienst in Majdanek

Joanna Klick

Bevor mein Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Majdanek in Lublin, Polen, startete, hatte ich mir einige Berichte und Bücher über diesen Ort durchgelesen. Doch den intensiven Eindruck, den der reale Ort auf einen hat, kann kein Buch durch Schilderungen hervorrufen. Ich habe hier Zeit, nicht nur über das Konzentrationslager und die Stadt Lublin zu lesen, sondern auch mehr über die Geschichte der anderen Konzentrations- und Vernichtungslager zu erfahren. Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau war das größte Lager, rund 1,1 Millionen Menschen, davon eine Million Jüdinnen und Juden, wurden dort umgebracht. Es wurde nach dem Krieg zum Symbol des Holocaust und die Menschen wissen Bescheid, wenn man den Namen »Auschwitz« sagt. Viel weniger Leute kennen da schon andere Lager in Polen wie Majdanek, Treblinka, Bełżec oder Sobibór. Dabei starben allein in den Vernichtungslagern Treblinka, Bełżec und Sobibór insgesamt um die 1,4 Millionen Menschen.

Wenn ich an die Zeit vor dem Holocaust denke, wenn ich vom jüdischen Leben in Polen lese, drängt sich mir immer wieder die eine Frage auf: Woher haben sich die Nationalsozialist*innen das Recht genommen, einen Teil der Bevölkerung Europas so zu vernichten, ja ganz verschwinden zu lassen? Man muss sich vorstellen, dass zehn Prozent der polnischen Bevölkerung, rund 3,3 Millionen Menschen, jüdisch waren, dass Polen das Land mit den meisten Jüdinnen und Juden in Europa war. Doch schaut man sich heute in polnischen Städten um, spürt man fast nichts mehr davon. Die jüdischen Gemeinden sind klein, auf den ersten Blick sieht man sie neben den großen katholischen Gemeinden vielleicht gar nicht.

In Lublin gab es rund um das Schloss ein jüdisches Viertel. Gut ein Drittel der Bevölkerung waren Jüdinnen und Juden, die Stadt wurde im 19. Jahrhundert, als noch die Hälfte der Bevölkerung jüdisch war, sogar als »polnisches Jerusalem« bezeichnet. Das alles wurde von den Nationalsozialist*innen zerstört. Rund um das Schloss, das sich neben der Altstadt befindet, stehen keine Häuser mehr. Die jüdischen Friedhöfe wurden verwüstet und vergessen. Die Menschen, die in diesen Häusern gelebt, die ihre Angehörigen auf den Friedhöfen begraben haben, sind bis auf wenige Überlebende alle ermordet worden. Wenn ich durch die Straßen Lublins gehe, kann ich mir nur schwer das frühere jüdische Leben hier vorstellen.

Auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes in Lublin (etwa zwei Kilometer vom Konzentrationslager Majdanek entfernt), wo an einer Bahnrampe Selektionen vorgenommen wurden und wo sich ein kleines Arbeitslager der Bekleidungswerke der Waffen-SS befand, gibt es heute kaum etwas, das an das Geschehen erinnert. Die Bahngleise sind noch da, doch auf dem Gelände des ehemaligen Lagers werden bereits neue Häuser gebaut.

Die meisten Menschen in Europa sind aufgewachsen, ohne dass es irgendwelche Zeichen jüdischen Lebens in ihrer Umgebung gab. Man stolpert doch nur selten über einen Stolperstein, oft geht man einfach daran vorbei. Wenn ich hier Bücher und Romane lese, in denen das jüdische Leben beschrieben wird, frage ich mich immer wieder: Was wäre, wenn? Was wäre, wenn es den Holocaust nicht gegeben hätte? Wie sähe unser Leben heute aus? Die Absurdität des Antisemitismus drängt sich mir bei solchen Überlegungen konsequenterweise auf. Es gibt eben kein Recht auf der Welt, welches erlaubt, unschuldige Mitmenschen massenhaft umzubringen. All meine Fragen bleiben rhetorisch, man kann das »Was wäre, wenn…« nicht wirklich beantworten, da die wirklichen Ereignisse so unwiderruflich geschehen sind.

Meine Hauptaufgabe in der Gedenkstätte besteht darin, Besucher*innengruppen über das Gelände zu führen. Dazu bereitete ich ein eigenes Führungskonzept vor. Ein Gespräch und eine Probeführung halfen mir, einige Lücken in meinem Wissen aufzufüllen und ich lernte darüber hinaus Grundsätze kennen, die eine gute Führung ausmachen. Beispielsweise ist es manchmal besser, konkrete Beispiele zu nennen, als zu allgemein und nur in Zahlen zu reden. Außerdem sollte man sich an einigen Stellen voll und ganz den Opfern widmen, wie beispielsweise an der letzten Station der Führung, dem Mausoleum. Meine Betreuerin im Projekt meinte auch, dass man vor allem durch die Führungen selbst viel darüber lerne, wie man die Geschichte vermitteln kann. Man bekomme mit der Zeit ein Gefühl dafür, an welcher Stelle man welche Informationen geben könne.

Joanna Klick macht 2021/2022 einen Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Majdanek in Lublin, Polen.

Remembrance Day: das Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs

Ein ASF-Freiwilligenbericht aus London

Georgia Bauer

Das Besondere an dem Freiwilligenprogramm in Großbritannien ist, dass nicht nur deutsche, sondern auch polnische und ukrainische Freiwillige dorthin entsendet werden. Beim Vorbereitungsseminar bildete das Thema Europa einen Schwerpunkt und ich empfand es als sehr interessant, die unterschiedlichen Sichtweisen und Herausforderungen der einzelnen Länder durch die anderen Freiwilligen kennenzulernen.

Während meines Dienstes am *Leo Baeck Institute London* und bei der *Association of Jewish Refugees* bin ich mit verschiedenen Formen des Erinnerns von Geschichte in Kontakt gekommen und dabei ist mir aufgefallen, dass die Brit*innen auf eine andere Art als die Deutschen kommemorieren. Meiner Meinung nach spürt man ganz deutlich, dass Großbritannien aus den beiden Weltkriegen als Sieger und nicht als Täter und Verlierer hervorgegangen ist. Man wird mit der Geschichte der imperialen Seemacht und eines rettenden, heldenhaften Militärs konfrontiert. Die Darstellung dieser militärischen Geschichte spielt eine große Rolle. Ich finde es sehr spannend zu erfahren, wie die Geschichte aus der Position einer anderen Nation betrachtet wird, welche Schwerpunkte diese setzt und wie sehr diese Umgangsweise durch die Rolle, die man in der Geschichte gespielt hat, geprägt wird.

Betritt man das sogenannte *Imperial War Museum*, steht man in einer großen Halle, die voller Kriegsfahrzeuge und Waffen ist. Der größte Raum des Museums wird dazu verwendet, militärische Vorgehensweisen darzustellen.

Mein Eindruck hat sich jedoch vor allem in den Wochen um den *Remembrance Day*, der ein unglaubliches Ausmaß angenommen hat, verstärkt. Der hundertjährige Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges war 2018 omnipräsent. Am allerstärksten fand dies in den roten *Remembrance Poppies* (Mohnblumen), die von fast jedem als Brosche getragen, in Form von Kränzen an Denkmälern niedergelegt und in imposanten Installationen verarbeitet wurden, seinen Ausdruck. Ich bin sehr beeindruckt und berührt davon, wie intensiv die Brit*innen des Ersten Weltkriegs gedacht haben und der vollen Überzeugung, dass an eine solche Katastrophe erinnert werden muss. Gleichzeitig hatte ich jedoch das Gefühl, dass dieser Jahrestag vor allem die heroische Leistung der nationalen Armee gepriesen hat und stark mit dem heutigen Militär in Verbindung gebracht wurde, indem zum Beispiel der Erlös der poppies an das aktuelle Militär gespendet wird oder Royals in ihren Uniformen Veranstaltungen besuchen. Meines Erachtens sollte ein solcher Jahrestag eher vor dem Krieg warnen und nicht das militaristische Denken in einer Gesellschaft fördern.

Im Rahmen des *Remembrance Day* führte die *English National Opera* Benjamin Brittens »War Requiem« auf, das im Andenken an den Ersten Weltkrieg 1919 geschrieben und zuerst in der *Coventry Cathedral* uraufgeführt wurde. Es war für mich sehr interessant, dieses Stück im Vergleich zu dem Gedenken, das ich bis jetzt erlebt habe, zu sehen, da es den Krieg auf keine Weise geschönt dargestellt hat. Es ging nicht um ein nationales Heer, sondern um den Krieg in seiner Grausamkeit allgemein. Dabei gelang es aus meiner persönlichen Sicht, Benjamin Britten und dem Regisseur Daniel Kramer die Opfer würdig darzustellen und ihr erfahrenes Leid nicht der Dramatik wegen zu missbrauchen. Das Stück hat versucht zu verstehen, wie Menschen soweit kommen können und das militaristische Denken in Gesellschaften zu entlarven. So wurden zum Beispiel am Anfang der Oper Flugblätter aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts eingeblendet, die Zinnsoldaten als Spielzeug für Kinder kritisierten. Es war nicht möglich, auszumachen, welche der Darsteller*innen auf welcher Seite des Konfliktes stehen, vielmehr ging es um den kämpfenden Menschen selbst. Das Stück hat versucht, zu verdeutlichen dass der Gefallene, um den getrauert wird, selbst eine Waffe trug.

Neben der Arbeit in meinen Projekten und dem Geschehen in London spielten auch die anderen Freiwilligen eine wichtige Rolle für mich. Es war wirklich schön, dass wir uns als Gruppe so gut verstanden und es machte großen Spaß, all die neuen Erfahrungen in England zu teilen und London gemeinsam zu erkunden.

Georgia Bauer hat 2018/2019 einen Freiwilligendienst in London am *Leo Baeck Institute London* und bei der *Association of Jewish Refugees* gemacht.

»Vorbei ist nicht vorüber«

Gabriele Wulz

Gegen die immer wieder zu hörende Forderung, endlich nach vorne zu blicken und die Vergangenheit vergangen sein zu lassen, hat Elias Canetti sein Veto eingelegt und prägnant formuliert: »Vorbei ist nicht vorüber.« Recht hat er!

Und allen, die meinen, es müsse doch auch einmal gut sein und ihren Unwillen gegen eine, wie sie sagen, ritualisierte Erinnerungskultur zum Ausdruck bringen, sei gesagt: Es wird nicht gut. Es kann gar nicht gut werden.

Wer könnte im Lande der Täter*innen vergessen, was war?

Dass »Auschwitz nicht noch einmal sei« ist nicht nur die erste Forderung an alle Erziehung (Adorno), sondern taugt auch als Maxime für alles Handeln. Erinnern ist deshalb kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für ein Leben, das sich jeden Tag aufs Neue gegen die Barbarei zur Wehr setzt. Das, was war, kann heute Geltung beanspruchen. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit lösen sich nicht einfach auf. Sie sind da. Ein Ozean voll Leid.

So ist auch das vielzitierte Wort des Baal Shem Tov »Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung« nicht auf unser menschliches Erinnern gemünzt, sondern auf das Erinnern Gottes. Gott gedenkt der Opfer. Das ist das Ende der Gewalt. Unser Erinnern wird demgegenüber immer bruchstückhaft sein. Unser Gedächtnis ist vergesslich und oft zu beschäftigt mit sich selbst.

»Vorbei ist nicht vorüber«

Die vergangenen Monate haben uns gezeigt, dass nichts vorüber ist. Das gilt für den Hass genauso wie für die absurdesten Narrative, die in kontingenten Ereignissen die vermeintlich Schuldigen auszumachen wissen. Nichts ist vorbei.

Aber können wir wirklich fassen, was war und was geschehen ist?

Können wir auf die verschiedenen Weichzeichnungen verzichten? Auf die Lücken, die nicht auserzählt sind? Auch auf die Lücken in der eigenen Familiengeschichte?

»Alle Flüsse fließen ins Meer, doch wird das Meer nicht voller.« – so heißt es im Buch des Predigers. Ratlos, fassungslos steht die Kohelet (wörtlich: die Versammlungsleiterin) vor den Mühen und den Plagen der Menschen. Kein Auge kann das Leid erfassen. Kein Ohr alle Geschichten hören. Kein Mensch kann die Tränen trocknen, die als Flüsse ins Meer fließen und dennoch das Meer nicht füllen können.

Elie Wiesel hat seine Autobiographie mit diesem Vers aus dem Predigerbuch überschrieben.

Und was bedeutet das für die Shoah?

Ist sie die Vergangenheit, die nicht vergeht und auch nie vergessen werden darf oder versinkt sie zusammen mit den letzten Zeitzeug*innen im abstrakten Wissen und dem objektivierenden Zugriff einer historischen Betrachtung?

Unsere Gedächtnisrahmen – so Aleida Assmann – tendieren immer zur Verengung auf einen genormten oder akzeptablen Ausschnitt.

Demgegenüber kann Geschichtsschreibung, die keine Identitätsbezüge herstellt, auch Platz für das Fremde und Andere schaffen. Geschichtsschreibung ist deshalb immer auch eine Quelle der Fremderfahrung, die gerade nicht voll und abschließend beurteilt werden kann.

Nur auf diesem Wege kann es gelingen, den eigenen Erinnerungsrahmen zu erweitern, und so zu erlauben, unterschiedliche Perspektiven zuzulassen und auch auszuhalten.

Die Shoah ist die »Vergangenheit, die nicht vergeht« und die deshalb, wie es Aleida Assmann ausführt, auch nicht vergessen werden darf. So bleibt das Erinnern Auftrag, Herausforderung und Plage in einem. Denn das Meer ist unerschöpflich. Und »was geschieht, das ist schon längst gewesen, und was sein wird, ist auch schon gewesen; und Gott holt wieder hervor, das vergangen ist.« (Koh 3, 15)

Gabriele Wulz ist seit 2001 Prälatin in Ulm und war 2014 bis 2019 im Vorstand von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Den Menschen ihre Namen zurückgeben

Bericht aus einem Sommerlager in Lublin und Białystok (2018)

Maya Wolffberg

Während des Sommerlagers in Lublin und Białystok setzten wir uns mit der Geschichte des jüdischen Lebens in der Gegend auseinander, tauschten uns zur Erinnerungsarbeit und ihrer Relevanz für die Gegenwart im deutsch-polnisch-israelischen Kontext aus und wir pflegten den weitläufigen jüdischen Friedhof von Białystok durch Garten- und Grabsteinpflegearbeiten.

In unserem Sommerlager ging es darum, den Menschen ihre Namen zurückzugeben, die ihnen genommen wurden. Viele Namen gingen während des Zweiten Weltkriegs verloren und damit auch viele Persönlichkeiten, Geschichten und Schicksale. Ein Name kann uns helfen, uns vorzustellen, wie die Person aussah, und manchmal kann er sogar ein Anhaltspunkt sein, um mehr über diese Person herauszufinden.

Die Arbeit auf dem Friedhof war ein besonderes Erlebnis für unsere Gruppe. Es war schwer zu begreifen, dass einige Grabsteine (Matzevah) zerstört wurden, als ob ein Name weggenommen wurde. Wir wissen, dass hinter jeder Matzevah, die wir gereinigt und bemalt haben, eine Person, ein Name und eine Geschichte stehen, die wiederbelebt werden konnten. Es ist schwer, all die Gefühle zu beschreiben, die wir während der Arbeit hatten – irgendetwas zwischen gebrochenem Herzen und dem Glück, zu wissen, dass wir das Beste tun, was wir können. In diesen zwei Wochen haben wir versucht, die Stücke zusammenzusetzen: die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft.

Ich habe verstanden, wie groß die Bedeutung ist, als ein Mann aus Israel auf den Friedhof kam, um das Grab seines Großvaters zu suchen. Er kam für mehrere Tage und lief auf dem Friedhof herum und konnte es nicht finden. Die Traurigkeit in seinen Augen sagte alles. Im Judentum haben wir ein Sprichwort »Avodat hakodesh«. Das bedeutet, dass die Arbeit, die einen positiven Beitrag für jemanden oder etwas anderes leistet, eine sehr gute Tat ist. Und er hat mir die ganze Zeit gesagt, dass die Arbeit, die wir machen, so eine Tat ist. Ich war wirklich traurig, dass wir ihm nicht helfen konnten, auch wenn er einfach nur zufrieden war, an diesem Ort zu sein. Dank unserer Arbeit wäre es möglich, dass jemand anderes die Matzevah seiner Familie finden könnte. Jeder von uns hat einen Namen.

Ich wusste, dass das Sommerlager wichtig ist, aber während des Sommerlagers selbst wurde mir klar,

Arbeiten auf dem Jüdischen Friedhof während des Sommerlagers in Białystok.

warum und wie mächtig es ist. Die Kombination von Teilnehmenden aus drei Ländern schafft eine Art Magie. Jede Gruppe und jeder Mensch hat ein gewisses Vorwissen über die anderen, hat Gedanken und einen Grund, warum er oder sie sich dem Sommerlager anschließt. Natürlich will jede*r helfen und mehr über die anderen wissen. Aber da steckt noch etwas mehr dahinter. Der Umgang mit diesem schmerzlichen Thema in einer solchen Gruppe hat eine Art heilende Kraft. Es steht hinter der Arbeit auf dem Friedhof, die auch ihre eigene Kraft und Bedeutung hat. Ich glaube, dass eine kleine Gruppe eine Veränderung bewirken kann, dass kleine Schritte wichtig sind und dass Aktivitäten, die verschiedene Menschen zusammenbringen, gesegnet sind. Zudem, wenn diese Menschen eine schmerzliche und sensible gemeinsame Geschichte haben und lernen müssen, wie sie damit in derselben Welt friedlich leben können.

Maya Wolffberg aus Israel war Teamerin des deutsch-israelisch-polnischen Sommerlagers in Białystok und Lublin im August 2018.

Verabschiedung des IJBS-Direktors Leszek Szuster

Leszek Szuster

Am letzten März-Wochenende wurde mit Musik, Redebeiträgen und Empfang Leszek Szuster, Direktor der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte* (IJBS) in Oświęcim in den Ruhestand verabschiedet. Die IJBS ist seit Beginn ihrer Arbeit 1986 (und schon vorher in der langen Sponsorenphase besonders bei den Kirchentagen) ein »Kind« von *Aktion Sühnzeichen Friedensdienste.* ASF ist zusammen mit der Kommune Oświęcim Stifterin der Jugendbegegnungsstätte. Szuster erfuhr bei der Feier vielfältigen und außergewöhnlichen Dank – besonders auch aus dem politischen und kulturellen Leben der Stadt und des Regierungsbezirks Klein-Polen. Seine Freundlichkeit, sein künstlerisches Interesse und seine hohe fachliche Kompetenz wurden immer wieder gelobt. So hat die IJBS – außer ihrer wichtigen und anhaltenden Begegnungsarbeit mit jungen Menschen aus ganz Europa – in den letzten Jahren einen neuen Schwerpunkt entwickelt: Ausstellungen und Konzerte dienen dazu, das Haus für die Bevölkerung der Stadt zu öffnen und das schwere Thema der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ganzheitlich zu erfassen. Bei der Feier waren zudem Mitglieder des in Isny/Baden-Württemberg ansässigen Fördervereins für die IJBS anwesend, die auch Hilfsgüter für die zu dem Zeitpunkt in der IJBS untergebrachten Flüchtlinge aus der Ukraine mitgebracht hatten. Szustzer dankte dafür: »Das Haus der IJBS trotzt auf diese Weise der Dunkelheit heute und von damals.«

Frau Joanna Klęczar-Déodat, die neue Direktorin der IJBS, hat im April ihre Arbeit aufgenommen. Wir wünschen ihr für ihre Aufgabe alles Gute!

Christian Buchholz (Förderverein für die IJBS)

Mit großer Beharrlichkeit

Wir trauern um Wolf Jung (29. Juli 1940 – 7. Mai 2022)

Wolf Jung

Der ehemalige ASF-Geschäftsführer Wolf Jung starb am 7. Mai 2022 nach schwerer Krankheit. Er war ein Mensch mit Ecken und Kanten – und mit einem ausgeprägten Bewusstsein dafür, worauf es gerade ankommt. Er war jemand, der sich intensiv für die Geschichten der Menschen um ihn herum interessierte: Wo kommst Du her? Was hat Dich geprägt? Mit großer Beharrlichkeit (auch so ein echtes Wolf-Wort) fragte er dann weiter und weiter, um ein Bild zu formen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat Wolf Jung sehr viel zu verdanken. In einer Zeit, als der Verein wirtschaftlich am Abgrund stand, übernahm er große Verantwortung. In dieser Zeit hat er Tag und Nacht für ASF gekämpft, bis zur völligen Erschöpfung. Manchmal traf man ihn morgens im Büro an, da lag unter dem Schreibtisch noch die Isomatte. Dann brannte das Lebenswerk von Christa und Wolf nieder, die Friedenswerkstatt in Bentierode. In dieser Zeit war auch sein Körper schon einmal fast am Ende. Er rappelte sich auf, beharrlich und unbeirrt. Heute steht Bentierode wieder.

Manche haben sich an seinen Ecken und Kanten gestoßen. Wir, die ASF-Freiwilligen in Belarus und Russland, haben ihn 1993 bei einer zufälligen Begegnung als großen Lichtblick erlebt, als wir schon nicht mehr an ein Überleben des Vereins glaubten (und viel Anlass hatten, uns über den ganzen Laden zu ärgern).

Kurz darauf übernahm Wolf die ASF-Geschäftsleitung, die er von 1994 bis 1999 ausübte, und dann noch die Zuständigkeit für die sogenannten GUS-Länder. Denn von der direkten Arbeit mit jungen Menschen konnte und wollte er nicht lassen. Viele Russland- und Belarus-Freiwillige haben ihn in dieser Zeit als prägenden Gesprächspartner erlebt. Seine Erlebniswelten waren manchmal andere als unsere eigenen, etwa wenn er von Jugendwanderungen berichtete (»unser größtes Problem war der Hunger«) oder von seinem Studentenquartier im Ziegenstall. Auf den gemeinsamen Runden in der Natur, in seinem Wald oder auch in seiner Werkstatt hat man diesen Wolf Jung dann verstanden: Hier war sein »Drumherum«, seine Um-Welt, vor deren Hintergrund man das Erzählte besser begriff.

Seine Liebe galt den Ländern Nord- und Osteuropas. Dass Russland die Ukraine überfiel, muss ihm in seinen letzten Tagen wie ein schrecklicher Alptraum vorgekommen sein. Bestimmend für ihn war sein Glaube an das Gute im Menschen – eine unerschütterliche Haltung, die als Saat junge und alte Gesprächspartner*innen geprägt hat und bleiben wird, sei es in Karelien, Minsk, St. Petersburg oder anderswo.

Christa, wir sind in Gedanken bei Dir und den schönen Stunden mit Euch. Wolf, in tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied, alter Freund!

Arnt von Bodelschwingh war von 1992 bis 1994 Freiwilliger in Minsk, anschließend hat er als studentischer Mitarbeiter im damaligen GUS-Referat in der ASF-Geschäftsstelle gearbeitet.

Wir sehen ihn vor uns in seiner bescheidenen Art, mit seiner klaren Haltung

Zum Tod von Wladimir Schnittke, Mitbegründer von MEMORIAL (27. Februar 1939 – 12. Januar 2022)

Uta Gerlant

Am Beginn stand ein Austausch, den die *Evangelische Akademie* zu Berlin organisiert hatte: Im Oktober 1990 fuhr eine *Aktion-Sühnezeichen*-Delegation zu MEMORIAL nach Leningrad, im November erfolgte der Gegenbesuch in Berlin. Mit dabei war der Dissident und MEMORIAL-Mitbegründer Wladimir Schnittke. *Aktion Sühnezeichen* und MEMORIAL vereinbarten für 1991 ein zweiwöchiges Sommerlager und die Entsendung von zwei Freiwilligen für zunächst drei Monate. Eine davon war ich.

Wladimir Schnittke war derjenige, der in Leningrad alles organisierte: den Freiwilligendienst im Krankenhaus für Kriegsveteranen und das anschließende Sommerlager mit einem umfassenden Begegnungsprogramm. Wladimir Schnittke eröffnete uns unbekannte Welten: Wir erfuhren von der Leningrader Blockade, lernten GULag-Überlebende kennen und hörten in der »Woche des Gewissens« Vorträge von Dissidenten. Viele von uns erinnern sich voller Dankbarkeit an ihn.

Der ehemalige Polen-Freiwillige Rudi Piwko, der zusammen mit Franz von Hammerstein die eingangs erwähnte Begegnung für die *Evangelische Akademie* organisiert hatte, schreibt: »Es gibt wenige Menschen, die eine solche Integrität gelebt haben wie Wladimir Schnittke. Unerreichbar in der ethischen Dimension und auch immer etwas fern für mich.«

Anders erlebte ihn der ASF-Freiwillige Lothar Linzen: »Wenn er erzählt hat, dann wurde er immer sehr jung. Er hat viel von seinen Expeditionen nach Sibirien erzählt – von der Erforschung des Tunguskischen Meteoriten, (...) und wie sie gemeinsam auf Fischfang gingen.«

Wladimir Schnittke

Die Gerichtsbeschlüsse zur Liquidierung von MEMORIAL *International* und des Moskauer Menschenrechtszentrums MEMORIAL Ende des Jahres haben Wladimir Schnittke sehr geschmerzt. Die über 30 Jahre, die ich ihn kannte, begannen mit einem hoffnungsvollen Aufbruch in eine demokratischere Gesellschaft und endeten mit Verhaftungen und Verboten derer, die sich für diese Gesellschaft engagieren. Dennoch war nichts vergeblich, was Wladimir Schnittke getan hat: sich für andere Menschen einzusetzen, statt den eigenen Vorteil zu suchen; zum Wohle der ehemals Repressierten zu wirken, die oft krank, arm, alt und allein waren; die Haftbedingungen von Strafgefangenen und deren Resozialisierungschancen zu verbessern. Er hat Gesetzestexte formuliert, in Menschenrechtskommissionen mitgewirkt, Initiativen gegründet. Auch MEMORIAL *Deutschland* wurde durch ihn inspiriert.

Wer mit Wladimir Schnittke zusammenarbeitete, ahnte oft nicht, wie eng er biografisch mit den Inhalten seiner Arbeit verbunden war: dass er, der Zeitzeug*innen der Leningrader Blockade für Podiumsgespräche empfahl, selbst ein Blockadekind war; dass er, der sich für politisch Verfolgte einsetzte, in den 1960er Jahren als Dissident vor Gericht gestanden hatte und mit beruflicher Degradierung bestraft worden war; dass er, der sich für Rom*nja engagierte, wusste, wie sich Diskriminierung anfühlt – weil er in den 1990er Jahren im kommunalen Wahlkampf einer antisemitischen Kampagne ausgesetzt war.

Ohne ihn wäre mein Leben ein anderes, und ich bin ihm dankbar für alles, was er mit mir teilte, mir mitgab, und was ich versuchen werde, weiterzutragen.

Wir sehen ihn vor uns in seiner bescheidenen Art, mit seiner klaren Haltung, seinem freundlichen Lächeln. Was für ein guter und gütiger Mensch!

Uta Gerlant beteiligt sich seit 1982 an *Aktion-Sühnezeichen*-Sommerlagern, war 1991 Freiwillige bei MEMORIAL in Sankt Petersburg, wirkte als Leitungskreisvorsitzende (1990–1994) an den Verhandlungen um die Vereinigung von *Sühnezeichen Ost* und *West* mit und war 2004 bis 2010 im ASF-Vorstand. Seit 2011 ist sie Mitglied des Kuratoriums von ASF.

»Ich weiß noch genau, wer damals meine Patinnen und Paten waren«

Interview mit dem Schriftsteller Kristof Magnusson zu seinem ASF-Freiwilligendienst vor mehr als zwanzig Jahren in New York und warum er bis heute regelmäßig Patenschaften übernimmt.

Ute Brenner: Kristof, Du warst von Herbst 1996 bis Februar 1998 ASF-Freiwilliger in New York – in welchen Projekten hast Du dort mitgearbeitet?

Kristof Magnusson: Ich war bei DOROT, einer recht großen Organisation, die Freiwillige in New York koordiniert und betreut. Ich habe dort in der offenen Altenarbeit mit Holocaust-Überlebenden gearbeitet und in einem Projekt für ältere Obdachlose. In meinem Freiwilligendienst war die Bandbreite meiner Aufgaben besonders groß: Auf der einen Seite habe ich Obdachlose in verwahrlosten Einzimmerwohnungen besucht, die kurz davor standen rauszufliegen, und habe geguckt, wie ich sie unterstützen kann. Ich habe mit Menschen gearbeitet, die vorher monatelang in der U-Bahn gewohnt haben, und versucht, mit ihnen zu einem Amt zu gehen, damit sie die Chance haben, Sozialleistungen zu bekommen.

Kristof Magnusson

Und auf der anderen Seite gab es gemütliche Kaffeetrinken bei finanziell gut abgesicherten, netten älteren Witwen, mit denen man erst nach einem halben Jahr anfing, über deren Verfolgungserfahrungen im Nationalsozialismus zu sprechen. Zum Teil waren die Erlebnisse unglaublich nett, zum Teil aber auch unglaublich belastend.

Was sind Deine eindrücklichsten Erfahrungen in Deiner Zeit als Freiwilliger gewesen?

Am Anfang dachte ich, ich helfe ganz vielen Leuten, und am Schluss wurde mir klar, dass ich sicherlich genauso viel, wenn nicht noch mehr von dem Freiwilligendienst profitiert habe als die Menschen, mit denen ich gearbeitet habe. Das war für mich eine Zeit, die mir wahnsinnig geholfen und mich sehr bereichert hat.

Ich hatte mein Coming-out als schwuler Mann so um die Abi-Zeit herum und damals wurde mir zwar suggeriert, dass das vollkommen okay sei und niemand damit ein Problem habe. Aber ASF war das erste Umfeld, in dem das Queersein nicht in einen Zusammenhang mit dem Wort »Problem« besprochen wurde, sondern als eine Selbstverständlichkeit gelebt wurde. Mir wurde erst in den letzten Jahren so richtig klar, wie besonders das war. Das Umfeld von ASF hatte mir ermöglicht aufzuatmen, ohne dass ich es zunächst bemerkte.

Du warst bei Deinem Freiwilligendienst Anfang 20. In der Zwischenzeit bist Du ein sehr erfolgreicher und mit zahlreichen Literaturpreisen ausgezeichneter Autor von Romanen, Theaterstücken, Essays, dazu Übersetzer aus dem Isländischen – hast Du damals schon geschrieben? War für Dich klar, dass Du Schriftsteller bist oder werden willst?

Tatsächlich habe ich in New York auch mehrere Schreibkurse, zum Beispiel für queere Jugendliche, besucht. ASF hat dazu beigetragen, dass ich angefangen habe, erste Schritte in diese Richtung zu gehen und mir darüber Gedanken zu machen, Autor zu werden. Die Mischung aus vielen neuen Eindrücken und gleichzeitig einer gewissen geistigen Freiheit, die es mit sich bringt, wenn man in einem völlig anderen Umfeld ist, hat mir sehr geholfen, den Einstieg ins Schreiben zu finden. Das war sehr hilfreich und wichtig. Ich habe allerdings noch nie über diese Zeit geschrieben – komischerweise. Nur in einem Buch, das ich über die Band *Pet Shop Boys*[1] veröffentlicht habe, sind ein paar Seiten über meine Zeit in New York. Den ASF-Roman müsste ich irgendwann nochmal schreiben.

Darüber würden wir uns sehr freuen! Für den aktuellen Freiwilligenjahrgang hast Du zwei Patenschaften übernommen, auch zuvor warst Du regelmäßig Pate von unseren Freiwilligen und zusätzlich bist Du noch Länderpate für die USA – was bedeuten Dir diese Patenschaften? Was motiviert Dich dazu, Patenschaften zu übernehmen?

Mir bedeuten die Patenschaften, vor allem die Länderpatenschaft für die USA, sehr viel, weil ich eine sehr persönliche Beziehung zu der Arbeit von ASF in diesem Land habe und sie gern auf diese Weise fördern und erhalten möchte. Für mich war das damals eine tolle Zeit. Natürlich ist jedes Land im ASF-Spektrum besonders, aber die Besonderheiten der USA finde ich bemerkenswert. Es ist ein Land, von dem man denkt, man kennt es schon recht gut, aus den Medien oder der Popkultur, und dann stellt man fest: Wow, es ist doch alles ganz anders. Es ist eines der wenigen Länder, bei dem es in vielen Kreisen durchaus salonfähig ist, sich mit Stereotypen und Vorurteilen zu äußern. Deswegen ist es eine ganz besondere Sache, als Freiwilliger nach Amerika zu kommen und diese mit der Realität abzugleichen.

Warum ist es aus Deiner Sicht so wichtig, die Freiwilligendienste mit Patenschaften zu unterstützen?

Die Patenschaften sind ein wichtiger Baustein, die den persönlichen Kontakt zwischen Freiwilligen und Förderinnen und Förderern ermöglichen. Ich weiß auch noch genau, wer damals meine Patinnen und Paten waren, wie zum Beispiel Freunde meiner Eltern, ehemalige Lehrer*innen und die damalige Hamburger Bischöfin, die ich angeschrieben und gefragt hatte, ob sie eine Patenschaft übernimmt, und die sofort zugesagt hat.

Was unterscheidet einen Freiwilligendienst mit ASF von anderen Freiwilligendiensten?

Was ich großartig an einem Freiwilligendienst mit ASF finde, ist die Kombination von praktischer Arbeit und intellektueller Beschäftigung mit dem Thema Geschichte. Wenn man sich in akademischen Milieus bewegt, die sich nur kognitiv oder intellektuell damit beschäftigen, dann ist die Gefahr sehr groß, dass man sich in Haarspaltereien und Besserwissereien verliert und nur noch theoretisch an den Themen dran ist. Und wenn man nur die praktische Arbeit macht, dann ist das manchmal nicht reflektiert genug. Dass man nicht in die eine oder andere Falle tappt, sondern dass es eine Balance zwischen beidem gibt – das ist bei ASF einmalig im Vergleich zu anderen Organisationen, die ich kennengelernt habe.

Kristof Magnusson war von 1996 bis 1998 Freiwilliger in den USA. Er hat zahlreiche Romane und Theaterstücke veröffentlicht und ist Übersetzer aus dem Isländischen. Für seine Werke ist er vielfach mit Preisen und Stipendien ausgezeichnet worden. 2010 wurde sein Roman »Das war ich nicht« für den Deutschen Buchpreis nominiert. Zurzeit ist er mit seinem neuen Roman »Ein Mann der Kunst« auf Lesereise. Weitere Informationen und Termine unter kristofmagnusson.de

Ute Brenner ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit von ASF.

Sie wollen eine Patenschaft für ein Land oder eine*n Freiwillige*n übernehmen? Alle Informationen finden Sie unter www.asf-ev.de/de/unterstuetze-uns/freiwilligen-patenschaft

1 Kristof Magnusson (2021): Pet Shop Boys, Köln: Band 15 Kiwi Musikbibliothek

TERMINE

18. JUNI 2022 | 11–17 UHR
Magdeburg | Wallonerkirche
Jubiläumsveranstaltung »60 Jahre Sommerlager«

26. JUNI 2022 | 16–18.30 UHR
Digitale Jubiläumsveranstaltung: 25 Jahre Internationales Freiwilligenprogramm in Deutschland

6.–25. SEPTEMBER 2022
Berlin| Rathaus Neukölln, Foyer im 2. OG
Ausstellung »...vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig...«
Die Verfolgung mitteldeutscher Sinti und Roma im Nationalsozialismus

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de.

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Aktionscode
ZI22B01

Ich werde Mitglied

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Mitgliedsantrag auch online unter: www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/

Ich spende

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail für Einladungen und weitere Informationen: .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: 030 28 395 135
E-Mail: spende@asf-ev.de

... oder einfach online spenden unter **www.asf-ev.de**

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Patinnen und Paten für unsere Freiwilligen gesucht!

Werden Sie Teil eines einzigartigen Freiwilligenjahres! Im September startet die nächste Freiwilligengeneration in ihren internationalen Friedensdienst und wird Zeichen setzen für Verständigung und aktive Erinnerung. Mit einer Patenschaft für eine*n der jungen Freiwilligen sind Sie ein Jahr mit dabei.

So werden Sie Patin oder Pate:

- auf unserer Webseite stellen sich die Freiwilligen mit ihren Projekten vor: **www.asf-ev.de/freiwilligen-patenschaft**
- telefonisch: **030 28 395 208**

Ich freue mich auf jeden neuen Bericht meiner »Paten-Freiwilligen«!

»Freiwillige von Aktion Sühnezeichen habe ich in Israel und in Polen getroffen, berührende Berichte aus vielen Ländern gehört und gelesen. In ihnen werden Begegnungen mit Menschen lebendig, deren Geschichten von Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus geprägt sind – Themen, die auch heute leider aktuell sind. Alle Freiwilligen sagen, dass diese intensiven Erfahrungen in ihrem Leben als wertvolle Bereicherung nachwirken.«

DR. IRMGARD SCHWAETZER, *Staats- und Bundesministerin a. D., langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), ehem. Präses der Synode der EKD*

GEMEINSAM MACHEN WIR DIE WELT FRIEDLICHER. JEDEN TAG.

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma
ASF e.V.

IBAN
DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:
Zi22B01

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel

Berliner
Kurfürsten
Technische Hochschule
Hardenberg
Hochschule für die
Städt. Spielplatz
Goethe
Steinplatz
Fasanen
Heereswaffenen
Knesebeck
Carmen
Savigny
Kant
Grolman
Theater des Westens
Oberverwaltungsgericht
Korsfried Schule
19 u. 20 Volks-Hilfs-Schule
Leibniz Oberrealschule
Garten